

Zeitschrift für
Familien-
forschung

Journal of Family Research

In diesem Heft:

- Der Fragebogen zum Erleben von Sexualität in engen Partnerschaften
- Reflexionen von Scheidungskindern über ihre Familien
- Wer nutzt Internetkontaktbörsen in Deutschland?
- Die Auswirkungen häuslicher Pflege auf die Zeitverwendung von Angehörigen
- Bündelung familienbezogener Leistungen bei einem Parafiskus

Referiert im SSCI

3/2008



ISSN 1437-2940
20. Jahrgang 2008, Heft 3
Verlag Barbara Budrich

Inhalt

Editorial	227
<i>Jörg von Irmer</i>	
Die Rolle des Sexuallebens in einer romantischen Partnerschaft für die Beziehungszufriedenheit: Der Fragebogen zum Erleben von Sexualität in engen Partnerschaften (FESP)	229
<i>Christina Krause & Verena Klopp</i>	
„Ich und meine Familie“ – Reflexionen von Scheidungskindern über ihre Familie	247
<i>Florian Schulz, Jan Skopek, Doreen Klein & Andreas Schmitz</i>	
Wer nutzt Internetkontaktbörsen in Deutschland?	271
<i>Annika Jabsen & Hans-Peter Blossfeld</i>	
Häusliche Pflege und die Auswirkungen auf die Zeitverwendung der Angehörigen	293
<i>C. Katharina Spieß</i>	
Die Bündelung familienbezogener Leistungen bei einem Parafiskus – eine Zusammenfassung bisheriger Überlegungen und eine Einordnung in die aktuelle Debatte	322

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

auch in diesem Heft möchte die *Zeitschrift für Familienforschung/Journal of Family Research* ihrer Aufgabe gerecht werden, ein Forum für Forschungsbeiträge aus verschiedenen Feldern der Familienforschung zu sein.

Wir legen Ihnen hiermit fünf Beiträge aus den Bereichen

- der psychologischen Partnerschaftsforschung – zu einem Fragebogen zum Erleben von Sexualität in engen Partnerschaften,
- der pädagogischen Psychologie – zu den – auch im Wortsinne – *Familienbildern* von Scheidungskindern,
- der Soziologie – zur Zeitverwendung Pflegender sowie zur Nutzung von Internetkontaktbörsen,
- der Sozialpolitikforschung – zum Konzept einer *Familienkasse*

vor.

Wir möchten zudem darauf hinweisen, dass Manuskriptangebote aus den verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen, die sich mit familialen Realitäten beschäftigen, stets willkommen sind.

Die Herausgeber und der Redakteur würden sich freuen, wenn Ihnen die vorliegenden Studien Informationen und neue Erkenntnisse vermitteln und Denkanstöße sowie Anregungen für Ihr künftiges Handeln in Studium, Lehre, Forschung und beruflicher Praxis zu geben vermögen.

Hans-Peter Blossfeld
Geschäftsführender Herausgeber

Kurt P. Bierschock
Redakteur

Jörn von Irmer

Die Rolle des Sexuallebens in einer romantischen Partnerschaft für die Beziehungszufriedenheit

Der Fragebogen zum Erleben von Sexualität in engen Partnerschaften (FESP)

The role of sex life in romantic relationships for relationship satisfaction The questionnaire of sexual experience in close relationships

Zusammenfassung

Die Rolle der Sexualität für romantische Partnerschaften ist ein wenig untersuchtes Gebiet in der Partnerschaftsforschung. Es wird ein Fragebogen vorgestellt, der das Erleben von Sexualität in engen Partnerschaften auf den zwei Dimensionen physische und affektive Anziehung erfasst. Er ermöglicht eine Beschreibung, was Partner in ihrer Sexualität erleben und wie dies mit ihren Wünschen in Einklang steht. In einer Studie an 1.583 Personen erweist sich der Fragebogen als reliables Messinstrument. Männer berichten größere Defizite in der physischen Anziehung. Außerdem wird sie im Querschnittsvergleich mit steigendem Alter immer negativer bewertet. Die affektive Anziehung ist ein Aspekt der Sexualität, der speziell für die partnerschaftliche Sexualität als zentral angesehen wird. Die Bedeutung dieser beiden Dimensionen des Erlebens partnerschaftlicher Sexualität für die Beziehungszufriedenheit unter Berücksichtigung von Alters- und Geschlechtseffekten wird diskutiert.

Schlagwörter: Sexualität, Partnerschaft, Erwartung, Erleben, Beziehungszufriedenheit, Fragebogen

Abstract

Research on romantic relationships has rarely investigated the role of sex. Therefore a questionnaire measuring the sexual experience along the two dimensions of physical and affective attraction has been developed. The results describe the fit between sexual experience and expectations as experienced by the participants. In a study with 1,583 participants, the questionnaire was proven reliable. Male participants reported suffering from not receiving enough attention within the physical domain. In a cross-sectional analysis, physical attraction was accorded a diminishing importance with increasing age of the participants. Affective attraction had an impact on relationship satisfaction. Affective attraction is an aspect of sex life which may be typical for sex in close relationships only. The effect of both dimensions of experiencing sex in close relationships on relationship satisfaction will be discussed with respect to age and gender effects.

Key words: Sexuality, romantic relationship, expectation, experience, relationship satisfaction, questionnaire

Einleitung

Die psychologische Forschung beschäftigt sich schon lange mit den Bereichen Sexualität und romantische Partnerschaften unabhängig voneinander. Überraschenderweise jedoch werden in relativ wenigen Arbeiten Verbindungen zwischen diesen Bereichen hergestellt (McKinney & Sprecher, 1991). Der in dieser Arbeit verwendete Begriff von romantischen Partnerschaften schließt dabei jede Form zwischenmenschlicher Beziehung ein, in der nicht ausschließlich Sexualität gelebt wird (wie z.B. bei einem *one-night stand*), sondern auch andere Aspekte emotional naher Partnerschaften erlebt werden. Dies bedeutet, dass die Partner häufig miteinander interagieren, in eine Vielzahl gemeinschaftlicher Aktivitäten involviert sind, sich gegenseitig beeinflussen, dies auch in Zukunft tun möchten, etc. (vgl. McKinney & Sprecher, 1991, S. 2). Die meisten Menschen erleben ihre Sexualität am häufigsten in einem solchen Kontext (DeLamater, 1991). Dabei ist diese partnerschaftliche Sexualität von den beiden Aspekten *physischer Genuss* und *self-disclosure* geprägt (Reiss, 1986). Der Aspekt *self-disclosure* beschreibt dabei, dass sich die Partner in diesem Moment füreinander öffnen und sich gegenseitig eine sehr intime Seite ihrer selbst offenbaren.

Über die Dauer der Partnerschaft gesehen reduziert sich die Quantität der Sexualkontakte im Sinne von Häufigkeit (Riehl-Emde, 1995) sowie die Zufriedenheit mit der Sexualität (Beer, 2007) und der Wunsch nach Sex (Beutel, Stöbel-Richter & Brähler, 2008). Die Reduktion der Häufigkeit alleine, scheint bis zu einem gewissen Grad die Beziehung und zumindest für Frauen auch die sexuelle Zufriedenheit, nicht negativ zu beeinflussen (McNulty & Fisher, 2008). 88% der verheirateten Paare einer amerikanischen Studie waren mit ihrem physischen Sexualleben extrem oder sehr zufrieden (Laumann et al., 1994). Doch wenn das sexuelle Desinteresse bei einem Partner sehr ausgeprägt wird, reduziert dies durchaus die Partnerschaftszufriedenheit (Trudel, Boulos, & Matte, 1993; Willi, 2001). Dabei spielt es eine große Rolle, wie Paare mit unterschiedlich verteilter Lust umgehen. Nicht alleine, *ob* ein Partner eine Zurückweisung seiner/ihrer sexuellen Avancen erfährt, ist für den/die Zurückgewiesene bedeutsam, sondern auch *wie* diese Zurückweisung erlebt wird (Byers & Heinlein, 1989). Dadurch bekommt die Kommunikation des Paares eine Bedeutung (Cupach & Metts, 1991). Wie jedoch Beer (2007) anmerkt, sind die Bereiche Sex und Kommunikation sowohl die schwersten als auch die häufigsten Problembereiche von Partnerschaften, was für die Kombination dieser Bereiche, also Kommunikation über Sex, weitreichende Folgen haben sollte. In den aktuellen Studien ergeben sich deutliche Hinweise darauf, dass biologische Alterungsprozesse (Erektionsprobleme, verringerte Lubrikation, hormonelle Veränderungen etc.) für die Zufriedenheit eine untergeordnete Rolle spielen. Beer (2007) konnte an einer sehr großen Stichprobe zeigen, dass Paare, die unter einem Jahr zusammen sind, unabhängig vom biologischen Alter der Partner, eine ähnliche sexuelle Zufriedenheit berichten und, dass ebenso unabhängig vom Alter, in den ersten fünf Beziehungsjahren die sexuelle Zufriedenheit absinkt, um sich dann auf einem relativ niedrigen Niveau einzupendeln. Außerdem kommt es bei Personen, die sich scheiden lassen und wieder neu heiraten, zu einem erneuten Anstieg der Häufigkeit sexueller Kontakte mit dem/der neuen Partner(in) (Christopher & Sprecher, 2000).

Somit könnten Alterseffekte bzgl. des Absinkens sexueller Zufriedenheit, wie sie beispielsweise auch von Trudel (2002) berichtet wurden, durch die enge Assoziation von Alter und Partnerschaftsdauer (Gräser et al. 2001) erklärt werden. Beer (2007) konnte zeigen, dass es älteren Menschen besser gelingt, in einer neu entstandenen Partnerschaft, die sexuelle Zufriedenheit über einen längeren Zeitraum in einem positiven Bereich zu halten, was einen positiven Effekt des Alters darstellt.

Wie diese Veränderung auf einer qualitativen Ebene beschrieben werden kann, und warum sie sich einstellt, wurde bisher jedoch noch nicht empirisch untersucht. Clement (2001) entwickelte ein systemtheoretisches Modell, das den Prozess dieser Veränderung über die Dauer einer Partnerschaft zu beschreiben versucht. Er geht davon aus, dass jeder Mensch ein eigenes sexuelles Spektrum besitzt. Diese individuellen sexuellen Spektren bestehen aus Phantasien, Wünschen, Masturbationspraktiken, Lernerfahrungen, Erfahrungen mit anderen Partnern, etc. Dabei ist das gemeinsam mit einem Partner gelebte sexuelle Spektrum nur die Schnittmenge der individuellen sexuellen Spektren beider Partner. Am Anfang einer sexuellen Beziehung tun die Partner genau das, was ihnen gefällt, oder von dem sie hoffen, dass es dem Anderen auch gefällt. Dies führt unweigerlich zu Grenzübertretungen, wenn beispielsweise ein Partner eine Stellung initiieren möchte, die dem Anderen nicht zusagt. Ein kultureller Sexualitätsstandard, bei dem ein „Nein“ immer stärker ist als ein „Ja“, führt dann dazu, dass der Grenzmarkierung nachgegeben wird. Man tut das nicht mehr, von dem der andere *sagt*, dass er/sie das nicht möchte. Oft wird dieses „Nein“, das sich eventuell nur aus einer bestimmten Situation ergeben hat, aber als zeit- und situationsstabil aufgefasst, was zu einer dauerhaften Grenzakzeptierung führt. Man tut das nicht mehr, von dem man *vermutet*, dass er/sie das nicht möchte. Durch Furcht vor einer weiteren Zurückweisung und der Antizipation der daraus resultierenden Verletzung der eigenen Männlichkeit/Weiblichkeit, stellt sich schließlich eine Latenz des Wunsches ein. Man *will* das nicht mehr, von dem man vermutet, dass er/sie das nicht möchte. Dieser Prozess führt zu einer freundlichen Kompromisserotik. Das gemeinsame sexuelle Spektrum verkleinert sich und reduziert sich auf einen „kleinsten gemeinsamen erotischen Nenner“ (Clement, 2001, S. 104f.), auf dem sich die Partner begegnen. Dieses Modell ist jedoch bisher nicht evaluiert. Zur Evaluation ist ein Verfahren notwendig, das die Schnittmenge von individuellem und gemeinsamem sexuellen Spektrum erfassen kann – also einen Abgleich zwischen dem Ist-Zustand der partnerschaftlichen Sexualität und den individuellen Wünschen eines Partners ermöglicht. Dabei wurde schon von DeLamater (1991) darauf hingewiesen, dass sich die sexuelle Zufriedenheit daraus ergibt, wie sehr aktuelle sexuelle Aktivitäten mit eigenen Erwartungen übereinstimmen (S. 62).

Es stellt sich hier nun die Frage, welche Rolle die Sexualität und die Veränderung der Sexualität für die Beziehungszufriedenheit oder andere Beziehungsvariablen hat. In den USA wurden einige Studien publiziert, die den Schluss zulassen, dass es eine Verbindung zwischen Sexualität und Beziehungsqualität gibt (für einen Überblick: Christopher & Sprecher, 2000). Sowohl die Häufigkeit sexueller Kontakte als auch die Zufriedenheit mit dem Sexualleben haben einen Einfluss. Dabei spielt jedoch die Häufigkeit alleine eine untergeordnete Rolle. Die Art des Zusammenhangs zwischen Sexualität und Beziehungszufriedenheit ist jedoch noch unklar. Unterschiedliche Herangehensweisen an diese Forschungsfrage führten zu sehr unter-

schiedlichen Ergebnissen: Das *social exchange model of sexual satisfaction* (Larance & Byers, 1995; Byers & Mcneil, 2007) sieht die Beziehungszufriedenheit als einen Einflussfaktor für die sexuelle Zufriedenheit. Byers (2005) zeigte längsschnittlich, dass sich Beziehungszufriedenheit und sexuelle Zufriedenheit wechselseitig beeinflussen. Birnbaum (2007) fand in einer rein weiblichen Stichprobe, keinen direkten Einfluss des sexuellen Funktionsniveaus auf die Beziehungsqualität, sondern einen moderierenden Effekt des Zusammenhangs zwischen Bindungsängstlichkeit und Beziehungsqualität. Oggins et al. (1993) fanden stärkere Effekte des Zusammenhangs zwischen Sexualität und Beziehungszufriedenheit für Frauen als für Männer, während Hassebrauck (2003) nur einen Effekt für die Männer fand. Sprecher (2002) fand schließlich auch einen längsschnittlichen Einfluss der sexuellen Zufriedenheit auf die Beziehungsstabilität für beide Geschlechter, aber einen stärkeren Effekt für Männer.

Aufgrund dieser Studien wurde deutlich, dass sich Männer und Frauen in den Modellen unterscheiden, und dass die Sexualität eine wichtige Rolle in der Partnerschaftszufriedenheit einnimmt. Aus diesem Grund wird Paartherapeuten empfohlen, für Störungen im Sexualleben des Paares sensibel zu sein und diese zu behandeln (Halford & Markman, 1997). Aus demselben Grund beziehen viele Fragebögen zur Erfassung von Partnerschaftszufriedenheit und -qualität auch die sexuelle Zufriedenheit mit ein (Snyder, 1979; Rohmann, 2000; Hahlweg, 1996). Die Heterogenität der diesbezüglichen Ergebnisse lässt aber bisher keinen eindeutigen Rückschluss auf den Zusammenhang zwischen Beziehungszufriedenheit und Sexualität zu, da sich die Verfahren zur Erfassung der Sexualität auf sehr unterschiedliche Aspekte der Sexualität beziehen und sehr unterschiedliche, teilweise rein weibliche Stichproben untersucht wurden.

In vergangenen Studien fällt außerdem auf, dass die Instrumente zur Erfassung von Sexualität meist nur eine Dimension abbildeten, wie Häufigkeit, Zufriedenheit, sexuelles Funktionsniveau, Probleme etc. Das *Handbook of sexuality-related measures* (Davis, 1998) beinhaltet knapp 230 Fragebogenverfahren, um verschiedene Aspekte des Sexuallebens zu erfassen. In den letzten zehn Jahren sind noch einige dazugekommen. Dies ist ein Zeichen dafür, dass sich die Forschung mit der Sexualität intensiv auseinandersetzt. Dennoch wurde bisher kein Fragebogen entwickelt, der mehrdimensional erfasst, welche Aspekte partnerschaftlicher Sexualität in einer Partnerschaft erlebt werden. Außerdem sind diese Dimensionen, die als Maßstab für partnerschaftliche Sexualität gewählt wurden, nicht ausschließlich typisch für Partnerschaften (vgl. McKinney & Sprecher, 1991; Reiss, 1986). Diese Dimensionen können in jeder Beziehung, in der es zwischen Menschen zu sexuellen Kontakten kommt, gemessen werden. Ein Messinstrument, das die Aspekte der Sexualität erfasst, die ausschließlich in dem Kontext vorkommen, in dem Sexualität zumeist gelebt wird – eine romantische Partnerschaft – existiert bisher nicht. Dabei sollte im Auge behalten werden, dass sich partnerschaftliche Sexualität von der Sexualität unterscheiden sollte, die man in einer Affäre oder einem *one-night stand* erlebt. Erfasst man aber nur die Häufigkeit der Sexualkontakte oder Variationen in unterschiedlichen Sexualpraktiken, so kann dieser Unterschied nicht abgebildet werden. Zudem wurden in den meisten publizierten Studien Skalen verwendet, die nur aus einem oder wenigen Items bestanden und deren Reliabilität und Validität nicht bekannt ist. Eine mehrdimensionale Erfassung von sexualitätsbezogenen Maßen ist bisher sehr selten.

Die vorliegende Studie beschäftigt sich demnach mit der Frage, wie man das Erleben von Sexualität in einer Partnerschaft erfassen kann, welche Alters-, Geschlechts- und Familienstandsunterschiede es hinsichtlich der Passung dieser partnerschaftlichen Erfahrung mit persönlichen Erwartungen gibt, und welche Zusammenhänge sich mit der Beziehungszufriedenheit ergeben. Das Erleben wird dabei als das betrachtet, was Partner miteinander in ihrer sexuellen Beziehung leben. Die sexuelle Zufriedenheit sollte sich erst aus dem Erleben ergeben.

Methode

In einer Online-Studie wurde der *Fragebogen zur Erfassung der Zufriedenheit in Partnerschaften* (ZIP, Hassebrauck, 1991) eingesetzt. Der ZIP ist die deutschsprachige Version der *Relationship Assessment Scale* von Hendrick (1988). Dieses sieben Items umfassende Instrument besticht durch seine hohe Ökonomie und mit einem Cronbachs $\alpha = .87$ auch durch eine hohe Reliabilität. Außerdem ist es für die vorliegende Fragestellung sehr geeignet, da es die Partnerschaftszufriedenheit direkt erfasst, ohne einen Umweg über andere Konstrukte zu nehmen und insbesondere keine inhaltlichen Überschneidungen mit der Sexualität des Paares aufweist, was zu trivialen Zusammenhängen führen würde (Banse, 2003).

Außerdem kam ein neu konstruierter *Fragebogen zum Erleben von Sexualität in einer Partnerschaft* (FESP) zum Einsatz. Ziel der Fragebogenkonstruktion war, das Sexualerleben in einer emotional nahen romantischen Partnerschaft und die Passung des Erlebens mit eigenen Wünschen und Vorstellungen zu erfassen (vgl. Clement, 2001). Der Fragebogen sollte sich für beide Geschlechter und unterschiedliche sexuelle Orientierungen eignen. Durch Brainstorming und unstrukturierte Interviews mit Personen unterschiedlichen Geschlechts und sexueller Ausrichtung wurde ein Itempool erstellt. Durch die Teilnahme homo-, bi- und heterosexueller Personen an der Studie, sowie durch nachträgliche Befragung einzelner Teilnehmer unterschiedlicher sexueller Orientierungen, konnte die Eignung des Verfahrens für eine große Population bestätigt werden. Die Items werden auf einer fünfstufigen Skala von ‚trifft immer zu‘ bis ‚trifft nie zu‘ beantwortet. Um die Passung des Erlebens mit den individuellen Wünschen messbar zu machen, wurde nach Vorbild der *triangular love scale* (Sternberg, 1997) ein doppeltes Antwortformat gewählt. Sternberg (1997) verwendete hierzu eine zweite Skala, auf der er seine Probanden einen ‚idealen Traumpartner‘ einschätzen ließ. Bei dem Vergleich des momentanen Partners mit einem ‚idealen Traumpartner‘ entstehen jedoch zwei Probleme. Einerseits entsteht ein inhaltliches, da Wünsche, die ein idealer Traumpartner erfüllen würde, nicht dasselbe sein können, wie das, was man sich von einem realen Partner wünscht. Andererseits führt dieses Vorgehen zu einem empirischen Problem, da ein idealer Traumpartner mit hoher Wahrscheinlichkeit nur mit Extremwerten eingeschätzt wird: alle angenehmen Aspekte müssen voll und alle unangenehmen gar nicht erfüllt sein. Somit erhält man keine Varianz in den Variablen. Aus diesem Grunde wurden die Items zusätzlich noch auf einer fünfstufigen Skala bewertet, wie wichtig dieser Aspekt partnerschaftlicher Sexualität ist (‚gar nicht wichtig‘ bis ‚sehr

wichtig¹). Durch die direkte Gegenüberstellung beider Antwortformate¹ liegt die Vermutung nahe, dass eine Abweichung zwischen den beiden Antworten eine Abweichung zwischen Ist- und Sollzustand darstellt. Leider gibt es mit diesem Vorgehen noch wenig Erfahrung. Die Vermutung konnte zunächst jedoch durch eingehende Experteninterviews erhärtet werden. Aus den Antworten zum Erleben und der Wichtigkeit lassen sich Differenzwerte berechnen (Differenz = Erleben – Wichtigkeit), die die Passung zwischen einem Ist- und einem Soll-Wert darstellen sollten. Der Hintergrund der Bildung des Differenzwertes ist, dass es wenig Information bringt, wenn eine Person beispielsweise das Item „wir haben Sex an ungewöhnlichen Orten“ mit einem „trifft nie zu“ beantwortet. Denn das ist völlig in Ordnung, so lange es der betreffenden Person auch nicht wichtig ist. Erst wenn der Ist-Zustand von den Wichtigkeitswerten abweicht, sollte dies Konsequenzen für die Person haben. Negative Werte bedeuten demnach, dass ein als wichtig erachteter Teil partnerschaftlicher Sexualität nicht in dem gewünschten Ausmaß erlebt wird. Eine Null zeigt, dass genau so viel erlebt wird, wie gewünscht. Eine Abweichung in den positiven Bereich war insgesamt selten, sollte nach der *social exchange theory of sexual satisfaction* (Byers & Mcneil, 2007) ebenso einen negativen Effekt auf die Person haben. Demnach wäre es plausibel, die euklidische Distanz zu berechnen. Dies wurde auch getestet, allerdings zeigte sich, dass mit den Differenzwerten in verschiedenen Analysen ebensoviel Varianz aufgeklärt werden kann wie mit der euklidischen Distanz, weswegen für eine bessere Übersichtlichkeit hier die Differenzwerte berichtet werden. Denn auch wenn jegliche Abweichung von Null ähnlich negativ bewertet wird, so ist es für das Individuum mit Sicherheit ein Unterschied, ob die Abweichung in den negativen oder positiven Bereich führt.

In einer Pilotstudie an 122 Personen fanden sich auf Basis der Erlebniswerte (nicht der Wichtigkeitswerte) zwei Faktoren, die gemeinsam 42% der Varianz aufklären. Es ergaben sich außerdem Hinweise auf die Existenz von bis zu drei weiteren Faktoren im originalen Itempool. Diese Faktoren konnten jedoch aufgrund hoher Doppelladungen, niedriger Eigenladungen, geringer Varianzaufklärung, geringer Itemzahl oder kaum möglicher inhaltlicher Interpretation nicht eindeutig definiert werden. Aus diesem Grund wurden nur zwei Faktoren extrahiert. Der erste Faktor bestand aus affektiver Anziehung. Er zeigt, wie sehr die Sexualität von Wärme, Liebe und Zärtlichkeit geprägt ist (z.B. „Mein Partner ist sehr einfühlsam“) [20.2% Varianzaufklärung; $\alpha = .86$]. Der zweite Faktor bestand aus physischer Anziehung. Dieser Faktor zeigt, wie sehr die Sexualität von Leidenschaft, Offenheit und gemeinschaftlichem Experimentieren geprägt ist (z.B. „Mein Partner experimentiert sehr gerne“) [21.6% Varianzaufklärung; $\alpha = .89$] (von Irmer, 2007). Diese beiden Skalen wurden auch ausgewählt und weiterentwickelt, da sie mit den Vorstellungen von Reiss (1986) und Willi (2001) korrespondieren, die inhaltlich ähnliche Dimensionen der partnerschaftlichen Sexualität beschrieben. Die Items dieser aus der Pilotstudie entstandenen Skalen wurden überarbeitet und die Skalen theoriegeleitet erweitert. Diese überarbeitete Fassung wurde in der Untersuchung eingesetzt.

1 Hinter dem Itemstamm werden direkt nebeneinander zwei fünfstufige Skalen dargestellt. Der Proband wird dazu aufgefordert, in jeder der beiden Skalen jeweils ein Kreuz zu setzen.

Da im Onlinefragebogen alle Items gezwungenermaßen ausgefüllt wurden, erübrigte sich eine Missing-Data-Korrektur. Nur vollständig ausgefüllte Fragebögen wurden in die Auswertung mit einbezogen, da die Teilnehmer erst mit Absenden der letzten Seite ihr Einverständnis zur Verwendung der Daten abgaben. Alle Berechnungen wurden mit SPSS 14.0 durchgeführt.

Stichprobe

An der Onlinestudie nahmen insgesamt 1.583 Personen im Alter zwischen 15 und 70 Jahren [$M = 31.2$; $SD = 12.31$] teil. Dabei waren 70% der Teilnehmer 35 Jahre oder jünger. 60.5% waren Frauen, 39.5% Männer. Die Teilnehmer kamen aus dem gesamten Bundesgebiet, teilweise auch aus Österreich [$N = 62$] und der Schweiz [$N = 26$]. Dabei gaben 31.6% der Teilnehmer an, in einer Großstadt mit über 150 000 Einwohnern zu leben und 23.4% in einem Dorf unter 5000 Einwohnern. 22% waren Studierende verschiedener Fachrichtungen, 46.4% waren berufstätig. 28.6% waren verheiratet, 53.7% waren in einer nicht-ehelichen Partnerschaft und 17.7% waren Singles². $N = 39$ Männer und $N = 16$ Frauen gaben auf einer 11stufigen Skala an, sich sexuell zum gleichen Geschlecht hingezogen zu fühlen. $N = 58$ Personen fühlten sich von beiden Geschlechtern gleichermaßen sexuell angezogen. $N = 35$ Personen besuchten im Zeitraum von sechs Monaten vor der Untersuchung eine Paar- oder Sexualtherapie.

Zur Teilnahme an der Studie wurde auf verschiedene Weise geworben. In insgesamt 35 Internetforen wurde die Studie mit einer kurzen Einführung beworben. Die Foren wurden über den Erhebungszeitraum von 1,5 Monaten täglich betreut, um auf Rückfragen zu antworten. Um eine möglichst heterogene Stichprobe zu erhalten, wurden hauptsächlich Foren herangezogen, die nicht ausschließlich Themen wie Partnerschaft oder Sexualität als Hauptschwerpunkte auswiesen (beispielsweise ein christliches Jugendforum oder technische Foren).

Zusätzlich wurde eine Mailkette in Gang gesetzt, im Raum Mainz wurden Flyer mit der URL zur Studie verteilt und einige Sexual- und Paartherapeuten wurden telefonisch mit der Bitte kontaktiert, dass sie einige Ihrer Patienten auf die Studie aufmerksam machen. Durch dieses Vorgehen sollte eine möglichst heterogene Stichprobe gefunden werden. *Fakes* wurden aufgrund einer Plausibilitätsanalyse aus der Stichprobe entfernt, waren aber selten ($N = 18$).

Trotz der Stichprobengröße kann jedoch bei einem Onlinefragebogen kaum sichergestellt werden, eine repräsentative Stichprobe zu erfassen. Aus dem Feedback der Teilnehmer in den Foren wurde jedoch deutlich, dass dieses Vorgehen bei einem so intimen Thema seitens der Teilnehmer sehr begrüßt wurde.

2 Singles wurden gebeten, den Fragebogen retrospektiv in Bezug auf die letzte Partnerschaft zu beantworten.

Ergebnisse

Table 1: Faktorladungen des Fragebogens zum Erleben von Sexualität in einer Partnerschaft (FESP)

	Faktor	
	physisch	affektiv
<i>Ich merke, dass mich mein Partner begehrt</i>	,636	,293
<i>Ich bekomme nicht genügend Sex von meinem Partner*</i>	,560	
<i>Mein Partner experimentiert sehr gerne (K)</i>	,821	
<i>Der Sex mit meinem Partner ist sehr abwechslungsreich (K)</i>	,800	,231
<i>Sex läuft bei uns immer nach dem gleichen Schema ab* (K)</i>	,646	
Mein Partner ist sehr einfühlsam (K)	,415	,636
<i>Wir haben oft Sex miteinander (K)</i>	,680	,253
Ich spüre, wie sehr mich mein Partner liebt, wenn sie/er mit mir Sex hat (K)	,422	,619
<i>Mein Partner ist immer dafür offen, neue Dinge auszuprobieren (K)</i>	,802	
Mein Partner überfordert mich mit ihren/seinen sexuellen Wünschen*	-,235	,462
Mein Partner ist oft so erregt, dass sie/er sich nicht die Zeit nimmt, intensiv auf mich einzugehen*		,437
Ich befriedige meinen Partner, ohne dabei selbst Lust zu haben*		,465
Mein Partner hat großes Verständnis dafür, wenn ich keine Lust auf Sex habe		,505
Mein Partner ist sehr zärtlich (K)	,373	,737
<i>Mein Partner ist sehr wild und leidenschaftlich (K)</i>	,726	
Mein Partner kuschelt mit mir auch ohne sexuellen Hintergrund		,580
<i>Sexualität ist in unserer Beziehung ein wichtiger Bestandteil (K)</i>	,679	,228
Wenn ich mit meinem Partner schlafe, bin ich wirklich eins mit ihr/ihm (K)	,387	,633
<i>Der Anblick meines Körpers ist für meinen Partner erregend</i>	,586	,268
<i>Mit meinem Partner kann ich sexuelle Phantasien ausleben (K)</i>	,819	,243
<i>Wir haben Sex an ungewöhnlichen Orten</i>	,649	
Ich spüre beim Sex wie vertraut ich meinem Partner bin (K)	,438	,643
Beim Sex mit meinem Partner spüre ich, wie sehr sie/er mich wertschätzt (K)	,405	,663
<i>Unser Sexualleben ist prickelnd (K)</i>	,751	,418
Ich spüre beim Sex, dass mir mein Partner großen Respekt entgegenbringt (K)	,361	,684
Die Art und Weise, wie wir uns im Bett begegnen, spiegelt unsere liebevolle Verbindung wieder (K)	,365	,694
Die Befriedigung meines Partners steht in unserer Sexualität so sehr im Vordergrund, dass es meine Lust hemmt*		,506
Unser Sexualleben ist romantisch (K)	,364	,600
<i>Wir reden über unsere sexuellen Wünsche und Phantasien offen</i>	,677	,247
<i>Beim Sex reden wir darüber, was uns erregt</i>	,555	
<i>Wir benutzen Alltagsgegenstände um uns zu stimulieren (z.B. Federn, Blumen, Frischhaltefolie etc.)</i>	,461	
<i>Mit meinem Partner lebe ich Sexualpraktiken aus, die andere als „exotisch“ beschreiben würden</i>	,667	
Wenn mein Partner mit mir schläft, fühle ich mich benutzt oder ausgenutzt*		,641
Nach dem Geschlechtsverkehr tauschen wir noch lange Zärtlichkeiten aus	,299	,572
Wenn ich mit meinem Partner schlafe, fühlt sich mein ganzer Körper berührt (K)	,370	,618
Nach dem Geschlechtsverkehr mit meinem Partner spüre ich den Kontakt mit meinem Partner noch lange Zeit	,345	,576
<i>Mein Partner überrascht mich im Bett immer wieder (K)</i>	,737	,290

Anmerkungen

- * negativ gepolt Items. Sie wurden für die Faktorenanalyse ins Positive umgepolt
Eigenladungen < .20 werden nicht dargestellt; kursiv gestellte Items gehören zum Faktor physische Anziehung, kursive Faktorladungen zeigen die größte Ladung auf den beiden Faktoren;
die mit (K) markierten Items können für Forschungszwecke als Kurzversion eingesetzt werden. Cronbachs α für die affektive Anziehung (10 Items) ist .931 und für die physische Anziehung (10 Items) .936

Eine erneute Faktorenanalyse (Hauptkomponentenanalyse mit Varimaxrotation) zeigte, dass die Faktorenstruktur weiterhin zutrifft, und die neu konstruierten Items auf den angenommenen Faktoren laden. Wiederum wurden die zwei Faktoren gefunden, die gemeinsam 48.6% der Varianz aufklären. Affektive Anziehung [19 Items; 20.6% Varianzaufklärung; $\alpha = .917$], und physische Anziehung [18 Items; 28.0% Varianzaufklärung; $\alpha = .941$], wie in Tabelle 1 dargestellt. Hinweise auf andere Faktoren ergaben sich in dieser Studie nicht, da die entsprechenden Items des originalen Itempools nicht in die Studie mit aufgenommen wurden.

In Tabelle 2 werden die deskriptiven Statistiken für die Differenzwerte (Differenz = Erleben – Wichtigkeit) nach Geschlecht, Familienstand und Altersgruppe³ angegeben.

Tabelle 2: Mittelwert und Standardabweichung für Differenzwerte in physischer und affektiver Anziehung nach Geschlecht, Familienstand und Altersgruppe

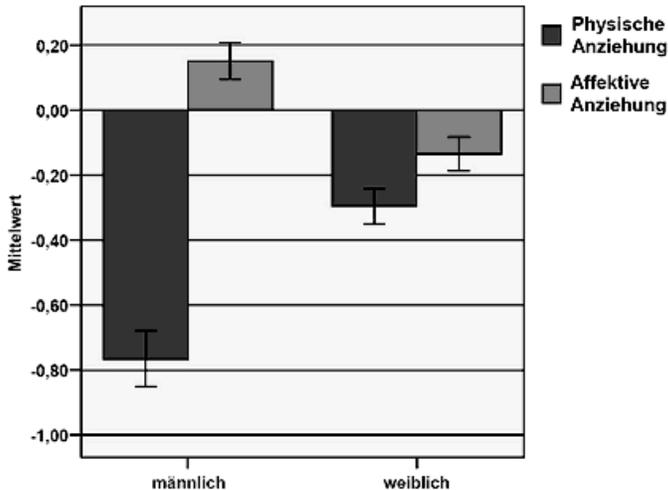
		15 bis 20 (N = 279)		21 bis 29 (N = 609)		30 bis 39 (N = 329)		40 bis 70 (N = 366)		
		M	(SD)	M	(SD)	M	(SD)	M	(SD)	
männlich	physisch	verheiratet	--	--	.00	(.84)	-.97	(1.00)	-1.17	(1.19)
		Partner	-.24	(.73)	-.63	(.84)	-.70	(1.02)	-.59	(.90)
		Single	-.44	(1.04)	-.72	(.98)	-.61	(.95)	-.88	(.85)
	affektiv	verheiratet	--	--	.57	(.40)	.13	(.62)	.01	(.79)
		Partner	.26	(.59)	.34	(.47)	.19	(.70)	.15	(.54)
		Single	.09	(.85)	.16	(.71)	-.21	(.77)	-.31	(.67)
weiblich	physisch	verheiratet	--	--	-.21	(.62)	-.43	(.78)	-.48	(1.09)
		Partner	-.05	(.55)	-.19	(.72)	-.34	(.87)	-.38	(.88)
		Single	-.43	(.97)	-.54	(.93)	-.65	(1.03)	-.64	(1.04)
	affektiv	verheiratet	--	--	.04	(.62)	-.10	(.61)	-.36	(.96)
		Partner	.02	(.52)	.02	(.58)	-.07	(.72)	.00	(.70)
		Single	-.31	(1.02)	-.61	(.89)	-.91	(1.04)	-.76	(.98)

In einer MANOVA mit Messwiederholung wurde als Innersubjektfaktor die Dimension sexuellen Erlebens eingegeben (physisch und affektiv). Als Zwischensubjektfaktoren wurden das Geschlecht, der Familienstand und die Altersgruppen eingegeben⁴. Es ergab sich ein Haupteffekt der Dimension [$F(1,1416) = 255.68$; $p < .001$; $\eta^2 = .153$]. In der physischen Anziehung sind die Differenzwerte generell negativer als in der affektiven. Außerdem fand sich ein Haupteffekt des Familienstands [$F(2,1416) = 19.21$; $p < .001$; $\eta^2 = .026$]. Personen in einer unehelichen Partnerschaft bewerten ihre Sexualität generell als positiver als Singles und Verheiratete.

3 Die Altersgruppen wurden so gebildet, dass sie einen Kompromiss zwischen theoretischen Altersstufen (*emerging adulthood*, junges, mittleres und hohes Erwachsenenalter) und der Fallzahl in den entsprechenden Gruppen darstellen. Darum entsprechen die Altersgrenzen nicht exakt den theoretischen Modellen und auch die Fallzahlen in den Gruppen unterscheiden sich.

4 Aufgrund der großen Stichprobe werden nur Ergebnisse berichtet, die einen p-Wert $< .01$ erreichen, da alle anderen Effekte zwar als signifikant angenommen werden können, aber keine große inhaltliche Bedeutsamkeit aufweisen. Haupteffekte, deren inhaltliche Bedeutung durch Interaktionseffekte überlagert werden, werden ebenso nicht berichtet.

Abb. 1: Differenzwerte für Männer und Frauen in physischer und affektiver Anziehung. Fehlerbalken = 2 Standardfehler



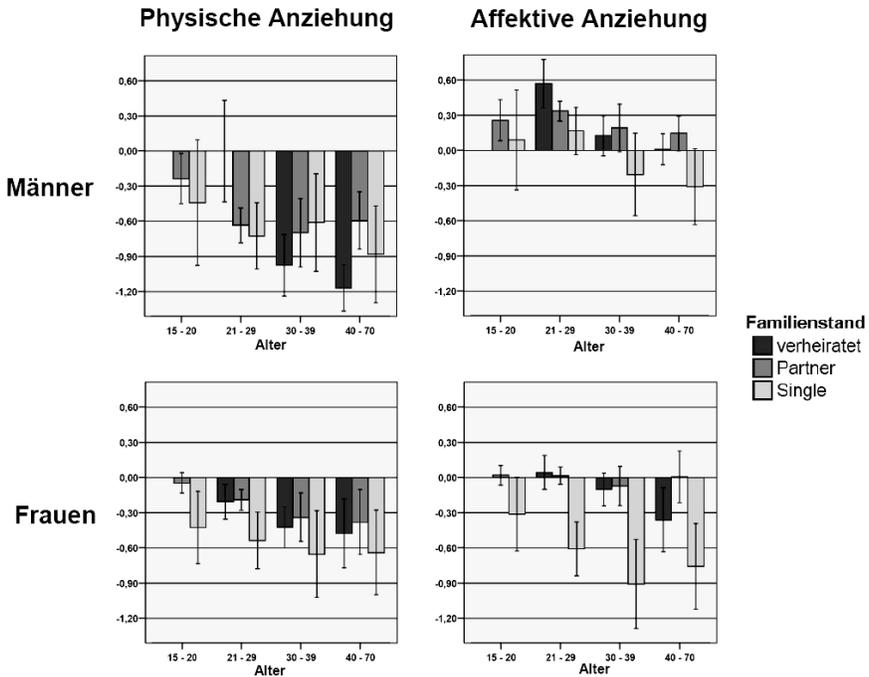
Interaktionseffekte ergaben sich zwischen der Dimension und dem Familienstand [$F(2,1416) = 10.89$; $p < .001$; $\eta^2 = .015$], zwischen der Dimension und dem Geschlecht [$F(1,1416) = 127.40$; $p < .001$; $\eta^2 = .083$], (s. Abb. 1) zwischen Dimension, Familienstand und der Altersgruppe [$F(5,1416) = 3.38$; $p < .01$; $\eta^2 = .012$], sowie eine Vierfachinteraktion zwischen Dimension, Familienstand, Geschlecht und der Altersgruppe [$F(5,1416) = 3.26$; $p < .01$; $\eta^2 = .011$]. Die Mittelwerte der Untergruppen in den Dimensionen werden in Abbildung 2 mit Fehlerbalken, die zwei Standardfehlern entsprechen, dargestellt. Um diesen komplexen Interaktionseffekten genauer auf den Grund zu gehen, wurde dasselbe Modell noch einmal getrennt nach Geschlechtern berechnet. Der Zwischensubjektfaktor Geschlecht fällt somit aus der Berechnung heraus.

Männer

Es ergab sich ein Haupteffekt der Dimension [$F(1,559) = 263.84$; $p < .001$; $\eta^2 = .321$]. In der physischen Anziehung sind die Differenzwerte in fast allen Subgruppen stark negativ, während sie in der affektiven Anziehung oft leicht positiv sind (s. Abb. 1). Außerdem fand sich ein Haupteffekt der Altersgruppe [$F(3,559) = 6.70$; $p < .001$; $\eta^2 = .035$]. Der bonferronikorrigierte Post-Hoc-Test zeigt, dass mit zunehmendem Alter die Werte immer negativer werden. Die Interaktion zwischen Dimension, Alter und Familienstand [$F(5,559) = 3.286$; $p < .01$; $\eta^2 = .029$] zeigt jedoch, dass diese Abnahme nur in der physischen Anziehung für alle Personen gilt. In der affektiven Anziehung zeigt sich diese Abnahme nur für Singles und Verheiratete. Allerdings reduziert sich die affektive Anziehung bei verheirateten Männern von einem positiven Wert im Alter zwischen 21 und 29 auf eine Null im Alter von

über 40 Jahren. Bei den Singlemännern sind mit zunehmendem Alter die einzigen negativen Werte in dieser Dimension zu finden (s. Abb. 2, obere Zeile).

Abb. 2: Differenzwerte in physischer (linke Spalte) und affektiver (rechte Spalte) Anziehung für Männer (obere Zeile) und Frauen (untere Zeile) nach Altersgruppe und Familienstand. Fehlerbalken = 2 Standardfehler



Frauen

Es ergab sich ein Haupteffekt der Dimension [$F(1,857) = 16.91$; $p < .001$; $\eta^2 = .019$]. In der physischen Anziehung sind die Differenzwerte in fast allen Subgruppen stark negativ, während sie in der affektiven Anziehung meist bei Null liegen (s. Abb. 1). Dieser Haupteffekt ist bei weitem nicht so stark ausgeprägt wie bei den Männern. Außerdem zeigt sich ein Haupteffekt der Altersgruppe [$F(3,875) = 6.514$; $p < .001$; $\eta^2 = .022$]. Der bonferronikorrigierte Post-Hoc-Test zeigt, dass mit zunehmendem Alter die Werte immer negativer werden. Bei den Frauen ergab sich zusätzlich noch ein Haupteffekt des Familienstands [$F(2,875) = 29.433$; $p < .001$; $\eta^2 = .064$]. Der bonferronikorrigierte Post-Hoc-Test zeigt, dass sich alle Gruppen voneinander unterscheiden. Allerdings ist der Unterschied zwischen verheirateten und unehelichen Partnerschaften mit $p = .025$ eher marginal (s. Fußnote 4). Demnach bewerten Singlefrauen ihre Sexualität mit ihren

Expartmenten retrospektiv negativer als Verheiratete oder Frauen in einer nichtehelichen Partnerschaft. Die Interaktion zwischen Dimension und Familienstand zeigt, dass die negative Bewertung der Sexualität in der physischen Anziehung für alle Personen gilt (wenngleich nicht ganz so stark wie bei den Männern), während in der affektiven Anziehung fast ausschließlich die Singlefrauen negative Werte aufweisen. (s. Abb. 2, untere Zeile).

Um den Effekt der Differenzwerte auf die Beziehungszufriedenheit zu prüfen, wurde eine multiple lineare Regression berechnet. Im ersten Block wurden das Alter⁵, das Geschlecht und der Singlestatus als Einflussgrößen eingegeben. Im zweiten Block wurden die Differenzwerte für die physische und die affektive Anziehung unter der Bedingung schrittweise eingegeben. Die Ergebnisse dieser Regression werden in Tabelle 3 dargestellt.

Tabelle 3: Multiple lineare Regression auf Beziehungszufriedenheit

			β	Änderung R^2	R^2_{korr}
Modell 1	Block 1	Geschlecht	.008 n.s.		
		Alter	-.192**	.200**	.200**
		Single	-.423**		
Modell 2	Block 1	Geschlecht	-.112**		
		Alter	-.108**		
		Single	-.302**	.220**	.420**
	Block 2	affektive Anziehung	.499**		
Modell 3	Block 1	Geschlecht	-.027 n.s.		
		Alter	-.076**		
		Single	-.314**	.053**	.473**
	Block 2	affektive Anziehung	.360**		
		physische Anziehung	.279**		

Anmerkungen

n.s.: $p > .05$; * $p < .01$; ** $p < .001$; R^2_{korr} = korrigiertes R^2

Das Geschlecht hat keinen Einfluss auf die Beziehungszufriedenheit. In allen Modellen hat das Alter einen vergleichsweise geringen Einfluss auf die Beziehungszufriedenheit. Der Einfluss des Alters sinkt noch weiter ab, wenn die Sexualitätsdimensionen in die Regressionsmodelle schrittweise aufgenommen werden. Der Singlestatus hat im Vergleich zu den anderen beiden Kontrollvariablen den stärksten Einfluss auf die Beziehungszufriedenheit. Singles geben in der retrospektiven Bewertung ihrer vergangenen Beziehung eine geringere Beziehungszufriedenheit an. Mit diesen Kontrollvariablen alleine lassen sich 20% der Varianz in der Beziehungszufriedenheit aufklären. Kommt im zweiten Block der Differenzwert für die affektive

5 Gräser, Brandstädter und Felser (2001) konnten an einem 14-jährigen Längsschnitt zeigen, dass die Partnerschaftsdauer für die Beziehungszufriedenheit bedeutsamer ist als das Lebensalter. Bei der Erhebung der Partnerschaftsdauer im hier vorgestellten Projekt wurde die Erhebung der Partnerschaftsdauer aber von vielen Singles und verheirateten Personen falsch verstanden. Sie gaben oft die Dauer der Trennung bzw. die Ehedauer an. Da jedoch die Partnerschaftsdauer und das Lebensalter stark assoziiert sind (vgl. Gräser et al., 2001), wurde in dieser Rechnung das Alter als Einflussgröße verwendet.

Anziehung hinzu, werden nochmals 22% der Varianz in der Beziehungszufriedenheit aufgeklärt. Die Personen sind umso zufriedener mit ihrer Beziehung, je positiver die Bilanz für die affektive Anziehung ausfällt. Ein Defizit in diesem Bereich führt im Umkehrschluss zu weniger Beziehungszufriedenheit. Kommt im letzten Schritt schließlich die physische Anziehung hinzu, werden nochmals 5% der Varianz in der Beziehungszufriedenheit aufgeklärt. Somit trägt auch eine positive Bilanz in dieser Dimension zur Beziehungszufriedenheit bei, fällt aber im Vergleich zur affektiven Anziehung weniger stark ins Gewicht. Die Bedeutung des Alters für die Beziehungszufriedenheit nimmt mit jedem weiteren Regressionsschritt zusehends ab. Es bleibt zwar statistisch signifikant, aber der β -Koeffizient ist im dritten Modell so viel kleiner als die restlichen signifikanten Einflussgrößen, dass man ihn kaum mehr als inhaltlich bedeutsam annehmen dürfte. Mit dem Gesamtmodell lassen sich schließlich 47% der Gesamtvarianz der Beziehungszufriedenheit aufklären.

Diskussion

In der vorliegenden Studie kam erstmals ein neu entwickelter Fragebogen zum Einsatz (von Irmer, 2007), der es ermöglicht, zwei Dimensionen des sexuellen Erlebens in einer emotional engen Partnerschaft zu erfassen. Der *Fragebogen zum Erleben von Sexualität in engen Partnerschaften* (FESP) erwies sich als ein hoch reliables Messinstrument, das die Bedeutung der Sexualität für eine Partnerschaft erhellt. Es fand sich, dass Männer ein hohes Defizit in der leidenschaftlichen und experimentierfreudigen, physischen Dimension der Sexualität berichten, während dieses Defizit bei Frauen nicht so stark ausgeprägt ist. Dies passt sehr gut zu den Ergebnissen anderer Autoren, die bei der Untersuchung von Sexualität häufig Aspekte wie Häufigkeit, Variabilität oder Leidenschaft erfassen, die mit dem in dieser Arbeit verwendeten Konzept der physischen Anziehung korrespondieren (Trudel, 2002; Christopher & Sprecher, 2000).

In verschiedenen Arbeiten wurde berichtet, dass sich die Sexualität mit der Zeit verändert (Riehl-Emde, 2004; Beer, 2007; Sprecher, 2002; Beutel et al. 2008; Clement, 2001, Beer, 2007). Dieser Befund muss nun neu bewertet werden, da er sich insbesondere auf Kriterien bezieht, die der physischen Anziehung ähneln. Für diese Dimension des FESP fanden sich im querschnittlichen Vergleich ähnliche Effekte: Je älter die Teilnehmer der Studie waren, desto größer war ihr Defizit in der physischen Anziehung. Dies gilt besonders für Männer. Ein Aspekt partnerschaftlicher Sexualität, der empirisch noch nicht berichtet wurde, der aber gerade einen Unterschied zwischen der partnerschaftlichen Sexualität und anderen rein sexuellen Bekanntschaften ausmachen sollte, ist die affektive Anziehung. Sie weist jedoch Ähnlichkeiten mit dem theoretischen Konzept von Reiss (1986) auf, der unter Sexualität eine Kombination aus physischem Genuss (vgl. physische Anziehung des FESP) und *self-disclosure* versteht. Auch wenn Reiss (1986) ausdrücklich darauf verweist, dass er unter *self-disclosure* mehr versteht als bloße affektive Anziehung, so ist diese dennoch auch in seinem Modell eine wichtige Komponente. Auch Willi (2001) vertritt die Auffassung, dass Sexualität zwei unterschiedliche Funktionen aufweist:

die „Sexualität der Verführung“ und die „Sexualität der Zugehörigkeit“ (S. 269). Er fasst diese Begriffe ebenfalls sehr viel weiter als die hier aufgeführten Dimensionen physische und affektive Anziehung, dennoch zeigen sich durchaus Parallelen zwischen den Konzepten. In der affektiven Anziehung zeigen beide Geschlechter eine große Kontinuität über die verschiedenen Altersgruppen hinweg, wenn sie sich aktuell in einer nichtehelichen Partnerschaft befinden. Für verheiratete Personen war nur ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Sie bleiben aber im Großen und Ganzen nahe bei einer Nullbilanz, zeigen also keine gravierenden Defizite in dieser Dimension. Die Qualität der partnerschaftlichen Sexualität verändert sich demnach besonders in der physischen Anziehung: Das Defizit zwischen dem Erleben von Leidenschaft und Experimentierfreude mit dem Partner und den persönlichen Erwartungen diesbezüglich, vergrößert sich im Querschnittsvergleich bei älteren Personen. Dies kann als Verkleinerung des gemeinsamen sexuellen Spektrums (Clement, 2001) gewertet werden. Dabei ist davon auszugehen, dass der hier beobachtete Alterseffekt wahrscheinlich eher ein Effekt, der mit dem Alter eng assoziierten Partnerschaftsdauer ist (s. Fußnote 5, Gräser et al., 2001). Nur so können die Unterschiede im Altersquerschnitt aufgrund des Modells von Clement (2001) plausibel erklärt werden: Der Rückgang an Leidenschaft unter gleichzeitiger Beibehaltung der affektiven Anziehung im gemeinsamen sexuellen Spektrum einer Ehe entspricht sehr gut seinem Modell, wonach sich das gemeinschaftlich gelebte sexuelle Spektrum eines Paares über die Dauer der Beziehung hinweg auf einen freundlichen Kompromiss bzw. auf den kleinsten gemeinsamen erotischen Nenner reduziert. Dieser besteht aus Sexualpraktiken, die vermutlich weniger „exotisch“ sind, denn nur auf diese Weise können die Partner einem „Nein“ und der damit verbundenen Selbstwertbedrohung ausweichen. Es ist der freundliche Kompromiss, auf den man sich mit der Zeit einigen konnte, ohne Verletzung der eigenen Männlichkeit/Weiblichkeit bzw. ohne die Verletzung von Vorlieben des Partners durch einen Übergriff zu riskieren. Die querschnittlichen Ergebnisse im Sinne eines Prozesses zu interpretieren ist jedoch spekulativ. Um den von Clement (2001) beschriebenen Prozess zu beschreiben, ist eine längsschnittliche Betrachtung notwendig. Außerdem ist dabei im Auge zu behalten, dass der FESP nicht das gesamte Modell von Clement (2001) abbilden kann, da er sich ausschließlich auf die partnerschaftliche Sexualität bezieht. Die individuellen sexuellen Spektren werden nicht vollständig erfasst, sondern nur der Bereich, der zumindest potenziell auch im gemeinsamen sexuellen Spektrum gelebt werden könnte. Damit erklären sich auch die relativ geringen Differenzwerte.

Eine aufgrund des Querschnittsdesigns der Studie ebenfalls eher hypothetische Schlussfolgerung könnte sein, dass es eine negative Wirkung auf die Beziehungszufriedenheit hat, wenn sich zunehmend Defizite in der affektiven Anziehung zeigen. Da Singles in der affektiven Anziehung die größten Defizite aufweisen, scheint diese Dimension besonders stark mit Beziehungszufriedenheit zusammenzuhängen. Da die Singles jedoch über einen Expartner/eine Expartnerin retrospektiv antworteten, könnte dieser Effekt auch sehr gut mit kognitiver Dissonanz (Festinger, 1957) erklärt werden. Die Trennung könnte demnach zu einer nachträglichen Abwertung der Partnerschaft führen. Ohne eine längsschnittliche Betrachtung dieses Effekts kann der Einfluss der Sexualität auf die Beziehungszufriedenheit letztlich nicht eindeutig geklärt werden. Es gibt jedoch Hinweise, die diese Erklärung des Effekts alleine

aufgrund von kognitiver Dissonanz fraglich erscheinen lässt, denn sie sollte sich auch auf die physische Anziehung der Sexualität auswirken. Dies ist bei den Singlemännern aber nicht der Fall. In den älteren Altersgruppen zeigen die verheirateten Männer sogar ein stärkeres Defizit als die Singlemänner. Auch bei den Singlefrauen hält sich diese nachträgliche Abwertung in der physischen Anziehung in Grenzen. Zusätzlich wird diese Interpretation noch von Trudel (2002) gestützt. Sie fand, dass für beide Partner eine gute sexuelle Kommunikation und wechselseitiges Liebkosen einen Einfluss auf Beziehungszufriedenheit haben, was Ähnlichkeiten mit der Dimension affektive Anziehung des FESP aufweist. Schließlich konnte auch Sprecher (2002) zeigen, dass sich Sex auch auf die Beziehungsstabilität auswirken kann.

Zuletzt deutet die Regression der Beziehungszufriedenheit ebenso in die Richtung, dass insbesondere Defizite in der affektiven Anziehung einen negativen Effekt auf die Beziehungszufriedenheit haben, da in dieser Regression der Effekt des Singlestatus kontrolliert wurde. Diese Hinweise eines Effektes des sexuellen Erlebens auf die Beziehungszufriedenheit sind vielversprechend, sollten jedoch in einem längsschnittlichen Design geprüft werden, um wirklich von einem kausalen Zusammenhang sprechen zu können.

Interessant ist dabei auch, dass positive Differenzwerte ausschließlich bei jungen Männern im affektiven Bereich zu finden sind. Vermutlich führt dieser Überschuss in der affektiven Anziehung nicht zu weniger Zufriedenheit mit der Sexualität oder der Partnerschaft. Dass diese Abweichung nach oben einen anderen Effekt auf das Erleben partnerschaftlicher Sexualität hat, als eine Abweichung nach unten sieht man daran, dass die euklidische Distanz nicht so viel Varianz in der Regression aufklären kann, wie der Differenzwert. Inwiefern diese Qualität unterschiedlich ist, muss der Spekulation überlassen bleiben. Eventuell ist es nicht so, dass die jungen Männer in diesem Bereich mehr bekommen als sie möchten (was zu Unzufriedenheit führen würde), sondern eher mehr als sie brauchen. Dies würde heißen, dass sie dieses „mehr“ durchaus auch genießen können, diesen Aspekt aber nicht in dem Maße für eine erfüllte Sexualität brauchen, in dem sie ihn erleben.

Die mit dem FESP gewonnenen Daten entsprechen demnach den Ergebnissen aktueller Forschung und den Vorhersagen moderner Theorien über die Prozesse der partnerschaftlichen Sexualität (Clement, 2001) sowie der mehrdimensionalen Auffassung von Sexualität in Partnerschaften nach Reiss (1986) und Willi (2001). Er leistet zusätzlich zu bereits bestehenden Verfahren einen neuen Beitrag zur Sexualitätsforschung, indem er erstmals zwei unterschiedliche Dimensionen erfassbar macht, auf denen Sexualität erlebt wird. Dabei scheint insbesondere die affektive Anziehung ein Aspekt des Erlebens partnerschaftlicher Sexualität zu sein, der bisher kaum diskutiert wurde. Inwieweit ein so komplexes Feld wie das Erleben partnerschaftlicher Sexualität jedoch lediglich durch ein zwei Dimensionen umfassendes Fragebogenverfahren umfangreich beschreibbar ist, bleibt fraglich. Der FESP beleuchtet wie andere Verfahren, die sich mit dem Feld der Sexualität befassen, nur zwei Facetten die bisher nicht beschrieben wurden. Diese Facetten werden jedoch mit hoher Reliabilität erfasst. Weitergehende Forschung mit dem FESP sollte aufzeigen, welche Rolle die unterschiedlichen Dimensionen für die Beziehungszufriedenheit und -stabilität haben, und wie sie mit anderen Aspekten romantischer Partnerschaften korrespondieren. Außerdem sollte das Vorgehen, einen Abgleich zwischen Ist- und Soll-

werten durch die Differenz von Erlebnis- und Wichtigkeitswerten zu erfassen, validiert werden. Aufgrund der hier vorgestellten Arbeit kann nicht vollständig auf die Validität geschlossen werden, sie stimmt jedoch optimistisch. Zu Forschungszwecken kann die Kurzversion aus zweimal 10 Items als ökonomische Alternative verwendet werden. Die Kurzversion ist ebenso reliabel wie die Vollversion (s. Tabelle 1).

Danksagung: Ich danke Frau Ulrike Duma und Frau Prof. Dr. Inge Seiffge-Krenke für ihre große Unterstützung bei der Planung und Durchführung der Untersuchung, sowie der Gestaltung dieser Arbeit. Ohne diese Unterstützung wäre das Projekt in dieser Form nicht möglich gewesen.

Literatur

- Banse, R. (2003). Partnerschaftsdiagnostik. In: I. Grau & H. W. Bierhoff (Hrsg.), *Sozialpsychologie der Partnerschaft*. Berlin, Heidelberg: Springer. S. 14-42.
- Beer, R. (2007). *Sexuelle Zufriedenheit (I): Verlauf*. Podcast auf www.theratalk.de.
- Beutel, M. E., Stöbel-Richter, Y. & Brähler, E. (2008). Sexual desire and sexual activity of men and women across their lifespans: result from a representative German community survey. *BJU International*, 101, pp. 76-82.
- Birnbaum, G. E. (2007). Attachment orientations, sexual functioning, and relationship satisfaction in a community sample of women. *Journal of Social and Personal Relationships*, 24 (1), 21-35.
- Byers, E. S. (2005). Relationship satisfaction and sexual satisfaction: A longitudinal study of individuals in long-term relationships. *The Journal of Sex Research*, 42, pp. 113-118.
- Byers, E. S. & Heinlein, L. (1989). Predicting initiations and refusals of sexual activities in married and cohabiting heterosexual couples. *The Journal of Sex Research*, 26, pp. 210-231.
- Byers, E. S. & Mcneil, S. (2007). Further validation of the interpersonal exchange model of sexual satisfaction. *Journal of Sex and Marital Therapy*, 32, pp. 53-69.
- Christopher, F. S. & Sprecher, S. (2000). Sexuality in marriage, dating, and other relationships: A decade review. *Journal of Marriage and Family*, 62 (4), pp. 999-1017.
- Clement, U. (2001). Systemische Sexualtherapie. *Zeitschrift für Sexualforschung*, 14, pp. 95-112.
- Cupach, W. R. & Metts, S. (1991). Sexuality and communication in close relationships. In: K. McKinney, & S. Sprecher (Eds), *Sexuality in close relationships*. Hillsdale NJ: Lawrence Erlbaum, S. 93-110.
- Davis, C. M. (1998). *Handbook of sexuality-related measures*. Thousand Oaks: Sage (2nd edition).
- DeLamater, J. (1991). Emotions and sexuality. In: K. McKinney & S. Sprecher (Eds), *Sexuality in close relationships*. Hillsdale, NJ: Lawrence Erlbaum, pp. 49-70.
- Festinger, L. (1957). *A theory of cognitive dissonance*. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Gräser, H., Brandstädter, J. & Felsler, G. (2001). Zufriedenheit in Partnerbeziehungen: Analyse latenter Entwicklungsgradienten im 14-Jahres-Längsschnitt. In S. Walper & R. Pekrun (Hrsg.), *Familie und Entwicklung. Aktuelle Perspektiven der Familienpsychologie*. Göttingen: Hogrefe, S. 200-216.
- Hahlweg, K. (1996). Handanweisung zum Fragebogen für Partnerschaftsdiagnostik, Bern: Hogrefe.

- Halford, W. K. & Markman, H. J. (1997). *Clinical handbook of marriage and couples intervention*. New York: Wiley.
- Hassebrauck, M. (1991). ZIP – Ein Instrumentarium zur Erfassung der Zufriedenheit in Partnerschaften. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 22, S. 256-259.
- Hassebrauck, M. (2003). Romantische Männer und realistische Frauen: Geschlechtsunterschiede in Beziehungskognitionen. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 34 (1), S. 25-35.
- Hendrick, S. S. (1988). A generic measure of relationship satisfaction. *Journal of Marriage and the Family*, 50, pp. 93-98.
- Laumann, E. O., Gagnon, J. H., Michael, R. T. & Michaels S. (1994). *The social organization of sexuality: Sexual practices in the United States*. Chicago, University of Chicago Press.
- Lawrance, K. & Byers, E. S. (1995). Sexual satisfaction in long-term heterosexual relationships: The interpersonal exchange model of sexual satisfaction. *Personal relationships*, 2, pp. 267-285.
- McKinney, K. & Sprecher, S. (1991). *Sexuality in close relationships*. Hillsdale, NJ: Lawrence Erlbaum.
- McNulty, J. K. & Fisher, T. D. (2008). Gender differences in response to sexual expectancies and changes in sexual frequency: A short-term longitudinal study of sexual satisfaction in newly married couples. *Archives of Sexual Behaviour*, 37, pp. 229-240.
- Oggins, J., Veroff, J., & Leber, D. (1993). Race and gender differences in black and white newlyweds' perceptions of sexual and marital relations. *Journal of Sex Research*, 30 (2), pp. 152-60.
- Reiss, I. L. (1986). A sociological journey into sexuality. *Journal of Marriage and the Family*, 48, 233-242.
- Riehl-Emde, A. (1995). Die Liebe – eine vernachlässigte Dimension in der Paartherapie und Eheforschung. Untersuchung zur Qualität und Stabilität von Ehen mit Hilfe eines neu entwickelten Fragebogens an „normalen“ Paaren und Paaren in Paartherapie. Habilitationsschrift, Universität Zürich.
- Riehl-Emde, A. (2004). Liebe – Partnerschaft – Sexualität. In Hornung, R. (Hrsg.) *Sexualität im Wandel*. Zürich; vdf Hochschulverlag. S. 115-140.
- Rohmann, E. (2000). *Gerechtigkeitserleben und Erwartungserfüllung in Partnerschaften*. Frankfurt: Lange.
- Snyder, D. K. (1979). Multi-dimensional assessment of marriage satisfaction. *Journal of Marriage and the Family*, 41, pp. 813-823.
- Sprecher, S. (2002). Sexual satisfaction in premarital relationships: Associations with satisfaction, love, commitment, and stability. *The Journal of Sex Research*, 39, pp. 190-196.
- Sternberg, R. J. (1997). Construct validation of a triangular love scale. *European Journal of Social Psychology*, 27, pp. 313-335.
- Trudel, G. (2002). Sexuality and marital life: Results of a survey. *Journal of Sex and Marital Therapy*, 28(3), pp. 229-249.
- Trudel, G., Boulos, L., & Matte, B. (1993). Dyadic adjustment in couples with hypoactive sexual behavior. *Journal of Sex Education and Therapy*, 19, pp. 31-36.
- von Irmer, J. (2007). *Fragebogen zum Erleben von Sexualität in einer Partnerschaft*. Unveröffentlichtes Manuskript, Universität Mainz, Psychologisches Institut.
- Willi, J. (2001). Sexualität – die schöpferische und zerstörerische Energie der Liebe. In M. Cierpka & P. Buchheim (Hrsg.), *Psychodynamische Konzepte*. Berlin, Springer, 269-280.

Eingereicht am/Submitted on: 08.01.2008

Angenommen am/Accepted on: 09.06.2008

Anschrift des Autors/Address of the author:

Dipl. Psych. Jörg von Irmer

Psychologisches Institut der
Johannes Gutenberg-Universität
Staudinger Weg 9
D-55099 Mainz

E-mail: vonirmer@uni-mainz.de

Christina Krause & Verena Klopp

„Ich und meine Familie“ – Reflexionen von Scheidungskindern über ihre Familie

„My family and me“ –Family from the perspective of children of divorced parents

Zusammenfassung

Eine elterliche Trennung ist für Kinder ein kritisches Lebensereignis, das sie vielfältigen Belastungen aussetzt und von ihnen eine Reorganisation und Umstrukturierung des Familienkonzepts erfordert. Das Ziel der Untersuchung bestand darin, die kindliche Perspektive gegenüber den neu organisierten Familienbeziehungen zu erfassen. Im Rahmen des Forschungsprojekts „Ich bin ich – Gesundheit fördern durch Selbstwertstärkung“ wurden von Grundschulkindern Familienbilder angefertigt. In diesem Beitrag werden die Ergebnisse dieser Analyse vorgestellt.

Die Darstellungen der Scheidungskinder unterscheiden sich deutlich von den Darstellungen der Kinder, die die Erfahrung von Scheidung nicht gemacht haben. Die nähere Betrachtung der Gruppe der Scheidungskinder zeigt, dass Jungen mehr Anpassungsschwierigkeiten an die neue Familiensituation haben als Mädchen.

Die Darstellungen der Scheidungskinder sind sehr heterogen, die typische Nachscheidungsituation kann nicht festgestellt werden.

Schlagwörter: Familiendarstellungen, Reflexion über die Familie, Grundschulkindern, Scheidung, Belastungen, Neustrukturierung und Reorganisation

Abstract

For children, the divorce of their parents constitutes a critical life event exposing them to various stressful situations and requires them to reorganize and restructure their concept of the family. This study aims at gathering information on the children's perspective on the reorganized relationships within the family. In the context of the study „I am who I am – Health promotion through reinforcement of self-esteem“, children from elementary schools have been asked to draw pictures of their families.

The depictions made by children of divorced parents differ significantly from those made by children who did not experience their parents' divorce. A closer inspection of the group consisting of children of divorced parents shows that boys have greater difficulties than girls to adapt to the new family situation.

The depictions made by children of divorced parents are heterogeneous, there is no proof of a typical after-divorce situation.

Key words: Depictions of the family, reflections on the family, elementary schoolchildren, divorce, stress, reorganization and restructuring

1. Einleitung

Belastungen im Lebensraum Familie, die durch eine Scheidung bzw. Trennung entstehen, beeinträchtigen das Wohlbefinden des Kindes erheblich (vgl. Hurrelmann 1991, Schneewind, Walper & Graf 2000, Schnabel 2001, Krause, Wiesmann & Hannich 2004). Durch die massiven Veränderungen in den familialen Beziehungen sind Scheidungskinder mit einer Vielzahl von Problemstellungen und Stressoren konfrontiert.

Die Beantwortung der Frage, unter welchen Bedingungen ein Kind die Scheidung seiner Eltern erfolgreich bewältigen kann, ist für die Familienforschung von besonderer Relevanz. Deshalb war die Erforschung von protektiven Faktoren, auf deren Förderung und Erhaltung eingewirkt werden kann und die den Kindern die Verarbeitung einer elterlichen Trennung erleichtern, Gegenstand von Untersuchungen (Jaede 1993, Schneewind, Vierzigmann & Backmund 1998, Schneewind, Walper & Graf 2000).

In dem Beitrag wird die kindliche Perspektive gegenüber der neu organisierten Familie nach einer elterlichen Trennung untersucht. Im Rahmen des Forschungsprojektes „Ich bin ich – Gesundheit fördern durch Selbstwertstärkung“, das im Zeitraum von 2000 bis 2005 an verschiedenen Grundschulen in Göttingen und Umgebung durchgeführt wurde¹, entstand Untersuchungsmaterial, das die Möglichkeit bietet, dieser Frage nachzugehen. Es handelt sich hierbei um von Kindern angefertigte Bilder, auf denen sie ihre Familienmitglieder darstellen. Diese Familiendarstellungen wurden im Hinblick darauf, wie das Scheidungskind das familiäre Beziehungssystem nach einer elterlichen Trennung wahrnimmt, ausgewertet (vgl. Klopp 2006). Die Ergebnisse dieser Analyse geben Einblick in das kindliche Erleben von Trennung und Scheidung.

2. Überblick zum Forschungsstand

Empirische Untersuchungen zeigen, dass die Reaktionen von Kindern auf eine elterliche Scheidung keineswegs einheitlich sind (vgl. Walper & Gerhard 1999). In einer Meta-Analyse von Amato und Keith (1991a, 1991b) wurden insgesamt 92 Studien mit über 13.000 beteiligten Kindern ausgewertet. Alle Studien hatten die Auswirkungen von Scheidung untersucht, und es konnten statistische Unterschiede zwischen Scheidungs- und Nicht-Scheidungskindern festgestellt werden: Kinder aus Scheidungsfamilien haben häufiger Schul- und Leistungsprobleme, sie sind auffälliger im Verhalten, eine Reihe von Scheidungskindern zeigen Symptome wie Ängste, Depressionen oder psychosomatische Störungen, und sie halten sich eher für wertlos, ungeliebt, abgelehnt und haben Schwierigkeiten, ihre eigenen Kompetenzen wahrzunehmen und zu nutzen (vgl. Amato 2001).

1 Vgl. Krause, Hannich, Stückle, Widmer, Rohde & Wiesmann 2000, Krause, Wiesmann, Stückle & Widmer 2001.

Schmidt-Denter (2005) unterscheidet „kurzfristige Symptombelastung“ von „langfristigen Effekten“ (ebd., 444f.). Auch wenn akute Verhaltensauffälligkeiten in der Übergangsphase abgebaut werden konnten, sprechen Befunde aus dem Jugendalter dafür, dass längerfristige Auswirkungen nachweisbar sind, z.B. antisoziales Verhalten, Depression, Rückzug und Probleme bei der Übernahme der Geschlechtsrollen bis hin zu Eheproblemen im Erwachsenenalter (vgl. Hetherington 1993, Furstenberg & Teitler 1994, Kiernan 1992).

Die Ergebnisse verschiedener Längsschnittstudien² zeigen, dass es keine einheitlichen Auswirkungen von Trennung bzw. Scheidung gibt und generalisierende Äußerungen über die betroffenen Kinder nicht möglich sind (vgl. Nowak & Gössweiner 1999, Schmitz 2000). Auch wenn die Daten unter dem Aspekt des Alters der betroffenen Kinder betrachtet werden, sind unterschiedliche Aussagen zu finden. In Bezug auf Grundschul Kinder – jene Gruppe, zu der die Kinder der hier vorgestellten Untersuchung gehörten – wurde bei den jüngeren Grundschulkindern, so wie auch bei den Vorschulkindern, eine relativ starke Belastung gefunden (vgl. Allison & Furstenberg 1989, Lehmkuhl & Huss 1997, Schmidt-Denter 2000). Amato & Keith (1991) konnten das jedoch nicht bestätigen. Die älteren Grundschul Kinder entwickeln zwar weniger Schuldgefühle, erleben aber ebenso wie die jüngeren Kinder die Familienauflösung als bedrohlich mit erkennbaren Auswirkungen auf ihr Selbstwertgefühl (vgl. Schmidt-Denter 2005). Das Selbstwertgefühl scheint sich unter den Folgen von Scheidung in allen Altersgruppen nachweisbar zu verändern. Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn bei den wenigen Untersuchungen, die nach Schutzfaktoren des Kindes gesucht haben, ein starkes Selbstwertgefühl und ein positives Selbstkonzept als protektive altersunabhängige Faktoren gefunden wurden (vgl. Werner 1985, Hetherington 1993, Stanley-Hagan 1999). Außerdem konnte die Forschung unter den förderlichen Effekten, die eine Scheidung für Kinder mit sich bringt, u.a. die Steigerung des Selbstwertgefühls nachweisen (vgl. Slater, Stewart & Linn 1983, Gately & Schwebel 1992).

In der Kölner Längsschnittstudie (Schmidt-Denter & Beelmann 1997) wurden zehn Monate nach der Trennung über die Hälfte der Kinder als verhaltensauffällig diagnostiziert. Auch noch zwei Jahre nach der Trennung war ein signifikanter Unterschied zwischen Scheidungs- und Nicht-Scheidungskindern festgestellt worden, erst danach war der Unterschied nicht mehr signifikant. Hetherington (1980) fand

2 Es wird sich hierbei insbesondere auf folgende Studien aus dem deutschsprachigen Raum bezogen: 1) die 12-jährige Längsschnittanalyse von Napp-Peters als erste Scheidungsstudie, welche die Wiederheirat mit untersucht hat und somit die Umstrukturierungen innerhalb der Stieffamilie erfassen konnte (1988, 1991, 1995); 2) die siebenjährige Heidelberger Scheidungsstudie von Lehmkuhl und Huss, die die Scheidungsbewältigung von Kindern und Eltern untersuchte (1988, 1991, 1996); 3) die vierjährige Scheidungsstudie von Schmidt-Denter und Kollegen (1991, 1995), die insbesondere die Veränderungen der familialen Beziehungen durch Scheidung erfasste; 4) die prospektiv angelegte Rostocker Längsschnittstudie, die die Entwicklung von Menschen seit ihrer Geburt 1970/71 an verfolgt und innerhalb derer Reis und Meyer-Probst die Einflüsse von Scheidung auf die Entwicklung der Kinder untersuchten (1997, 1999); 5) die Berliner Längsschnittstudie (1982-1988) mit über 2000 Jugendlichen von Schwarz und Silbereisen, die untersuchen, inwieweit Kinder schon Jahre vor der elterlichen Trennung Entwicklungsbelastungen aufweisen (1999).

heraus, dass sogar die Kinder, die später in der Lage waren zu erkennen, dass die Trennung konstruktive Ergebnisse hervorgebracht hat, einen beträchtlichen emotionalen Schmerz bei der Auflösung ihrer Familie erlebten. „Eine Trennung zum ‚emotionalen Nulltarif‘ gibt es insofern so gut wie nie“ (Jopt 1997, 17).

Die Auswirkungen einer elterlichen Scheidung hängen sowohl von den Ressourcen des Kindes als auch von Variablen des familialen Systems sowie von Faktoren aus anderen Systemebenen ab und können nicht als zwingend nachteilig für die kindliche Entwicklung angesehen werden (vgl. Fthenakis 2000). Die Beendigung einer konfliktbelasteten Ehe und die Gründung einer Fortsetzungsfamilie kann somit als Chance für die Verwirklichung einer Glücksvorstellung betrachtet werden, die in der Erstfamilie nicht gelungen ist (vgl. Keyserlingk 1994). Lohnenswert wäre es, jene Familien zu untersuchen, deren Kinder nach der Scheidung nicht auffällig werden. Dieser salutogenetische Ansatz (Antonovsky 1997) bzw. ein resilienzorientiertes Konzept (Walsh 2006) wäre eine Schwerpunktverlagerung von den Defiziten einer Familie hin zu ihren resilienten Potenzialen. In der Forschung ist dieser konzeptionelle Ausgangspunkt noch zu wenig vertreten (vgl. Werner 2006, 40).

Da sich die Familienbeziehungen durch eine Scheidung stark verändern, wird vom Kind in der Phase der Umstrukturierung und Reorganisation eine hohe Anpassungsleistung gefordert. „Die neuen Beziehungsstrukturen haben Konsequenzen für das *subjektive Familienkonzept* in den Nachscheidungsfamilien“ (Schmidt-Denter 2000, 216). Dieses von den Kindern reflektierte Familienkonzept wurde in der Studie von Nieswandt (2001) untersucht. Sie analysierte Bilder, auf denen Grundschul-kinder ihre Familien darstellten. Ihre Befunde zeigen deutliche Unterschiede in den Darstellungsweisen von Scheidungskindern und Nicht-Scheidungskindern. So bildeten Scheidungskinder³ signifikant seltener ihren leiblichen Vater ab als Nicht-Scheidungskinder, und Scheidungskinder bezogen signifikant häufiger entfernte Familienmitglieder wie Tanten, Onkel etc. in ihr Familienkonzept mit ein (vgl. Nieswandt 2001, 91). Auch in der Kölner Längsschnittstudie zählten viele Scheidungskinder zwischen acht und zwölf Jahren Großeltern oder sonstige Personen zur Familie (vgl. Schmitz 2000, 115), was ein Hinweis darauf sein kann, dass Kinder die Verwandtschaft als soziale Ressource erleben.

Häufig wurden Unterschiede bei Jungen und Mädchen hinsichtlich der Verarbeitung der Scheidungsphase gefunden. Generell scheinen Jungen eher zu externalisierenden und Mädchen eher zu internalisierenden Reaktionen zu tendieren (vgl. Kurdek 1989). Verschiedene Studien kommen zu dem Ergebnis, dass Jungen mehr Verhaltensauffälligkeiten und Anpassungsschwierigkeiten zeigen als Mädchen (vgl. Hetherington, Cox & Cox 1982, Napp-Peters 1988, Furstenberg & Cherlin 1993). Jungen reagieren demnach mit mehr aggressivem Verhalten, sie sind häufiger ungehorsam und rebellisch. In der Resilienzforschung wurde herausgefunden, dass der Anteil der Frauen, die widrige Lebensbedingungen in der Kindheit und im Erwachsenenalter bewältigen konnten, größer war als der Anteil der Männer (vgl. Werner 2006).

Da nach wie vor nach einer Scheidung die Kinder meist im Haushalt der Mutter bleiben und ihren Vater nur „besuchen“, haben Jungen eher ein Problem damit, bei einem allein erziehenden Elternteil des anderen Geschlechts aufwachsen zu müssen

3 27% der Population (n = 115) waren Scheidungskinder.

(vgl. Schmidt-Denter & Beelmann 1997, Dümmler 1997). Jungen, die bei ihrer allein erziehenden Mutter leben, sind widersprüchlichen Erwartungen ausgesetzt: Sie werden oft in die Rolle des Partnersubstituts gedrängt und in die Beziehungsproblematik der Erwachsenen eingebunden, sie sind aber auch Repräsentant des abgelehnten Partners und werden mit diesem negativen Partner- bzw. Vaterbild identifiziert (vgl. Napp-Peters 1988, Kardas & Langenmayr 1996).

Wenn Kinder aufgefordert werden, über ihre Familie zu reflektieren und sie in spielerischer Form zu präsentieren (in der vorliegenden Untersuchung waren Figuren aufzukleben), ist zu erwarten, dass die real erlebte Familie sich auf den Bildern widerspiegelt, das heißt, dass Scheidungskinder weniger häufig als Nicht-Scheidungskinder ihren Vater mit in das Bild aufnehmen. Andererseits kann bei Grundschulkindern aber auch erwartet werden, dass sie ihren Trennungsschmerz verdrängen und die Phantasie einer „guten Lösung“ (Wiedervereinigung der Familie) lange bewahren. Wenn Jungen mehr Probleme mit der Scheidungssituation haben, dann müssten sie auch diejenigen sein, die eher eine von der tatsächlichen Situation abweichende Familie darstellen. Es ist außerdem zu erwarten, dass sie ihre Gefühle – vermutlich häufig Ärger und Wut – bei ihren Darstellungen zum Ausdruck bringen.

3. Die empirische Untersuchung

3.1 Untersuchungsfragen und -hypothesen

Für die Auswertung der Familiendarstellungen von Grundschulkindern, die im Rahmen eines Gesundheitsförderprogramms angefertigt wurden und die in diesem Beitrag vorgestellt werden, wurden folgende Fragen formuliert:

- Welche Personen werden vom Kind ins subjektive Familienkonzept eingeschlossen?
- Wie organisiert das Kind seine Familienmitglieder auf dem Bild?
- Wie ordnet es sich selbst in den Familienzusammenhang ein?
- Mit welcher Mimik stellt das Kind sich selbst und seine Familienmitglieder dar?

Das Ziel der Analyse der Familiendarstellungen bestand darin, die kindliche Sicht auf die eigene Familie und das subjektive Erleben der (neu organisierten) Familienbeziehungen zu untersuchen.

Es sollten außerdem die Familiendarstellungen von Scheidungskindern mit den Familiendarstellungen von Kindern, die mit ihren leiblichen Eltern zusammenleben, verglichen und Unterschiede herausgearbeitet werden.

Innerhalb der Gruppe der Scheidungskinder wurden die Familienbilder von Jungen und Mädchen hinsichtlich der unterschiedlichen Verarbeitung analysiert.

Folgende Hypothesen sollten überprüft werden:

- 1) Scheidungskinder schließen signifikant seltener als Nicht-Scheidungskinder ihren Vater in ihr Familienkonzept ein.
- 2) Scheidungskinder beziehen signifikant häufiger entferntere Familienmitglieder in ihr Familienkonzept mit ein.

- 3) Nicht-Scheidungskinder bilden sich überzufällig häufiger in einer Gruppe mit beiden leiblichen Eltern ab als Scheidungskinder.
- 4) Scheidungskinder geben sich selbst oder ihren Familienmitgliedern häufiger eine negative Mimik als Nicht-Scheidungskinder.
- 5) Die Darstellungen der Jungen aus Scheidungsfamilien stimmen seltener mit der tatsächlichen Familiensituation überein als die der Mädchen.
- 6) Jungen aus Scheidungsfamilien geben sich und ihren Familienmitgliedern häufiger als Mädchen eine nicht fröhliche Mimik.

3.2 Untersuchungspopulation

Zur Analyse lagen 216 Familiendarstellungen vor, die aus elf vierten Klassen sieben verschiedener Grundschulen stammten. Die Lehrerinnen und Lehrer konnten über jedes Kind Auskunft geben, ob die Eltern getrennt leben und bei welchem Elternteil das Kind aufwächst. Nicht erfasst werden konnte, wie lange die Trennung der Eltern zurückliegt und ob sie getrennt oder geschieden sind. Es erscheint allerdings plausibel, dass die Unterscheidung zwischen Trennung und Scheidung in Bezug auf das Erleben des Kindes von geringer Relevanz sein dürfte. 51 Bilder wurden von Kindern angefertigt, die eine elterliche Trennung oder Scheidung erlebt hatten, d.h. 23,6% der Kinder kamen aus Trennungsfamilien, was annähernd der tatsächlichen Verteilung in der Grundgesamtheit entspricht. 20% (1/5) aller minderjährigen Kinder von Ehepaaren in Deutschland erleben während des Heranwachsens eine Scheidung (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2002, 10)

165 Bilder wurden von Nicht-Scheidungskindern angefertigt. Der prozentuale Anteil von Jungen und Mädchen war in beiden Gruppen nahezu identisch.

Tabelle 1: Die Untersuchungspopulation

Nicht-Scheidungskinder n=165 (76,4%)		Scheidungskinder n= 51 (23,6%)	
Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen
85 (51,5%)	80 (48,5%)	26 (51%)	25 (49%)

3.3 Entstehung des Materials

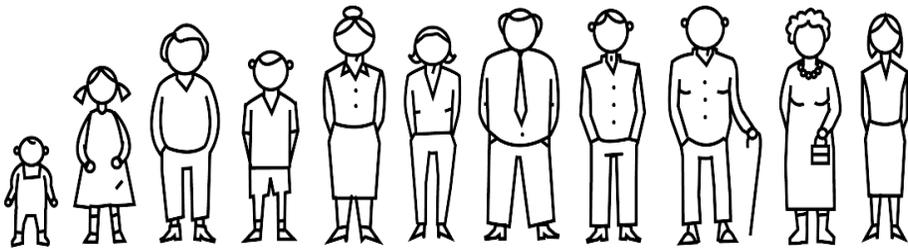
Die zu untersuchenden Familiendarstellungen sind innerhalb des Forschungsprojekts „Ich bin ich – Gesundheit fördern durch Selbstwertstärkung“ entstanden. In diesem Projekt wurde ein Gesundheitsförderprogramm für Grundschulen erarbeitet, implementiert und evaluiert (vgl. Krause et al. 2000, Krause et al. 2001). Das Förderprogramm soll Lehrkräften helfen, die psychische Gesundheit von Kindern zu fördern sowie das Selbstwertgefühl und das Wohlbefinden der Kinder zu stärken. In den Gesundheitsstunden werden die Kinder zur Selbstreflexion und zur Entwicklung gesundheitsförderlicher Wertvorstellungen angeregt, in vielfältigen Übungen werden Handlungskompetenzen zum gesundheitsförderlichen Umgang mit den alltäglichen Belastungen herausgebildet.

Das Projekt ist so konzipiert, dass über die vier Grundschuljahre hinweg Gesundheitsstunden bzw. -tage zu verschiedenen Themen durchgeführt werden, die von Schuljahr zu Schuljahr altersentsprechend aufeinander aufbauen. Ein Gesundheitstag im vierten Schuljahr hat das Thema „Ich und meine Familie“.

Lernziele für diesen Gesundheitstag sind: Die Kinder sollen verschiedene Familienformen kennen lernen, darüber nachdenken, wer zur eigenen Familie gehört und die eigene Familie bildlich darstellen (vgl. Krause et al. 2001).

Zur intensiven Auseinandersetzung mit der eigenen Familie erhält an diesem Gesundheitstag jedes Kind die Aufgabe, mit Hilfe eines Arbeitsblattes und vorgegebener Figuren seine Familie auf ein DIN A 3-Blatt aufzukleben. Zwölf Figuren stehen den Kindern zur Verfügung (vgl. Abbildung 1):

Abbildung 1: Figuren zur Erstellung des Familienbildes



Mit Hilfe der Figuren sollen die Kinder ihre eigene Familie zusammenstellen und aufkleben. In einem ersten Schritt sollen die Kinder zunächst gut überlegen, welche Personen sie zu ihrer Familie zählen, durch welche Figuren diese repräsentiert werden soll und wie sie diese auf dem Papier anordnen möchten. Erst in einem zweiten Schritt, nachdem die Kinder die Figuren ausgeschnitten und auf das Papier aufgelegt haben, werden die Figuren von den Kindern aufgeklebt. Auf diese Weise soll verhindert werden, dass die dargestellte Nähe oder Distanz zwischen den Familienmitgliedern beim Aufkleben zufällig entsteht. In einem weiteren Schritt beschriften die Kinder jede Person mit der Verwandtschaftsbeziehung, die sie zu dem Familienmitglied haben. Auch Eigenschaften der Personen, Gesichter und Mimik, Kleidung oder auch Haustiere können ergänzend dargestellt werden. Abschließend soll jedes Kind mit einem roten Farbstift einen Kreis um diejenigen Familienmitglieder, mit denen es in einem Haushalt wohnt, malen.

Nach Fertigstellung des Familienbildes können Kinder, die es wünschen, ihre Familie den anderen vorstellen. Dieses Vorgehen erwies sich bisher als kindgerecht und konnte die Kinder spielerisch zur Reflexion über ihre Familien anregen.

3.4 Die Methode zur Analyse des Materials

Die Auswertung der vorliegenden Familiendarstellungen erfordert ein Verfahren, das sowohl die Vielfältigkeit als auch die Menge des Materials berücksichtigt. Um der Vielfalt an unterschiedlichen Strukturen, Zusammenhängen und Perspektiven in den verschiedenen Darstellungsweisen gerecht zu werden, bedarf es einer subjektbezogenen und offenen Analysemethode, wie sie eine qualitative Vorgehensweise darstellt. Um jedoch den Vergleich zwischen den Familiendarstellungen der Nicht-

Scheidungskinder und denen der Scheidungskinder auf eine solidere Basis zu stellen, wird eine zusätzliche quantitative Auswertung für sinnvoll gehalten. Damit kann die Komplexität des Datenmaterials reduziert werden, und es sind Verallgemeinerungen sowie signifikante Aussagen möglich (vgl. Mayring 2000, 45). Eine dem Material angemessene Auswertung liegt folglich in der Kombination der sich durchaus ergänzenden Methoden. Die Methode der strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring lässt eine Quantifizierung der Daten und deren statistische Auswertung zu (vgl. Mayring 1993, 24). Es handelt es sich um eine reduktive Form der Inhaltsanalyse, durch die große Mengen an Material systematisch extrahiert und reduziert werden (vgl. Lamnek 2005, 528). Durch die Analysetechnik der Strukturierung werden die Interpretationsprozesse durch ein präzises Kategoriensystem systematisiert, wodurch nachvollziehbare Ergebnisse erlangt werden können (vgl. Mayring 1993, 86). Dieses Kategoriensystem stellt das Kernstück der Inhaltsanalyse dar, auf dessen Basis quantitative Analyseschritte vorgenommen werden können (vgl. Mayring 2000, 12-19).

Die Auswertung des vorliegenden Materials erfolgte in vier Schritten:

1. Sichtung des Materials und Entwicklung des Kategoriensystems für die qualitative Inhaltsanalyse, Erstellen eines Kodierleitfadens,
2. Kodierung der vorliegenden Darstellungen mit Hilfe des Kodierleitfadens,
3. Quantitative Auswertung der Daten,
4. Diskussion der Ergebnisse und Rückbezug auf die Fragestellungen.

Zunächst wurden hypothetische Dimensionen gebildet, um die unmittelbare personelle und strukturelle Umgebung des Kindes erfassen zu können (vgl. Klopp 2006, 129):

Dimension A:	Dargestellte Personen auf dem Bild
Dimension B:	Anordnung der Figuren
Dimension C:	Personelle Zusammensetzung der Gruppe, in der sich das Kind platziert
Dimension D:	Struktur der Gruppe, in der sich das Kind platziert
Dimension E:	Personen, die neben dem Kind stehen
Dimension F:	Mimik der Figuren Vater, Mutter und Kind

Zu jeder Dimension wurden Kategorien entwickelt⁴, im Ergebnis dieser theoretischen und später empirisch ergänzten Arbeiten entstand ein Kodierleitfaden.

Die intersubjektive Nachvollziehbarkeit und Brauchbarkeit des Kategoriensystems und des Kodierleitfadens war nach der Überprüfung durch zwei Kodierer(innen) gewährleistet; die Intercoder-Reliabilität nach Holsti beträgt 0,987 (vgl. Früh

4 Z.B.: Kategorien zu Dimension C: Personelle Zusammensetzung der Gruppe, in der sich das Kind abbildet

K 1: Mit Mutter und Vater (1a: Mutter/Vater/Stiefelternteil, 1b: Mutter/Vater/andere, 1c: Mutter/Vater allein)

K 2: Mit Mutter (2a: Mutter/Stiefvater, 2b: Mutter/andere, 2c Mutter allein)

K 3: Mit Vater (3a: Vater/Stiefmutter, 3b: Vater/andere, 3c: Vater allein)

K 4: Mit anderen

K 5: Kind steht allein

2004, 179). Um der Forderung nach einer expliziten und transparenten Vorgehensweise gerecht zu werden, wurden die Kategorien präzise definiert, wobei es sich um intentionale Definitionen handelt. Für jede Unterkategorie wurde eine eindeutige und genaue Anweisung gegeben, die sich auf die Eigenschaften der Kategorie bezieht (vgl. Diekmann 2000, 142). Die Kodierregeln wurden mit Hilfe von Ankerbeispielen erklärt.

Nachdem jedes Bild den verschiedenen Kategorien zugeordnet wurde, erfolgte in einem nächsten Schritt eine quantitative Auswertung des Materials, indem die Häufigkeiten der Merkmalsausprägungen ausgezählt wurden. Um im Sinne der Inferenzstatistik verallgemeinernde Aussagen über die Beobachtungen treffen zu können, wurden Chi-Quadrat-Tests durchgeführt, durch die angegeben werden kann, mit welcher Wahrscheinlichkeit die beobachteten Unterschiede zwischen den Scheidungskindern und Nicht-Scheidungskindern überzufällig sind (vgl. Müller-Benedict 2001, 23).⁵

In einem letzten qualitativen Analyseschritt wurden die Ergebnisse mit Rückgriff auf die Fragestellungen interpretiert.

3.5 Ergebnisse

3.5.1 Der Vergleich zwischen Scheidungs- und Nicht-Scheidungskindern

Zu Hypothese 1:

Scheidungskinder schließen signifikant seltener als Nicht-Scheidungskinder ihren Vater in ihr Familienkonzept ein.

Tabelle 2⁶: Abbildung des Vaters

Dargestellte Figuren	Nicht-Scheidungskinder n=165		Scheidungskinder n=51		p-Wert des Chi ² -Tests
Vater	165	100%	46	90,2%	< .001 ^a

Die Annahme, dass Scheidungskinder ihren leiblichen Vater überzufällig seltener darstellen als Nicht-Scheidungskinder, kann bestätigt werden. Der leibliche Vater

5 In der Regel verlangen derartige Signifikanztests repräsentative (Zufalls-)Stichproben, da nur dann Schlüsse auf die Grundgesamtheit erlaubt sind. Auch wenn es sich bei der hier betrachteten Untersuchungspopulation nicht um eine repräsentative Stichprobe handelt, ist es dennoch vorstellbar, dass die Merkmale der hier ausgewählten Göttinger Grundschulkinder auch auf andere Grundschulkinder zutreffen. Folglich werden Signifikanztests mit der Absicht, auf eine hypothetische Grundgesamtheit schließen zu können, durchgeführt.

6 Zu den Tabellen gehören folgende Anmerkungen:

* signifikant auf 5%-Niveau

a dem Signifikanzwert liegt in mindestens einer Zelle eine erwartete Häufigkeit von unter 5 zugrunde, so dass die Chi-Quadrat-Ergebnisse ungültig sein können. Sie sollten daher vorsichtig interpretiert werden (vgl. Brosius 1998, 402).

b Die kleinste erwartete Anzahl in einer Zelle ist kleiner als 1, so dass die Chi-Quadrat-Ergebnisse nicht interpretiert werden sollten (Empfehlung laut SPSS-Output).

wird von allen Nicht-Scheidungskindern und von ca. 90% der Scheidungskinder abgebildet. In der Untersuchung von Nieswandt (2001) war der Unterschied noch größer, nur 48% der Scheidungskinder klebten ihren leiblichen Vater auf das Familienbild (vgl. Nieswandt 2001, 91).

Lediglich fünf Kinder (vier Mädchen und ein Junge) verzichteten auf die Abbildung ihres leiblichen Vaters. Die Mädchen scheinen ihr kognitives Familienschema durch eine Akkommodation den äußeren Umständen anzupassen.

Das Familienbild eines Jungen, der seinen Vater nicht darstellt, wirkt dagegen aggressiv und bedrohlich (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Familienbild eines Jungen



Der Junge lebt mit seiner Schwester und seinem Bruder in einer Ein-Elter-Familie bei der Mutter. Die Mutter, er selbst und der Bruder werden mit einem bösen Gesichtsausdruck versehen: spitze Zähne und nach unten gezogener Mundwinkel. Das Gesicht der Schwester beschreibt der Junge mit den Worten „Fuck you“. Dieses Bild lässt deutlich erkennen, dass sich der Junge in der Ein-Elter-Familienstruktur nicht wohl fühlt. Es ist vorstellbar, dass er die elterliche Trennung und somit den Auszug des Vaters als eine große Enttäuschung erlebt und seine Wut über die familiäre Situation darstellt.

Zu Hypothese 2:

Scheidungskinder beziehen signifikant häufiger entferntere Familienmitglieder in ihr Familienkonzept mit ein.

Tabelle 3: Abbildung entfernter Verwandter

Dargestellte Figuren	Nicht-Scheidungskinder n=165		Scheidungskinder n=51		p-Wert des Chi ² - Tests ⁷
Großeltern	140	84,8%	47	92,2%	.181
Urgroßeltern	22	13,3%	1	2%	.021*
Andere Verwandte	101	61,2%	30	58,8%	.760

Hinsichtlich der Darstellung von Großeltern oder anderen Verwandten lassen sich keine Unterschiede zwischen Scheidungs- und Nicht-Scheidungskindern nachweisen. Bemerkenswert ist, dass bei allen an der Untersuchung beteiligten Kindern eine Tendenz dazu besteht, entferntere Familienangehörige in das Familienbild mit aufzunehmen. Die häufig vertretene Annahme, die Kernfamilie wäre isoliert und Generationenbeziehungen hätten an Bedeutung verloren, wird von unseren Ergebnissen nicht bestätigt. Dass insgesamt 87,5% der Kinder Großeltern und/oder Urgroßeltern in das Bild ihrer Familie mit aufnehmen, spricht vielmehr für eine hohe Bedeutung der intergenerationalen Beziehungen.

Zu Hypothese 3:

Nicht-Scheidungskinder bilden sich überzufällig häufiger in einer Gruppe mit beiden leiblichen Eltern ab als Scheidungskinder.

Tabelle 4: Abbildung des Kindes in einer Gruppe mit beiden leiblichen Eltern

Personelle Zusammensetzung	Nicht-Scheidungskinder in Gruppen n=84		Scheidungskinder in Gruppen n=31		p-Wert des Chi ² -Tests
Mit Mutter und Vater	65	77,4%	14	45,2%	.001*
Mit Mutter (ohne Vater)	3	3,6%	9	29%	< .001 ^a
Mit Vater (ohne Mutter)	2	2,4%	2	6,5%	.290 ^a

Hinsichtlich der personellen Zusammensetzung der Gruppe, in der sich das Kind abbildet, ergibt die Analyse der Bilder deutliche Unterschiede. So stellen sich 77,4% der Nicht-Scheidungskinder in einer Gruppe dar, in der sowohl Mutter als auch Vater des Kindes stehen. Auch von 45,2% der Scheidungskinder wird die Gruppenform der klassischen Vater-Mutter-Kind-Triade gewählt. Von diesen 14 Kindern (sechs Mädchen und acht Jungen) lebt jedoch lediglich ein Mädchen abwechselnd bei beiden Elternteilen (vgl. Abbildung 3).

7 Es wurden für jede Kategorie gesondert Chi²-Tests ausgerechnet. Dabei wurde jeweils über Dummy-Variablen das Auftreten der Kategorie dem Nichtauftreten gegenübergestellt. Dieses Vorgehen war nötig, da die Dimensionen zum Teil aus sehr vielen Kategorien bestehen und dadurch die Voraussetzungen für Chi²-Tests zu oft verletzt sind (vgl. Brosius 1998, 402)

Abbildung 3: Familienbild eines Mädchens



Abbildung 3 spiegelt eine sehr harmonische Familiensituation wider. Die Beziehung scheint zu beiden Eltern in gleichem Maße aufrechterhalten zu werden. Der Situation entsprechend zeichnet das Mädchen zwei Kreise: einen, der sie, die Mutter und den Bruder umfasst, und einen, der sie und den Vater einschließt.

Diese Familiensituation entspricht dem binuklearen Familienkonzept, nach dem eine Scheidung im Sinne von „Zwei-Kern-Familien“ die Entstehung von zwei neuen Haushalten bewirkt. In der von dem Mädchen dargestellten Familie scheint dieses systemische Konzept, nach dem die einzelnen Systeme eine gewisse Eigenständigkeit besitzen und deshalb auch nach einer elterlichen Trennung weiterentwickelt werden können, erfolgreich umgesetzt worden zu sein. Wenn eine solche Integration zweier Haushalte gelingt, kann sich der Erfahrungsspielraum des Kindes mit differenzierten Beziehungen zu Erwachsenen und seinem sozialen Umfeld erweitern (vgl. Napp-Peters 1988).

Die Hypothese, dass sich signifikant mehr Nicht-Scheidungskinder in einer Gruppe mit beiden leiblichen Eltern abbilden, kann verifiziert werden. Dass aber auch viele Scheidungskinder, die nicht mit ihren leiblichen Eltern zusammenleben, die Darstellungsform der Vater-Mutter-Kind-Triade wählen, kann möglicherweise auf eine Wunschvorstellung zurückgeführt werden. Einige Kinder können durchaus Versöhnungsphantasien entwickeln (vgl. Napp-Peters 1988). Es ist aber auch vorstellbar, dass die Kinder regelmäßigen Kontakt zu beiden Elternteilen pflegen und dass auch zwischen den Eltern ko-elterliche Interaktion besteht, die dem Kind die Scheidungsbewältigung erleichtert.

Zu Hypothese 4:

Scheidungskinder geben sich selbst oder ihren Familienmitgliedern häufiger eine negative Mimik als Nicht-Scheidungskinder.

Bezüglich der Mimik können höchst signifikante Unterschiede zwischen den Abbildungen von Scheidungs- und Nicht-Scheidungskindern festgestellt werden.

Tabelle 5: Die Mimik des Kindes

Mimik des Kindes	Nicht-Scheidungskinder n=159		Scheidungskinder n=49		p-Wert des Chi ² -Tests
fröhlich	147	92,5%	34	69,4%	< .001 ^a
neutral	12	7,5%	11	22,4%	.004 ^a
traurig	0	0	4	8,2%	< .001 ^{ab}

Auffällig ist, dass ein sehr großer Anteil der Nicht-Scheidungskinder, die sich selbst mit einer Miene versehen haben (92,5%), der eigenen Person einen fröhlichen Gesichtsausdruck gibt, von den Scheidungskindern hingegen, die sich eine Mimik gegeben haben, zeichnen lediglich 69,4% eine eigene positive Mimik. 8,2% dieser Scheidungskinder gaben sich eine traurige Mimik. Während 7,5% der Nicht-Scheidungskinder einen neutralen Gesichtsausdruck haben, sind es bei den Scheidungskindern 22,4%.

Tabelle 6: Die Mimik der Mutter

Mimik der Mutter	Nicht-Scheidungskinder n=158		Scheidungskinder n= 47		p-Wert des Chi ² -Tests
fröhlich	146	92,4%	32	68,1%	<.001 ^a
neutral	12	7,6%	13	27,7%	<.001 ^a
traurig	0	0	2	4,3%	.009 ^{ab}

Tabelle 7: Die Mimik des Vaters

Mimik des Vaters	Nicht-Scheidungskinder n=159		Scheidungskinder n=44		p-Wert des Chi ² -Tests
fröhlich	147	92,5%	29	65,9%	<.001 ^a
neutral	11	6,9%	13	29,6%	<.001 ^a
traurig	1	0,6%	2	4,5%	.057 ^{ab}

Die meisten Nicht-Scheidungskinder versehen Mutter und Vater mit einer fröhlichen Mimik. Der Anteil der Scheidungskinder, die die Eltern fröhlich darstellen, ist wesentlich geringer (68% bzw. 66%). Die Hypothese, dass Scheidungskinder sich selbst und ihren Familienmitgliedern eher eine traurige oder neutrale Mimik geben, lässt sich verifizieren. Inwieweit die auf dem Familienbild dargestellte Mimik auf das allgemeine Wohlbefinden des Kindes übertragen werden kann, ist zwar ungewiss, aber wir nehmen an, dass die Bilder die Befindlichkeit des Kindes und seiner Familie widerspiegeln.

3.5.2 Der Vergleich innerhalb der Gruppe der Scheidungskinder

Die Familienformen, in denen die Scheidungskinder der Untersuchungspopulation lebten, verteilen sich wie folgt:

40 der 51 Scheidungskinder (78%) wachsen bei der Mutter auf, sieben (14%) leben beim Vater, drei bei beiden Eltern und eines bei den Großeltern.

15 der 40 bei der Mutter lebenden Kinder (29%) befinden sich in einer Stieffamilie, die anderen 25 (49%) bei einer allein erziehenden Mutter. Von den sieben Kindern, die beim Vater leben, wohnen drei in einer Ein-Elter-Familie (6%) und vier in Stieffamilien mit dem Vater und einer Stiefmutter (8%).

Zu Hypothese 5:

Die Darstellungen der Jungen aus Scheidungsfamilien stimmen seltener mit der tatsächlichen Familiensituation überein als die der Mädchen.

Die Kinder wurden am Ende der Arbeit an ihrem Familienbild aufgefordert, die Personen, mit denen sie in einem Haushalt zusammenleben, mit einem roten Farbstift einzukreisen. Dadurch konnte festgestellt werden, inwieweit die Darstellungen der Kinder mit deren tatsächlichen Wohnsituationen übereinstimmen. So gibt es zum Beispiel Kinder, die ihren Stiefelternteil, mit dem sie gemeinsam in einem Haushalt leben, nicht in das Familienbild aufnehmen, und es gibt Kinder, die Personen darstellen, die nicht mit ihnen zusammenwohnen. Zu beachten ist hierbei, dass eine von der tatsächlichen Familiensituation abweichende Darstellung keinesfalls als eine „falsche“ Darstellung betrachtet werden kann, da das Kind selbst entscheiden konnte, welche Personen es zu seiner Familie zählt und es in der Untersuchung darum ging, die kindliche Wahrnehmung zu erfassen.

Tabelle 8: Wohnsituation und ihre Darstellung im Familienbild der Jungen und Mädchen

Familienstruktur	Tatsächliche Wohnsituation	Jungen n= 26		Tatsächliche Wohnsituation	Mädchen n= 25	
		Übereinstimmung der Darstellung			Übereinstimmung der Darstellung	
		Ja	Nein		Ja	Nein
Ein-Elter-Familie (Mutter)	15	10	5	10	9	1
Stieffamilie (Mutter)	4	2	2	11	10	1
Ein-Elter-Familie (Vater)	2	2	0	1	1	0
Stieffamilie (Vater)	2	0	2	2	2	0
Bei beiden Elternteilen	2	2	0	1	1	0
Großeltern	1	1	0	0	0	0

Auffällig ist, dass neun Jungen eine von der Realität abweichende Familiensituation repräsentieren. Besonders interessant ist, dass sechs Jungen den leiblichen Vater mit einkreisen, obwohl er außerhalb des Haushaltes des Kindes lebt, wobei fünf davon bei ihrer allein erziehenden Mutter aufwachsen. Somit weicht die kindliche Wahrnehmung bei einem Drittel der Jungen, die bei allein erziehenden Müttern leben, von der tatsächlichen Situation ab. Die Darstellungen von Mädchen entsprechen in

der Regel der tatsächlichen Familiensituation. Die Hypothese, dass die Darstellungen von Jungen seltener mit der tatsächlichen Nachscheidungsituation übereinstimmen als die Darstellungen von Mädchen, kann bestätigt werden.

Zu Hypothese 6:

Jungen aus Scheidungsfamilien geben sich und ihren Familienmitgliedern häufiger als Mädchen eine nicht fröhliche Mimik.

Tabelle 9: Mimik der abgebildeten Figuren (Nicht-Scheidungskinder n=165)

		Nicht-Scheidungskinder		p-Wert des Chi ² -Tests
		Mädchen n=80	Jungen n=85	
sich selbst	fröhlich	93,5%	91,5%	.626
Mädchen: n=77	neutral	6,5%	8,5%	.626
Jungen: n=82	traurig	0	0	-
Mutter	fröhlich	89,5%	95,1%	.188
Mädchen: n=76	neutral	10,5%	4,9%	.188
Jungen: n=81	traurig	0	0	-
Vater	fröhlich	90,9%	93,8%	.489
Mädchen: n=77	neutral	9,1%	4,9%	.305
Jungen: n=81	traurig	0	1,2%	.328 ^{ab}

Tabelle 10: Mimik der abgebildeten Figuren (Scheidungskinder n=51)

		Scheidungskinder		p-Wert des Chi ² -Tests
		Mädchen n=25	Jungen n=26	
sich selbst	fröhlich	91,7%	48,0%	.001 [*]
Mädchen: n=24	neutral	8,3%	36,0%	.020 [*]
Jungen: n=25	traurig	0	16%	.041 ^a
Mutter	fröhlich	77,3%	60,0%	.205
Mädchen: n=22	neutral	22,7%	32,0%	.478
Jungen: n=25	traurig	0	8,0%	.175 ^{ab}
Vater	fröhlich	95,0%	41,7%	<.001 [*]
Mädchen: n=20	neutral	5,0%	50%	.001 [*]
Jungen: n=20	traurig	0	8,3%	.186 ^{ab}

Signifikante Unterschiede zwischen den Darstellungen von Jungen und Mädchen gibt es nur bei den Scheidungskindern, und zwar bei der Darstellung der eigenen Person und bei der Darstellung des Vaters. 22 Mädchen (91,7%) und 12 Jungen (48%) stellen sich selbst mit einer fröhlichen Mimik dar, 10 Jungen stellen sich selbst mit einer neutralen und vier Jungen stellen sich selbst mit einer traurigen Mimik dar.

Der Vater wird von den Jungen signifikant weniger fröhlich dargestellt als von den Mädchen, dafür häufiger mit einem neutralen Gesichtsausdruck. Zwei Jungen geben dem Vater einen traurigen Gesichtsausdruck, wobei diese in einer Ein-Elter-Familie mit der Mutter leben.

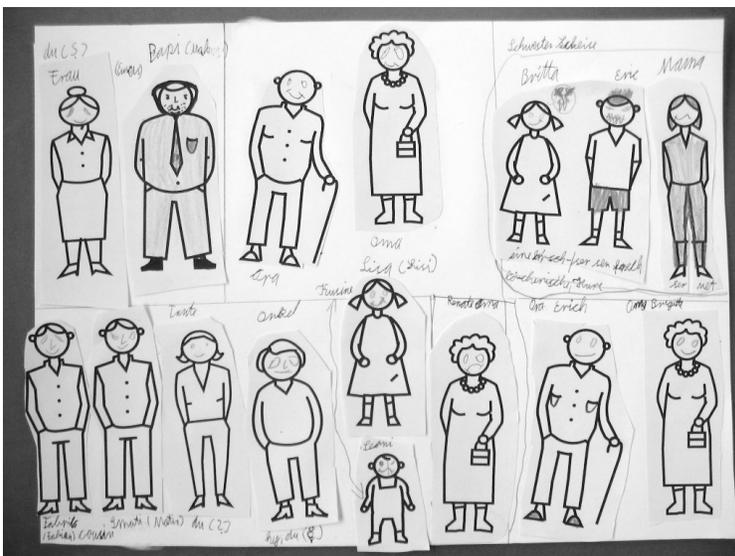
Es kann festgestellt werden, dass wesentlich weniger Jungen als Mädchen aus Scheidungsfamilien sich selbst und ihre leiblichen Eltern mit einem fröhlichen Gesichtsausdruck darstellen.

Abbildung 4 und Abbildung 5 illustrieren die unterschiedliche Darstellungsweise zweier Kinder, in deren Familie der Vater eine neue Partnerin hat.

Abbildung 4: Familienbild eines Mädchens



Abbildung 5: Familienbild eines Jungen



Das Mädchen drückt mit seiner Darstellung eine gute Beziehung zu seinem Vater und dessen Partnerin aus, indem es sich zwar der Gruppe der Mutter zuordnet, je-

doch auch ganz in der Nähe der Gruppe des Vaters steht und dazu vermerkt: „nur am Wochenende“. Der Gesichtsausdruck aller Familienmitglieder lässt auf eine gelungene Anpassung an die elterliche Scheidung schließen.

Der Junge hingegen (vgl. Abbildung 5), der auch in einer Ein-Elter-Familie mit der Mutter aufwächst, scheint offensichtlich schlechter mit dieser Familiensituation klarzukommen. So platziert er sich in weiter Entfernung zur Gruppe des Vaters und bezeichnet dessen neue Partnerin lediglich mit „du“. Dass er sich in seiner neuen Familiensituation nicht wohl fühlt, drückt er auch durch die Beschriftung sowie durch die Gestaltung der Mimik der Personen aus. So beschriftet er seine Schwester mit den Worten „eine arschlöcherische Hure“ und malt neben den Kopf seiner Schwester einen Totenkopf. Zu der Gestaltung seiner eigenen Person verwendet er die Farbe Rot und drückt sowohl mit der Darstellung seiner Augen als auch mit der seines Mundes in einer gezackten Form eine große Wut aus. Dieser Ausdruck wird durch die Beschriftung seiner eigenen Person mit „ser ser frech“ verstärkt. Seine Mutter hingegen beschriftet der Junge mit den Worten „ser net“, fröhlich sieht sie aber auch nicht aus.

3.6 Diskussion

Zunächst soll festgehalten werden, dass die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse geeignet ist, um die kindliche Wahrnehmung der eigenen Familie zu erfassen. Anhand eines Kategoriensystems konnten aus den unterschiedlichen Familiendarstellungen Beziehungsstrukturen herausgearbeitet werden, die die Sichtweise des Kindes wiedergeben. Aus der Anordnung der Personen, insbesondere im Hinblick auf die Aspekte Nähe und Distanz der einzelnen Familienmitglieder, konnte abgeleitet werden, welchen Personen und welchen Gruppen sich die Kinder selbst zugehörig fühlen.

3.6.1 Der Vergleich zwischen Scheidungs- und Nicht-Scheidungskindern

Die Analyse der Familiendarstellungen kann die Hypothese, dass sich die Darstellungen von Scheidungs- und Nicht-Scheidungskindern überzufällig unterscheiden, bestätigen. Dennoch zeichnen sich weder die Familienbilder der Nicht-Scheidungskinder noch die der Scheidungskinder durch eine typische Darstellungsweise aus. Die Untersuchung zeigt, dass Scheidungskinder trotz räumlicher Trennung der Eltern beide Elternteile abbilden und dass sie auch häufig Nähe zwischen den Eltern ausdrücken. Einerseits ist vorstellbar, dass die Kinder an der Familiensituation vor der elterlichen Scheidung festhalten und die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung der Eltern noch nicht aufgegeben haben, andererseits kann die Einbeziehung des außerhalb lebenden Elternteils auch einen guten Kontakt und eine positive Beziehung zum abwesenden Elternteil repräsentieren. Dies könnte auf eine Auswirkung des im Jahre 1998 eingeführten Kindschaftsreformgesetzes hinweisen. Eine Neueuerung des reformierten Kindschaftsrechts stellt die Regelung nach § 1671 Absatz 1 BGB dar, nach der das Sorgerecht auch nach einer elterlichen Scheidung beiden Elternteilen erhalten bleibt und nur dann einem Elternteil allein zugesprochen werden kann, wenn ein entsprechender Antrag gestellt wird. Die elterliche Sorge ist

nicht mehr so häufig wie vorher die alleinige Aufgabe der Mutter. So ist möglicherweise in den letzten Jahren das Bewusstsein dafür gewachsen, dass der Kontakt zu beiden leiblichen Elternteilen dem Kind die Scheidungsbewältigung erleichtert.

Dass die emotionale Verbindung zwischen dem Kind und dem außerhalb lebenden Elternteil für die Kinder mehr Gewicht zu haben scheint als die räumliche Trennung, bekräftigen auch andere Untersuchungen, wie beispielsweise die von Schmidt-Denter (2000) durchgeführte Befragung, bei der 70% der befragten Scheidungskinder trotz räumlicher Trennung beide leiblichen Elternteile als ihrer Familie zugehörig nennen. Auch die Ergebnisse von Wallerstein und Kelly (1980) bestätigen, dass fünf Jahre nach der Trennung die Bedeutung beider Elternteile für die Kinder nicht abgenommen hat. Die Bezeichnung „Ein-Elter-Familie“ wurde von den befragten Kindern und Jugendlichen als unpassend empfunden.

Die Untersuchung zeigt allerdings auch, dass die Anpassung an eine elterliche Trennung in vielen Fällen problematisch verläuft. Bei der Darstellung der Mimik der Figuren unterscheiden sich die Scheidungskinder deutlich von den Nicht-Scheidungskindern: Scheidungskinder geben sich selbst und dem Vater höchstsignifikant seltener einen fröhlichen Gesichtsausdruck als Nicht-Scheidungskinder. Das Wohlbefinden der Scheidungskinder scheint mehr beeinträchtigt zu sein als das Wohlbefinden der Nicht-Scheidungskinder, zumindest hat die Darstellung des Familienbildes bei den Kindern Reflexionen, die diesen Schluss zulassen, ausgelöst.

3.6.2 Der Vergleich innerhalb der Gruppe der Scheidungskinder

Die Hypothese, dass Jungen mit den familialen Umstrukturierungen im Zuge einer elterlichen Scheidung häufiger Probleme haben als Mädchen und mit der Familiensituation unzufriedener sind, konnte verifiziert werden.

Die Geschlechtszugehörigkeit des Kindes erwies sich in der Untersuchung als entscheidender Faktor bei der Bewältigung einer elterlichen Trennung. Die Ergebnisse belegen, dass Jungen in ihren Darstellungen eher Schwierigkeiten bei der Umstrukturierung der familiären Rollen und Beziehungen zum Ausdruck bringen als Mädchen und dass ihr Wohlbefinden stärker beeinträchtigt ist.

Die Ergebnisse bestätigen, dass besonders bei jenen Kindern Probleme auftauchen können, die bei einem allein erziehenden Elternteil des gegenteiligen Geschlechts aufwachsen (vgl. Dümmler 1997). Dadurch, dass die meisten Ein-Elter-Familien Mutterfamilien sind, sind Jungen in einem stärkeren Ausmaß von diesen Schwierigkeiten betroffen. Die Untersuchung bekräftigt die Annahme, dass sich Jungen in dieser Familienform mit der Nachscheidungsituation nur schwer arrangieren können. Auch die von der tatsächlichen Wohnsituation abweichenden Familiendarstellungen sind Ausdruck dafür, dass Söhne unter der geringen Aufmerksamkeit des Vaters mehr leiden als Töchter, u.a. deshalb, weil die emotionale Verbundenheit zwischen Vater und Sohn in den ersten Lebensjahren meist sehr stark ist und weil Söhne in Ein-Elter-Familien oft die Rolle des Partnersubstituts übernehmen (vgl. Kardas & Langenmayr 1996, 86ff.). Außerdem ändert sich häufig der mütterliche Erziehungsstil nach der Trennung, das Erziehungsverhalten wird „weniger unterstützend und inkonsistent mit einem Wechsel von permissivem und autoritärem Verhalten“ (Schmidt-Denter 2005, 450), was insbesondere bei jüngeren Kindern zu

großer Verunsicherung und Selbstwertverlust führt und sich bei Jungen in aggressivem und anderweitig auffälligem Verhalten äußert. Es ist außerdem vorstellbar, dass Jungen in Ein-Elter-Familien gleichzeitig als Projektionsfläche der „schlechten“ Eigenschaften des abwesenden Vaters dienen, so dass gravierende Entwicklungseintrüchtigungen die Folge sein können. Die Aussage, dass sich Jungen durch das Hinzukommen eines Stiefvaters entlastet fühlen, während Mädchen durch eine Wiederheirat der Mutter die Beziehung zu dieser gefährdet sehen (vgl. Santrock, Warshak, Lindbergh & Meadow 1982, Walper 1995), kann zumindest ansatzweise bestätigt werden.

4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass eines der wichtigsten Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung die beobachtete Heterogenität der Reflexionen der Kinder über ihre Familie darstellt. Der Verlauf des kindlichen Reorganisationsprozesses hängt von individuellen, familialen und gesellschaftlichen Faktoren ab. Die Aussage Beck-Gernsheims (2000), dass es keine einheitliche Definition einer Scheidungsfamilie gibt, dass vielmehr jeder seine eigene Version von Patchwork-Familie lebt (vgl. Beck-Gernsheim 2000, 48), kann hier nur bestätigt werden. Generalisierende Äußerungen über die Gruppe der Scheidungskinder sind somit wenig hilfreich.

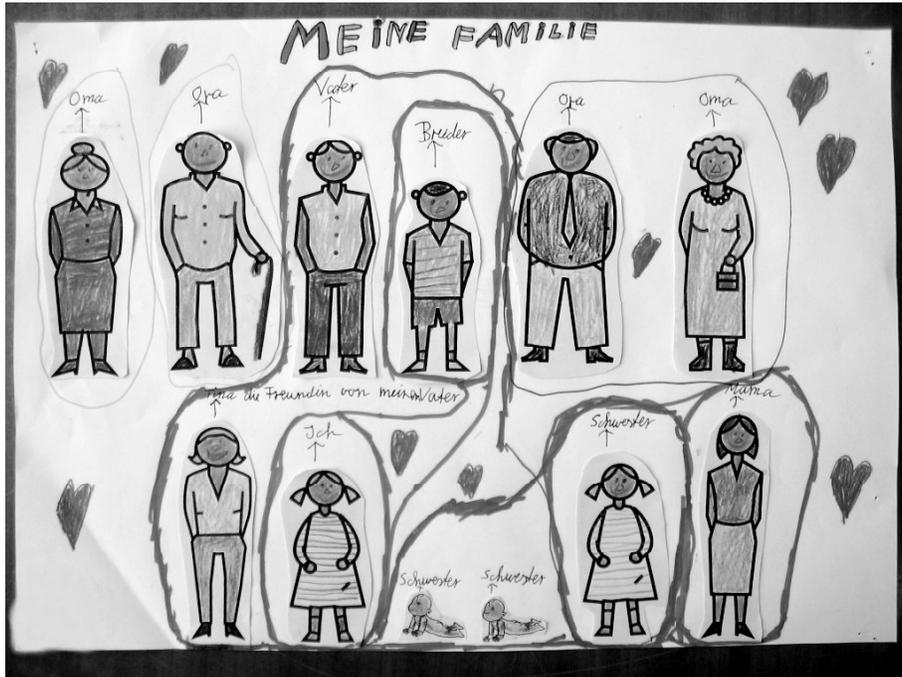
Die Forschungsarbeit bereichert die Diskussion in der Familienforschung, weil die Ergebnisse die Bedeutung der Art und Weise des Umgangs aller Beteiligten mit dem Ereignis der elterlichen Trennung hervorheben. Die von einer Scheidung betroffenen Familienmitglieder sowie das gesamte Umfeld des Scheidungskindes müssen dafür sensibilisiert werden, dass eine elterliche Scheidung unter bestimmten Bedingungen durchaus gut von einem Kind bewältigt werden kann. Das Aufwachsen in einer Ein-Elter-Familie kann mit einer Zunahme an Selbständigkeit und Flexibilität einhergehen, wobei eine Parentifizierung des Kindes verhindert werden muss. Die Gründung einer Stieffamilie fordert zwar von jedem Kind eine weitere Umstrukturierung und Anpassungsleistung, kann jedoch auch durch eine Vielzahl an positiven Erfahrungen geprägt sein. Die vergrößerte Familie kann durch weitere Elternfiguren für das Kind eine Bereicherung darstellen. Durch die Neuorganisation der Familie können Scheidungskinder die Kompetenz erwerben, soziale Beziehungen differenzierter wahrzunehmen.

Die Abbildung 6 zeigt, dass sich mehrere Elternpersonen auch bereichernd auf die kindliche Entwicklung auswirken können.

Aus der Darstellung wird deutlich, dass dem Mädchen, das in einer Ein-Elter-Familie mit der Mutter lebt, die Beziehungen zu seinem Vater und dessen Familie sehr wichtig sind. Das Mädchen positioniert sich selbst und ihre leiblichen Geschwister jeweils neben einer anderen Elternperson, wobei es sich selbst der neuen Partnerin des Vaters, die Zwillingschwester der leiblichen Mutter und den Bruder dem leiblichen Vater zuordnet. Zur Freundin des Vaters scheint sie ein gutes Verhältnis zu haben. Das Bild vermittelt den Eindruck, als würde das Mädchen aus dem

Hinzukommen einer weiteren elterlichen Person profitieren. So stützt auch dieses Bild die Aussage von Wilk (1999), dass Kinder bereit sind, zu mehreren Elternpersonen eine emotionale Beziehung aufzubauen.

Abbildung 6: Familienbild eines Mädchens



Durch den neuen Partner werden dem Kind neue Interaktionen und Identifikationsmöglichkeiten ermöglicht. Nach Keyserlingk (1994) können durch das Hinzukommen von neuen Partnern positive Einflüsse auf die kindliche Entwicklung entstehen, wenn sich die Elternteile ihrer eigenen Rolle sicher sind und wenn die Familie mit Kreativität, Toleranz und Konfliktfähigkeit neue Regeln entwickelt.

Die Feststellung, dass dem Kind die Trennungsverarbeitung durch die Bereitstellung bestimmter Faktoren erheblich erleichtert werden kann, soll jedoch den massiven Einschnitt, den eine elterliche Scheidung für jedes Kind darstellt, nicht bagatellisieren. Der Auszug eines Elternteils wird das Kind immer mit Problemen konfrontieren. Diese können jedoch – und das ist entscheidend – unter günstigen Bedingungen von dem Kind bewältigt werden.

So besteht eine der wichtigsten Aufgaben bei Präventions- und Interventionsvorhaben darin, die Fähigkeiten und Ressourcen aller von der Scheidung betroffenen Familienmitglieder zu stärken, um die Entwicklung protektiver Faktoren, wie z.B. eine kooperative Elternbeziehung oder die Aufrechterhaltung des Kontaktes zum außerhalb lebenden Elternteil, zu fördern. Das könnte beispielsweise durch Scheidungsmediation, die eine konfliktfreie elterliche Kooperation anstrebt, unterstützt

werden. Auch die Schutzfaktoren des Kindes können im Sinne einer Resilienzstärkung gefördert werden. Das könnte und sollte ein Anliegen von Pädagogen und Pädagoginnen in Bildungs- und Erziehungseinrichtungen sein. Das Projekt „Ich bin ich – Gesundheitsförderung durch Selbstwertstärkung“, in dessen Rahmen die hier diskutierte Untersuchung stattfand, bietet Möglichkeiten, um die Kompetenzen von Kindern zur Bewältigung solch einschneidender Lebensereignisse wie eine elterliche Trennung zu entwickeln und zu stärken.

Literatur

- Allison, P. & Furstenberg, F. F., jr. (1989). How marital dissolution affects children: Variations by age and sex. *Developmental Psychology*, 25, pp. 540-549.
- Amato, P. R. & Keith, B. (1991a). Parental divorce and adult well-being: A meta-analysis. *Journal of Marriage and the Family*, 53, pp. 43-58.
- Amato, P. R. & Keith, B. (1991b). Parental divorce and the well-being of children: A meta-analysis. *Psychological Bulletin*, 110, pp. 26-46.
- Amato, P. R. (2001). Children of divorce in the 1990s: An update of the Amato and Keith (1991) meta-analysis. *Journal of Family Psychology*, 15 (3), pp. 355-370.
- Antonovsky, A. (1997). *Salutogenese. Zur Entmystifizierung der Gesundheit*. Tübingen: dgvt-Verlag.
- Beck-Gernsheim, E. (2000). *Was kommt nach der Familie?* München: Beck.
- Brosius, F. (1998). *SPSS 8: Professionelle Statistik unter Windows*. Bonn: International Thomson Publishing.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2002). *Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik*. Kurzfassung. Bonn.
- Diekmann, A. (2000). *Empirische Sozialforschung*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (Rowohlt's Enzyklopädie).
- Dümmler, F. D. (1997). *Kindliche Bewältigungsformen von Scheidung*. Regensburg: S. Roderer.
- Früh, W. (2004). *Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis*. 5. Konstanz: UVK (5. Auflage).
- Fthenakis, W. E. (2000). Kommentar zu Ulrich Schmidt-Denters „Entwicklung von Trennungs- und Scheidungsfamilien“. In: K. A. Schneewind (Hrsg.), *Familienpsychologie im Aufwind*. Göttingen u.a.: Hogrefe, S. 222-229.
- Furstenberg, F. & Cherlin, A. J. (1993). *Geteilte Familien*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Furstenberg, F. F. jr. & Teitler, J. O. (1994). Reconsidering the effects of marital disruption: What happens to children of divorce in early adulthood? *Journal of Family Issues*, 15, pp. 173-190.
- Gately, D. & Schwebel, A. I. (1992). Favorable outcomes in children after parental divorce. *Journal of Divorce and Remarriage*, 18, pp. 57-78.
- Hetherington, E. M. (1980). Scheidung aus der Perspektive des Kindes. *Report Psychologie*, 5, S. 6-23.
- Hetherington, E. M., Cox, M. & Cox, R. (1982). Effects of divorce on parents and children. In: Lamb, M. E. (Ed.): *Nontraditional families: Parenting and child development*. Hillsdale, London: Erlbaum, pp. 233-288.
- Hetherington, E. M. (1993). An overview of the Virginia longitudinal study of divorce and remarriage with a focus on early adolescence. *Journal of Family Psychology*, 7, pp. 1-18.
- Hetherington, E. M. & Stanley-Hagan, M. (1999). The adjustment of children with divorced parents: A risk and resiliency perspective. *Journal of Child Psychology and Psychiatry and Allied Disciplines*, 40, pp. 129-140.

- Hurrelmann, K. (1991). *Sozialisation und Gesundheit*. Weinheim, München: Juventa.
- Huss, M. & Lehmkuhl, U. (1997). Folgen von Trennung und Scheidung – Eine Literaturübersicht. In: G. Lehmkuhl & U. Lehmkuhl (Hrsg.), *Scheidung – Trennung – Kindeswohl*. Weinheim: Deutscher Studienverlag, S. 13-25.
- Jaede, W. (1993). Trennungs- und Scheidungsberatung in Erziehungsberatungsstellen unter besonderer Berücksichtigung kindlicher Entwicklungskriterien. *Praxis Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie*, 42, S. 42-49.
- Jopt, U. J. (1997). Scheidungskinder – Problemkinder? *Pädagogik*, 7, S. 17-20.
- Kardas, J. & Langenmayr, A. (1996). *Familien in Trennung und Scheidung*. Stuttgart: Ferdinand Enke.
- Keyserlingk, L. von (1994). *Stief und halb und adoptiv: neue Familie – neue Chance*. Düsseldorf: Patmos-Verlag.
- Kiernan, K. E. (1992). The impact of family disruption in childhood on transitions made in young adult life. *Population Studies*, 46, pp. 213-234.
- Klöckner, Ch., Beisenkamp, A. & Hallmann, S. (2004). Familie aus der Perspektive von Kindern zwischen 9 und 14 Jahren. *Zeitschrift für Familienforschung*, 16, 2, S. 130-143.
- Klopp, V. (2006). „Ich und meine Familie“ – Reflexionen von Scheidungskindern über ihre Familien. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Georg-August-Universität Göttingen, Sozialwissenschaftliche Fakultät.
- Krause, Ch., Hannich, H.-J., Stückle, Ch. Widmer, C., Rohde, C. & Wiesmann, U. (2000). *Selbstwert stärken – Gesundheit fördern: Unterrichtsvorschläge für das 1. und 2. Schuljahr*. Donauwörth: Auer.
- Krause, Ch., Wiesmann, U., Stückle, Ch. & Widmer, C. (2001). *Selbstwert stärken – Gesundheit fördern. Unterrichtsvorschläge für das 3. und 4. Schuljahr*. Donauwörth: Auer.
- Krause, Ch., Wiesmann, U. & Hannich, H.-J. (2004). *Subjektive Befindlichkeit und Selbstwertgefühl von Grundschulkindern*. Lengerich: Pabst Science Publishers.
- Kurdek, L. A. (1989). Children's adjustment. In: M. R. Textor (Ed.). *The divorce and divorce therapy handbook*. Northdale, London: Aronson, pp. 77-102.
- Lamnek, S. (2005). *Qualitative Sozialforschung*. Weinheim, Basel: Beltz (4. vollständig überarbeitete Auflage).
- Lehmkuhl, G. & Huss, U. (Hrsg.) (1997). *Scheidung – Trennung – Kindeswohl*. Weinheim u.a.: Juventa.
- Mayring, P. (1993). *Einführung in die qualitative Sozialforschung*. Weinheim: Psychologie-Verlags-Union (2. Auflage).
- Mayring, P. (2000). *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Deutscher Studien-Verlag (7. Auflage).
- Müller-Benedict, V. (2001). *Grundkurs Statistik in den Sozialwissenschaften*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Napp-Peters, A. (1988). *Scheidungsfamilien. Arbeitshilfen – Eine Schriftenreihe für Sozialhilfe, Jugendhilfe und Gesundheitshilfe*, 37, hrsg. vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge.
- Nieswandt, V. (2001). *Die Familie aus der Sicht von Scheidungskindern – Pilotstudie im Rahmen eines Projektes zur Gesundheitsförderung*. Unveröffentlichte Magisterarbeit. Georg-August-Universität Göttingen, Sozialwissenschaftliche Fakultät.
- Nowak, V. & Gössweiner, V. (1999). Scheidungsfolgen: Die langfristigen Auswirkungen von erlebter Scheidung auf die Lebensführung unter besonderer Berücksichtigung der ersten Lebensgemeinschaft. In: S. Walper, & B. Schwarz (Hrsg.), *Was wird aus unseren Kindern? Chancen und Risiken für die Entwicklung von Kindern aus Trennungs- und Stieffamilien*. Weinheim, München: Juventa, S. 221-250.

- Reis, O. & Meyer-Probst, B. (1999). Scheidung der Eltern und Entwicklung der Kinder: Befunde der Rostocker Längsschnittstudie. In: S. Walper & B. Schwarz (Hrsg.), *Was wird aus unseren Kindern? Chancen und Risiken für die Entwicklung von Kindern aus Trennungs- und Stieffamilien*. Weinheim, München: Juventa, S. 49-72.
- Santrock, J. W., Warshak, R. A., Lindbergh, C. & Meadow, L. (1982). Children's and parents' observed social behaviour in stepfather families. *Child Development*, 53, pp. 472-480.
- Schmidt-Denter, U., Beelmann, W. & Trappen, I. (1995). Innerfamiliäre Entwicklungen nach Trennung und Scheidung. Ergebnisse der Kölner Längsschnittstudie. *Report Psychologie*, 20, S. 20-27.
- Schmidt-Denter, U. & Beelmann, W. (1997). Kindliche Symptombelastungen in der Zeit nach einer ehelichen Trennung – eine differentielle und längsschnittliche Betrachtung. *Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie*, 29, S. 26-42.
- Schmidt-Denter, U. (2000). Entwicklung von Trennungs- und Scheidungsfamilien: Kölner Längsschnittstudie. In: K. A. Schneewind, (Hrsg.), *Familienpsychologie im Aufwind*. Göttingen u.a.: Hogrefe, S. 203-221.
- Schmidt-Denter, U. (2005). Belastungen bei Scheidung/Trennung. In: P. F. Schlottke et al. (Hrsg.), *Enzyklopädie der Psychologie: Klinische Psychologie. Band 6, Störungen im Kindes- und Jugendalter/Verhaltensauffälligkeiten*, Göttingen u.a.: Hogrefe, S. 443-470.
- Schmitz, H. (2000). Familiäre Strukturen sechs Jahre nach einer elterlichen Trennung. Regensburg: S. Roderer.
- Schnabel, P.-E. (2001). *Familie und Gesundheit*. Weinheim, München: Juventa.
- Schneewind, K. A., Walper, S. & Graf, J. (2000). Sozialisation in der Familie als Quelle individueller Unterschiede. In: A. Amelang (Hrsg.), *Enzyklopädie der Psychologie: Differentielle Psychologie und Persönlichkeitsforschung. Band 4: Determinanten individueller Unterschiede*. Göttingen u.a.: Hogrefe, S. 249-343.
- Schneewind, K. A., Vierzigmann, G. & Backmund, V. (1998). Scheidung. In: R. Oerter & L. Montada (Hrsg.), *Entwicklungspsychologie*. Weinheim: Beltz (4. Auflage), S. 1101-1109.
- Schwarz, B. & Silbereisen, R. K. (1999). Akzentuiert die Scheidung der Eltern vorher bestehende Unterschiede zwischen Jugendlichen? Aspekte des Selbst und Problemverhalten vor und nach der Trennung. In: S. Walper, & B. Schwarz (Hrsg.), *Was wird aus unseren Kindern? Chancen und Risiken für die Entwicklung von Kindern aus Trennungs- und Stieffamilien*. Weinheim, München: Juventa, S. 23-48.
- Slater, E. J., Stewart, K. & Linn, M. (1983). The effects of family disruption on adolescents males and females. *Adolescence*, 18, pp. 933.
- Wallerstein, J. S. & Kelly, J. B. (1980). *Surviving the breakup: How children and parents cope with divorce*. New York: Hyperion.
- Walper, S. (1995). Familienbeziehungen und Sozialentwicklung Jugendlicher in Kern-, Ein-Eltern- und Stieffamilien. *Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und pädagogische Psychologie*, 2, S. 93-121.
- Walper, S. & Gerhard, A.-K. (1999). Konflikte der Eltern, Trennung und neue Partnerschaft: Einflüsse auf die Individuation von Kindern und Jugendlichen in Ostdeutschland. In: S. Walper & B. Schwarz (Hrsg.), *Was wird aus unseren Kindern? Chancen und Risiken für die Entwicklung von Kindern aus Trennungs- und Stieffamilien*. Weinheim, München: Juventa, S. 143-170.
- Walper, S. & Schwarz, B. (1999). Risiken und Chancen für die Entwicklung von Kindern aus Trennungs- und Stieffamilien: Eine Einführung. In: S. Walper & B. Schwarz (Hrsg.), *Was wird aus unseren Kindern? Chancen und Risiken für die Entwicklung von Kindern aus Trennungs- und Stieffamilien*. Weinheim, München: Juventa, S. 7-22.

- Walsh, F. (2006). Ein Modell familialer Resilienz und seine klinische Bedeutung. In: R. Welter-Enderlin & B. Hildenbrand, (Hrsg.), *Resilienz – Gedeihen trotz widriger Umstände*. Heidelberg: Carl-Auer, S. 43-79.
- Werner, E. E. (1985). Stress and protective factors in children's lives. In: A. R. Nicol (Ed.), *Longitudinal studies in child psychology and psychiatry*. New York: Wiley, pp. 335-355.
- Werner, E. E. (2006). Wenn Menschen trotz widriger Umstände gedeihen – und was man daraus lernen kann. In: R. Welter-Enderlin & B. Hildenbrand, B. (Hrsg.). *Resilienz – Gedeihen trotz widriger Umstände*. Heidelberg: Carl Auer, S. 28-42.
- Wilk, L. (1999). Die Gestaltung multipler Vaterschaft in Stieffamilien. In: S. Walper & B. Schwarz (Hrsg.), *Was wird aus unseren Kindern? Chancen und Risiken für die Entwicklung von Kindern aus Trennungs- und Stieffamilien*. Weinheim, München: Juventa, S. 121-142.

Eingereicht am/Submitted on: 24.07.2007

Angenommen am/Accepted on: 03.09.2008

Anschrift der Autorinnen/Address of the authors:

Prof. Dr. Christina Krause (Korrespondenzautorin/corresponding author)
Pädagogisches Seminar
Georg-August-Universität Göttingen
Baurat-Gerber-Straße 4/6
D-37073 Göttingen

E-mail: ckrause@gwdg.de

Verena Klopp, Dipl.-Sozialwirtin
Kantstraße 39
D-04275 Leipzig

E-mail: verenacllopp@gmx.de

Florian Schulz, Jan Skopek, Doreen Klein & Andreas Schmitz

Wer nutzt Internetkontaktbörsen in Deutschland?

Who is using internet dating platforms in Germany?

Zusammenfassung

Der Aufsatz stellt die Frage, wer in Deutschland die Möglichkeit der internetgestützten Partnersuche nutzt. Ausgehend von der Debatte um digitale Ungleichheiten werden in Auseinandersetzung mit den Erkenntnissen der soziologischen Partnerwahlforschung theoretische Hypothesen formuliert, nach welchen sozialstrukturellen Merkmalen die Teilnahme am Onlinedating variiert. Diese Überlegungen werden auf Basis der Daten der ARD/ZDF-Onlinestudie 2007, einer für Deutschland repräsentativen Erhebung zur Internetnutzung, empirisch geprüft. Verglichen mit der Gesamtbevölkerung zeigt sich, dass die Onlinedater eher männlich, jünger und höher gebildet sind, sowie tendenziell in Haushalten mit höherem Einkommen leben. Verglichen mit den Internetnutzern sind die Onlinedater wiederum eher männlich, jünger und alleinwohnend; allerdings sind hier niedriger gebildete Personen leicht überrepräsentiert. In Erweiterung zu früheren Untersuchungen zeigen unsere Ergebnisse, dass die Neigung von Männern und Frauen, am Onlinedating teilzunehmen, von ihren jeweiligen Perspektiven am Heiratsmarkt abhängig ist. Vor allem höher gebildete Frauen und niedrig gebildete Männer gehören dabei zu den Gruppen, die durch die Nutzung von Online-Kontaktbörsen ihre Partnersuche ausweiten.

Abstract

This paper seeks to identify, who is using online dating sites in Germany. Theoretically, it is drawn on the debate about the digital divide of society and the findings of sociological mate selection research. Several hypotheses are presented on how individuals using internet dating vary in socioeconomic and demographic characteristics. These considerations are then tested empirically, using the data of the ARD/ZDF-Online Study 2007, a representative national sample of internet behaviour in Germany. Compared to the total population, the results show that online daters are rather male, younger, higher educated and live in households with a higher income. Compared to all internet users, online daters are also rather male, younger and living in single households; however, lower educated individuals are slightly overrepresented. Our work contributes to the research by showing that the propensity of men and women to participate in online dating depends on their individual perspectives at the marriage market. Particularly higher educated women and lower educated men belong to those groups that try to extend their pool of partners by using dating sites.

Schlagworte: Onlinedating, Sozialstruktur, Deutschland, Partnerwahl, Internet, Digital Divide.

Key words: Online dating, social structure, Germany, mate selection, internet, digital divide.

Die Nutzung von Internetkontaktbörsen als Mittel zur Partnersuche ist eine soziale Innovation, die im Alltag zunehmend an Bedeutung gewinnt. Immer mehr Menschen nutzen heute die Gelegenheiten, die ihnen digitale Beziehungs- und Heiratsmärkte bieten. Im deutschsprachigen Raum soll es inzwischen etwa 2.700 Datingportale geben (Geser 2007), deren Marktvolumen 2006 auf etwa 65,6 Millionen Euro geschätzt wurde. Aus einer Studie von BITKOM (2007) geht zudem hervor, dass im ersten Quartal 2007 in Deutschland rund 6,2 Millionen Menschen Partnerbörsen besucht haben. Über die Hälfte der Nutzer von Kontaktbörsen in Deutschland sind dabei auf der Suche nach einer festen Partnerschaft und u.a. deshalb auch bereit, für solche Dienste Gebühren zu bezahlen (Geser 2007). Im Zuge dessen wird für das Jahr 2007 ein weiterer Anstieg des Umsatzes auf etwa 84,5 Millionen Euro erwartet (BITKOM 2007).

Diese Größenordnungen sind Ausdruck einer zunehmenden Relevanz des Internets als sozialräumlicher Gelegenheitskontext der Partnersuche. Doch wie sich diese stetig wachsende Nutzerschaft in soziodemographischer Hinsicht zusammensetzt, ist im deutschsprachigen Bereich bislang nicht untersucht worden. Aus aktuellen Studien zum Onlinedating sind lediglich Stichprobenbeschreibungen einzelner Kontaktbörsen (z.B. Bühler-Ilieva 2006) oder eindimensionale Vergleiche bestimmter Verteilungen mit den Randverteilungen bevölkerungsrepräsentativer Daten (z.B. Hitsch et al. 2008) bekannt. So zeigt beispielsweise die schweizerische Studie von Bühler-Ilieva (2006), dass Nutzer von Kontaktportalen eher männlich, ledig oder geschieden sind, eine höhere Bildung haben und in erster Linie ernsthafte, langfristige Partnerschaften suchen. Da diese Studien zum Nutzungs- und Interaktionsverhalten jedoch nur Nutzer enthalten, ist es nicht möglich, diese Population mit denjenigen zu vergleichen, die die Möglichkeit der Partnersuche im Internet nicht nutzen. Kurz gesagt, es ist bislang nicht bekannt, inwieweit es sich bei den Nutzern von internetbasierten Kontaktbörsen um eine nach bestimmten Merkmalskonstellationen selektive Population handelt. Erste Hinweise darauf liefern derzeit zwei Untersuchungen aus den USA (Sautter et al. 2006) und den Niederlanden (Valkenburg & Peter 2007). Die Autoren dieser Studien konnten zeigen, dass sich ‚Onlinedater‘ kaum von der Gesamtheit der Internetnutzer unterscheiden und größere sozialstrukturelle Unterschiede hauptsächlich zwischen der Gesamtbevölkerung und den Internetnutzern beobachtet werden können.

Vor diesem Hintergrund lautet die zentrale Frage des vorliegenden Aufsatzes: Wer nutzt Internetkontaktbörsen in Deutschland? Auf Basis der Daten der ARD/ZDF-Onlinestudie, einer repräsentativen Stichprobe zur Internetnutzung in Deutschland, untersuchen wir deshalb, (1) hinsichtlich welcher Merkmale sich Nutzer von Internetkontaktbörsen und Nichtnutzer unterscheiden, und zwar bezogen auf die Gesamtbevölkerung einerseits und die Internetbevölkerung andererseits, und (2) welche Merkmalskonstellationen sich als Prädiktoren für die Nutzung von Internetkontaktbörsen eignen.

Für Deutschland legen wir erstmals eine Untersuchung vor, die es abzuschätzen erlaubt, welche sozialen Selektivitäten bei der Analyse von Prozessen der Partnersu-

che im Internet zu beachten sind. Jenseits der zentralen Bedeutung, welche die genaue Kenntnis der Untersuchungspopulation im Forschungsprozess, insbesondere für die Interpretation der Forschungsergebnisse hat, wird der Blick darüber hinaus auf die Frage gelenkt, welche Konsequenz die zunehmende quantitative Bedeutung des Onlinedatings für die über den Heiratsmarkt vermittelte Entwicklung der sozialen Ungleichheit in Deutschland haben kann. Zum Beispiel wäre eine Zunahme sozialer Ungleichheit durch die verstärkte Nutzung von Internetkontaktbörsen dann zu erwarten, wenn es sich bei den Nutzern um eine nach bestimmten Kriterien hoch selektive Gruppe von Personen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung handeln würde, oder wenn das Onlinedating systematisch von Personen mit strukturell schlechten Chancen auf den Heiratsmärkten des Alltags (z.B. Bildungssystem) genutzt würde.

Nach einer theoretischen Diskussion werden im Folgenden die empirische Untersuchung und deren Ergebnisse besprochen und diskutiert.

Theoretische Vorüberlegungen und Stand der Forschung

Eine theoretische Diskussion darüber, wer internetbasierte Kontaktbörsen nutzt, wurde in der aktuellen Literatur bislang nicht systematisch geführt. Daher greifen wir in Anlehnung an die amerikanische Studie von Sautter et al. (2006) zunächst auf die Debatte um den so genannten *Digital Divide* (Marr 2004) zurück, um unsere empirische Analyse vorzustrukturieren. Dabei ist es wichtig zu beachten, dass wir in diesem Aufsatz ausschließlich untersuchen, *wer* am Onlinedating teilnimmt und wie mögliche sozialstrukturelle Unterschiede in der Nutzungspopulation zustande kommen können. Wir beabsichtigen nicht, Aussagen darüber zu machen, welche subjektiven Gründe die Akteure für die Nutzung dieser neuen Möglichkeit der Partnersuche geltend machen; nicht zuletzt wäre das aufgrund der aktuellen Datenlage nicht möglich. Wir nehmen daher an, dass Menschen, die Internetkontaktbörsen nutzen, mehr oder weniger aktiv auf Partnersuche sind. Dabei verspricht die Nutzung der Kontaktplattformen im Internet einen verhältnismäßig einfachen, kostengünstigen und effizienten Zugriff auf eine große Menge potentieller Kontaktpartner, die im realen, ‚nicht-virtuellen‘ Leben nicht zum Kontaktnetzwerk gehören oder sich gar völlig außerhalb der kommunikativen Reichweite befinden. Wir gehen weiterhin davon aus, dass die Nutzer subjektiv einen Vorteil in der Nutzung der Kontaktbörsen sehen und sie diese daher bewusst in Anspruch nehmen, um beispielsweise durch die bloße Erweiterung der Kontaktnetzwerke oder die spezifische Art der Kommunikation im Internet ihre Chancen auf eine Partnerschaft zu erhöhen (vgl. Geser 2007).

Seit ihren Anfängen hat sich die Forschung zum Digital Divide vor allem mit sozialen Ungleichheiten beim Zugang zum Internet befasst und damit speziell die damit verbundenen Chancen für soziale Partizipation in den Blick genommen (DiMaggio et al. 2004). Für unsere Fragestellung ist dies insofern von Bedeutung, als es eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung für die Nutzung von Internetkontaktbörsen ist, dass überhaupt die technischen Möglichkeiten für ei-

nen Zugang zum Internet bestehen. Personen, die keinen Internetzugang haben, können auch keine Kontaktbörsen im Internet nutzen. Somit ist es plausibel anzunehmen, dass ein Großteil der Selektivität der Nutzer von Onlinedatingangeboten bereits über die Zugangsschwelle zum Internet begründet werden kann.

Nach der Überwindung der rein technischen Zugangsbarrieren zum Internet, dem so genannten „first order divide“ (Dewan & Riggins 2005), steht die potentielle Risikopopulation derjenigen fest, die prinzipiell in der Lage wären, am Onlinedating teilzunehmen. Doch auch beim Schritt von der technischen Ausstattung zur tatsächlichen Internetnutzung und damit der unmittelbaren Möglichkeit der Teilnahme an Onlinekontaktbörsen, sind sozialstrukturelle Unterschiede zu erwarten, beispielsweise im Hinblick auf die Kompetenzen zum Umgang mit einem Computer, entsprechender Software und den ‚Spielregeln‘ des Internets oder Fähigkeiten zum problemorientierten Umgang mit Informationen („second order divide“; Dewan & Riggins 2005). Durch die Berücksichtigung dieser Dimension wird aus dem ursprünglich auf die Technologiebarriere beschränkten, eindimensionalen Konzept des Digital Divide ein mehrdimensionales Konzept *digitaler Ungleichheit* (DiMaggio et al. 2004).

Die bisherige Forschung hat eine Reihe konkreter Tendenzen aufgezeigt, nach denen der Zugang und die Nutzung des Internets hinsichtlich sozialstruktureller Variablen variieren (vgl. Yu 2006; Zillien 2006). Damit können aus diesen Befunden bereits Hinweise auf die Nutzerstruktur von Internetkontaktbörsen abgeleitet werden, die im Hinblick auf wichtige Erkenntnisse der Partnerwahlforschung anschlussfähig sind. Im Folgenden fassen wir die wichtigsten Argumente für die in der Literatur als besonders relevant erachteten Ungleichheitsmerkmale Region, Einkommen, Alter und Bildung im Hinblick auf die ‚erste Hürde‘ der Internetnutzung zusammen, und diskutieren ebenfalls den Aspekt personenbezogener Unterschiede in der Nutzungskompetenz, mit dem Ziel, forschungsleitende Hypothesen zu formulieren.

Allem voran konnten Studien zeigen, dass in Bezug auf das *Geschlecht* die Ungleichheit beim Zugang zum Internet in Deutschland immer noch deutlich erkennbar ist und sich in den vergangenen Jahren nur unwesentlich verringert hat (vgl. z.B. Krings & Riehm 2006: 3058; Initiative D21 2008). Wir werden das Geschlecht als Ungleichheitsmerkmal im Folgenden insoweit berücksichtigen, als wir für bestimmte Merkmale geschlechtsspezifische Unterschiede erwarten. Zudem kontrollieren wir in Anlehnung an die Studie von Sautter et al. (2006) für die *Haushaltsgröße*, wenn wir die Neigung, am Internetdating teilzunehmen, analysieren. Leider gibt es in den von uns verwendeten Daten keine Möglichkeit, den Familienstand und die aktuelle Partnersituation der Personen zu kontrollieren, so dass wir stattdessen einen Einpersonenhaushalt als groben Indikator für Partnerlosigkeit, und damit verbunden, als Hinweis auf eine aktive Suche nach einem Partner interpretieren.

Eine wichtige Differenzierung in der Literatur zum ‚digitalen Graben‘ ist weiterhin die Unterscheidung *regionaler Disparitäten* (vgl. z.B. Schleife 2007). Eine aktuelle Studie der Initiative D21 (2008) zeigt, dass die Anteile der Internetnutzer in ländlichen Gebieten noch immer geringer sind als in städtischen Gebieten und Ballungsräumen, auch wenn der Unterschied in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Diese Tendenz spiegelt vor allem die Tatsache wider, dass in vielen ländlichen Gebieten die Infrastruktur zur Nutzung des Internets nach wie vor nicht vollständig

ausgebaut ist und damit die finanziellen und zeitlichen Kosten der Internetnutzung vergleichsweise hoch sind (z.B. durch die Einwahl über ein Analogmodem anstelle einer Breitbandverbindung). Vor diesem Hintergrund erwarten wir einerseits, dass Bewohner ländlicher Gebiete eine geringere Wahrscheinlichkeit haben, das Internet zu nutzen. Andererseits sind jedoch gerade diese Räume durch eine restriktive Gelegenheitsstruktur der Partnersuche im Hinblick auf die Anzahl möglicher Kontaktpersonen gekennzeichnet, was von den Individuen als Einschränkung des Möglichkeitsspielraumes wahrgenommen werden könnte (vgl. z.B. Lengerer 2001). Das Internet bietet hier möglicherweise einen Ausweg, da diese Restriktionen des Partnerpools, z.B. unausgewogene Geschlechterproportionen, durch die Nutzung von Internetkontaktbörsen zumindest teilweise ‚virtuell‘ überbrückt werden können. Daher erwarten wir, bei Beschränkung unserer Stichprobe auf die Internetnutzer, eine größere Teilnahmewahrscheinlichkeit am Onlinedating für Personen aus ländlichen Regionen (vgl. Sautter et al. 2006: 6f.).

Der Zugang zum Internet und damit auch die Möglichkeit zur Nutzung digitaler Partnersuche ist stark durch das *Einkommen* beeinflusst. Erst ein Mindesteinkommen ermöglicht Haushalten die Anschaffung der notwendigen Computerausstattung und die Nutzung entsprechender Telekommunikationsdienstleistungen (Eamon 2004). Zwar schließt die Nichtverfügbarkeit eines eigenen Computers die Nutzung des Internets außerhalb der eigenen Wohnung (z.B. Beruf, Internetcafés) nicht grundsätzlich aus, sie verringert jedoch stark die Wahrscheinlichkeit der Nutzung (vgl. Mossberger et al. 2003). Wie die Digital Divide-Forschung zeigen konnte, sind einkommensstarke Haushalte tendenziell stärker im Internet vertreten, und das obwohl die Preise für die Internetnutzung und die zugehörige Computerausstattung in den letzten Jahren stark gesunken sind (vgl. Initiative D21 2008: 17). Neben der Tatsache, dass Haushalte mit höherem Einkommen eher in der Lage sind, die technische Infrastruktur für die Nutzung des Internets bereitzuhalten, ist dieses Merkmal auch ein Hinweis auf einen qualifizierten Beruf, gleichsam ein hohes Humankapital von mindestens einem Haushaltsmitglied, was wiederum die Internetnutzung begünstigt (vgl. auch die anschließende Diskussion zum Einfluss der Bildung). Für unsere Analyse erwarten wir daher eine höhere Nutzungswahrscheinlichkeit des Internets für Personen aus Haushalten mit höherem Einkommen.

Das *Alter* ist die nächste wichtige Größe, die im Zusammenspiel von digitaler Spaltung und der Nutzung internetbasierter Kontaktbörsen für uns von großer Bedeutung ist. Die bisherige Forschung geht nahezu einhellig davon aus, dass das Internet tendenziell eher von jüngeren Menschen genutzt wird. Zwar sind auch für dieses Merkmal die Unterschiede in den letzten Jahren zurückgegangen. Inzwischen gehört das Internet auch für viele ältere Menschen ganz selbstverständlich zum Alltag, auch wenn sie nach wie vor nur einen geringen Teil des Möglichkeitsspektrums nutzen (vgl. z.B. Loges & Jung 2001). Somit erwarten wir, dass sich die Population der Internetnutzer eher aus jüngeren Menschen zusammensetzt. Beschränkt auf die Internetnutzer lassen sich allerdings zwei gegensätzliche Hypothesen für die Teilnahme am Onlinedating formulieren. Einerseits könnte man erwarten, dass die jüngeren Internetnutzer verstärkt Onlinekontaktbörsen nutzen, da sie beispielsweise eine größere Affinität zum Medium Internet haben, eher mit den technischen Möglichkeiten und den Gelegenheitsstrukturen des Internets vertraut sind oder diese Op-

tion der (aktiven) Partnersuche für die jüngeren Generationen inzwischen nichts Ungewöhnliches mehr ist. Andererseits könnte man jedoch eine verstärkte Nutzung der Älteren erwarten, da diese im Alltag oft mit schlechteren Gelegenheitsstrukturen konfrontiert sind als Jüngere und diese durch das Internet möglicherweise zu kompensieren versuchen.

Schließlich ist die *Bildung* der Akteure ein sehr einflussreicher Faktor für die Überwindung der digitalen Spaltung. Wie viele empirische Arbeiten zeigen, hat das Bildungsniveau einen positiven Effekt auf die Internetnutzung an sich sowie auf die Häufigkeit und Intensität der Nutzung (vgl. z.B. Shelley et al. 2004). Die Gründe dafür liegen im Wesentlichen im leichteren Zugang zu technischer Infrastruktur, wie sie von weiterführenden Bildungseinrichtungen, wie z.B. Gymnasien oder Universitäten, heute ausnahmslos zur Verfügung gestellt und fast selbstverständlich in die Ausbildung integriert wird. Im Zuge dessen kommen die höher Gebildeten nicht nur verstärkt mit den Zugangsmöglichkeiten in Kontakt, sondern bilden gleichzeitig einen entsprechenden Nutzungsbedarf heraus, so dass das Internet den Status eines wichtigen ‚Begleiters‘ im Alltag erlangt. Ebenso werden im Rahmen einer höheren Ausbildung verstärkt grundlegende Kompetenzen und Fähigkeiten vermittelt, um die Akteure auf die gestiegenen informationstechnischen Anforderungen im Berufsleben vorzubereiten (z.B. Recherchieren im Internet). In der Population der Internetnutzer sind also, so unsere Erwartung, höher gebildete Personen überrepräsentiert.

Ferner erwarten wir, dass die Bildung auch jenseits des digitalen Grabens hinaus einen Einfluss auf die Nutzung von Internetkontaktbörsen hat. Sofern Bildung als Indikator für den Lohnsatz, d.h. das Einkommen einer Person, interpretiert werden kann, und dafür liefert die Humankapitaltheorie plausible Ansätze (vgl. z.B. Mincer 1974), sollte eine höhere Bildung tendenziell zu einer höheren Nutzungswahrscheinlichkeit führen. Schließlich ist die Partnersuche immer mit Suchkosten verbunden, deren wesentlicher Anteil aus zeitlichen Opportunitätskosten besteht (Becker 1976). Diese Kosten sind umso höher, je mehr Zeit in die Partnersuche investiert wird, oder je ‚teurer‘ die Zeit ist, d.h. je höher der am Arbeitsmarkt zu erzielende Stundenlohn ist. Personen mit einer hohen Bildung und damit einem hohen Einkommen sollten daher auch größere zeitbezogene Opportunitätskosten bei der Partnersuche haben. Unter der Voraussetzung, dass die internetbasierte Partnersuche eine verhältnismäßig zeitsparende Möglichkeit der Suche bietet, sollten die jeweils besser Gebildeten eine höhere Teilnahmewahrscheinlichkeit an Onlinekontaktbörsen aufweisen.

Weiterhin sind vor dem Hintergrund der Partnerwahlforschung folgende Unterschiede im geschlechtsspezifischen Nutzungsverhalten zu erwarten. Aus der durch Beckers (1981) ökonomische Theorie der Familie inspirierten Forschung ist bekannt, dass partnerschaftliche Verbindungen für alle Beteiligten dann besonders vorteilhaft sind, wenn sie sich hinsichtlich bestimmter komplementärer Merkmale ähnlich sind. Diese Sichtweise impliziert, dass die Präferenz- und Nutzenstruktur von Frauen und Männern gewissermaßen die Tendenz zur Homogamie unterstützt (Blossfeld & Timm 1997: 454). Somit sollte eine längere Ausbildungsdauer zu höheren bildungsspezifischen Anspruchsniveaus der Akteure führen. Je höher diese Partneransprüche sind, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, einen passenden

Partner auf dem Heiratsmarkt zu finden. Dieser Zusammenhang konnte insbesondere bei Frauen empirisch festgestellt werden, für die trotz, oder gerade wegen ihrer höheren Bildung kaum Männer mit einem niedrigeren Bildungsniveau attraktiv zu sein scheinen (Blossfeld & Timm 1997). Aus diesem Grund erwarten wir eine höhere Teilnahmeneigung an Onlinekontaktbörsen für Frauen am oberen Ende der Bildungsverteilung, da es für sie mitunter problematisch sein kann, ihre Präferenzen auf den traditionellen Heiratsmärkten ihrer sozialen Kontaktnetzwerke zu verwirklichen. Da sich im Zuge der Bildungsexpansion die Bildungsniveaus von Frauen und Männern angeglichen haben, sollte dies gleichzeitig die Situation der niedrig gebildeten Männer zugespitzt haben, da sie durch die Verbesserung der Bildungssituation der Frauen relativ an ‚Marktwert‘ verloren haben. Daher sollten sie die internetbasierte Partnersuche verstärkt nutzen, um die aufgrund ihres geringeren Partnerwertes eingeschränkten Gelegenheiten auf traditionellen Heiratsmärkten zu kompensieren.

Nicht zuletzt ist höhere Bildung häufig mit einem qualifizierteren Beruf und damit höherem Einkommen assoziiert, womit sich der Kreis zum Einfluss des Einkommens auf die Internetnutzung schließt. Bildung ist ein wichtiges sozioökonomisches Statusmerkmal, das den Partnerwert von Männern umso eher bestimmt, je traditioneller die Rollenverteilung in einer Gesellschaft ist (Oppenheimer 1988). Da der sozioökonomische Status gerade bei Männern, und in der Regel nicht bei Frauen, einen wesentlichen Teil der Partnerattraktivität ausmacht (vgl. z.B. Borkenau 1993), sollten hoch verdienende Männer aufgrund ihres am Partnermarkt erhöhten Marktwertes tendenziell weniger auf die Nutzung von Kontaktplattformen zur Verbesserung ihrer Partnerschaftschancen angewiesen sein. Gegen diese eher ‚traditionelle‘ Interpretation könnte sprechen, dass inzwischen auch die Bildung, und damit indirekt das Einkommenspotential der Frauen ein wichtiges diskriminierendes Merkmal in Bezug auf den Partnerwert darstellt. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Verbreitung von Doppelverdienerpaaren in den westlichen Gesellschaften (Blossfeld & Drobnič 2001) sind Frauen gerade dann attraktive Heiratspartnerinnen, wenn mit ihnen die Verwirklichung dieser Lebensform zumindest zu Beginn der Beziehung möglich ist, weil beide Partner zum Haushaltseinkommen beitragen können. Damit wären Frauen mit niedriger Bildung, also niedrigem Einkommenspotential, eher auf die Nutzung von Internetkontaktbörsen angewiesen, um die schlechteren Chancen in den Alltagskontexten zu kompensieren. Zusammengefasst erwarten wir folglich einen u-förmigen Zusammenhang zwischen weiblicher Bildung und der Neigung, am Onlinedating teilzunehmen: je niedriger oder höher die Bildung, desto größer ist die Teilnahmeneigung.

Im Anschluss an die Erweiterung des Konzepts der digitalen Spaltung um den Aspekt des so genannten „second order divide“ (vgl. Hargittai 2002) sind auch personenbezogene Unterschiede in der Vertrautheit mit dem Internet und der *Nutzungskompetenz* im Hinblick auf bestimmte Anwendungen als eher weiche Faktoren für die Nutzung von Internetkontaktbörsen bedeutsam (Sautter et al. 2006). Je stärker das Internet für die Menschen zu einem alltäglichen Begleiter wird und den Akteuren hilft, sich im Alltag zurecht zu finden, und je eher sie auch einen Teil ihres Soziallebens in den virtuellen Raum verlagern, desto aufgeschlossener sollten sie auch gegenüber der internetbasierten Partnersuche sein. Davon ausgehend sind die individuellen Fähigkeiten der Personen im Hinblick auf den Umgang mit den spezifi-

schen Anforderungen des Internets von Bedeutung. Während der Zugang zu spezifischen Internetangeboten, in unserem Fall den Kontaktbörsen, theoretisch jedem Internetnutzer zur Verfügung steht, setzt die tatsächliche Anmeldung und Nutzung ein Mindestmaß an technischen Kompetenzen voraus. So erschweren beispielsweise mangelnde Erfahrungen im Umgang mit Anmeldeformularen oder Registrierungsprozeduren den Zugang zur Kontaktplattform. Ist das Erlernen oder die Anwendung von spezifischen Techniken und Programmen mit hohen Kosten verbunden, so wäre der Rückgriff auf digitale Formen der Partnersuche wenig rational. Sind die Akteure jedoch ohnehin versiert im Umgang mit technischen Aspekten von Internetangeboten, wie Downloads von Musikstücken oder Homebanking, sollten auch die subjektiven Kosten der Nutzung von Kontaktbörsen keinen Hinderungsgrund darstellen. Auch in dieser Hinsicht wird jüngeren und höher gebildeten Menschen häufig eine größere Kompetenz zugeschrieben (Hargittai 2002). Vor diesem Hintergrund lässt sich die Bedeutung der Bildung differenzierter abbilden. Obwohl der formale Bildungsabschluss empirisch nicht unabhängig von den Kompetenzen im Umgang mit dem Internet konzeptualisiert werden kann, ist es denkbar, dass ein bestimmter Teil der Akteure mit niedriger Bildung eine höhere Nutzungskompetenz aufweist als besser gebildete Personen, und umgekehrt. In diesem Fall würden sich heiratsmarkt- und kompetenzspezifische Effekte der Bildung gegeneinander richten. An dieser Stelle ist es eine empirische Frage, wie viel der Kompetenzen bereits über die Bildungsvariable erklärt werden kann oder ob die Kompetenzen eine eigene Dimension jenseits formaler Bildungsstufen darstellen. Als Arbeitshypothese verwenden wir daher die Vermutung, dass die Nutzung von Internetkontakbörsen bei schwach ausgeprägten technischen Fähigkeiten und bei geringer Erfahrung mit dem Internet unter Kontrolle von Alter und Bildung gering sein sollte.

Daten, Methode und Variablen

Die empirische Untersuchung der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Nutzerpopulation von Internetkontakbörsen erfolgt mit den Daten der ARD/ZDF-Onlinestudie für das Jahr 2007. Dabei handelt es sich um die derzeit einzige verfügbare Studie, die auf national repräsentativer Basis Informationen zur Internetnutzung der deutschen Bevölkerung bereitstellt und zusätzlich für die Internetnutzer auch Informationen zur Nutzung von Onlinekontakbörsen erhebt. Der Vorteil dieser Daten liegt darin, dass sowohl bezüglich der generellen Internetnutzung, als auch im Speziellen für die Kontaktbörsennutzung, sozialstrukturelle Informationen von Nutzern *und* Nichtnutzern vorliegen. Mit diesen Daten kann das soziodemographische Profil der Onlinedater unter Berücksichtigung der durch den Digital Divide zu beobachtenden Unterschiede in der Internetnutzung rekonstruiert werden.

Seit 1997 werden im Rahmen der ARD/ZDF-Online-Studienreihe Zufallsstichproben zur Internetnutzung in Deutschland erhoben. Im Mittelpunkt der Studien stehen die Abbildung der Entwicklung der Internetnutzung und das Mediennutzungsverhalten der Gesamtbevölkerung. Die Datenerhebung 2007 erfolgte mittels computerunterstützter Telefoninterviews in der Zeit vom 26. März bis 30. April.

Mithilfe des ADM-Designs für Telefonstichproben (vgl. z.B. Häder & Glemser 2006) wurden in einem zweistufigen Auswahlverfahren aus der Grundgesamtheit der deutschsprachigen Bevölkerung ab 14 Jahren in Privathaushalten mit Telefonanschluss zufällig 2.618 Personen für die Befragung ausgewählt. Die Ausschöpfungsquote betrug 70%. Damit stehen für die Analysen 1.822 auswertbare Interviews zur Verfügung, die sich mit 1.278 Personen, die das Internet zumindest gelegentlich nutzen, und 544 Personen, die das Internet nicht nutzen, auf die beiden Teilstichproben verteilen (van Eimeren & Frees 2007). Die unterschiedliche Inklusionswahrscheinlichkeit der Personen im Rahmen der Stichprobenziehung wird durch ein Designgewicht aus der reduzierten Haushaltsgröße und der Anzahl der privat genutzten Telefonanschlüsse berücksichtigt. Weiterhin wird über die Gewichtung, die sich an den Vorgaben der Media Analyse 2006 Radio II orientiert (van Eimeren & Frees 2007: 363; Mai 2007; Hagenah 2007), die Stichprobe hinsichtlich Alter, Geschlecht, Bildung und Bundesland an die Grundgesamtheit der Bundesrepublik Deutschland angeglichen. Durch die Gewichtung reduziert sich die Anzahl der Internetnutzer auf 1.142 Personen; die Anzahl der Nichtnutzer erhöht sich durch die Gewichtung auf 680 Personen.¹

Methodisches Vorgehen und Variablen

Die Auswertung des 2007er Querschnitts der Onlinestudie erfolgt in zwei Schritten: erstens werden einige deskriptive Befunde und bivariate Zusammenhänge zur Internet- und Kontaktbörsennutzung präsentiert, die Aufschluss über die *Komposition der jeweiligen Teilgruppen* der Gesamtstichprobe geben. Im Anschluss daran werden mittels logistischer Regressionsanalysen (Andreß et al. 1997) multivariate Modelle zur Ermittlung der Nutzungsneigung gerechnet. Dieser Analyseschritt zielt, jenseits der Merkmalsverteilungen in den einzelnen Teilgruppen, darauf ab, welche *Konstellationen auf individueller Ebene* die Teilnahme am Onlinedating begünstigen.

In den Berechnungen werden die folgenden Variablen eingesetzt, die aus unserer theoretischen Diskussion abgeleitet wurden:

Internetnutzung: Diese abhängige Variable unterscheidet zwischen den beiden Teilstichproben der Onlinestudie. Eine Person ist dann ein Internetnutzer, wenn sie das Internet zumindest gelegentlich nutzt, unabhängig davon, wo diese Nutzung stattfindet (Binäre Variable, Referenzkategorie: Nichtnutzung).

Nutzung von Internetkontaktbörsen: Aus der Frage nach der Nutzungshäufigkeit von Kontaktbörsen wird eine binäre Variable (Referenzkategorie: Nichtnutzung) gebildet, die anzeigt, ob solche Angebote prinzipiell genutzt werden oder genutzt

1 Die Anpassung der Stichprobe an die Randverteilungen der Grundgesamtheit, das sog. Redressment, ist in der Literatur umstritten (z.B. Hagenah 2007). Wir haben deshalb alle Analysen auch ohne den Redressmentfaktor, also nur mit dem Designgewicht durchgeführt. *Die Hauptaussagen unserer empirischen Analyse ändern sich dadurch nicht.* Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit den bisherigen Befunden der ARD/ZDF-Onlinestudie wurde das Redressment für die hier präsentierten Ergebnisse beibehalten.

wurden. Bei dieser ebenfalls abhängigen Variable kann nicht unterschieden werden, ob die Zielperson aktuell auf einer Börse angemeldet ist oder irgendwann in der Vergangenheit diese Form der Partnersuche genutzt hat. Ebenfalls wird hier nicht nach der Intensität der Nutzung differenziert.

Geschlecht: Das Geschlecht der Zielpersonen wird über eine binäre Variable gemessen (Referenzkategorie: Frau). Das Geschlecht ist insbesondere für die im theoretischen Teil angedeuteten Interaktionseffekte von Bedeutung.

Alter: Das Alter der Befragten wird in Form einer metrischen Variable zwischen 14 und 99 Jahren berücksichtigt. Wir haben zusätzlich mit verschiedenen Einschränkungen des Altersspektrums experimentiert (z.B. 18-60 oder 18-70 Jahre). Die Hauptaussagen der Analyse verändern sich dadurch nicht.²

Bildungsniveau: Für die Operationalisierung des Bildungsniveaus zum Zeitpunkt der Befragung waren einige Rekodierungen notwendig, da in der Befragung der tatsächliche und der angestrebte Abschluss gemeinsam erhoben wurden. Deshalb kann hier nur der höchste formale Schulabschluss verwendet werden, da die Kombination mit einer weiterführenden Ausbildung nicht konsistent vorgenommen werden kann. In der Analyse unterschieden wir daher zwischen Hauptschulniveau, dem Niveau der Mittleren Reife sowie dem Abitur. Befragte, die noch keinen Abschluss haben, und zum Zeitpunkt der Befragung noch Schüler waren, wurden in Abhängigkeit des Alters auf Hauptschule oder Mittlere Reife kodiert (für < 16 Jahre bzw. \geq 16 Jahre).

Haushaltseinkommen: Eine binäre Variable unterscheidet, ob das Einkommen des Haushaltes einer Zielperson unter (Referenzkategorie) oder über 2.000 Euro pro Monat liegt. Zusätzlich wird für die Kategorie „keine Angabe“ kontrolliert. Diese Variable wird nur für die Einschätzung der Internetnutzung berücksichtigt, da erstens keine sinnvollen Hypothesen für den Zusammenhang zwischen Haushaltseinkommen und der Nutzung von Internetkontakbörsen hergeleitet werden können, und zweitens die Modellschätzungen unabhängig von dieser Variable stabil bleiben.

Haushaltsgröße: Eine binäre Variable kontrolliert, ob es sich bei dem untersuchten Haushalt um einen Ein- oder Mehrpersonenhaushalt handelt. Diese Variable wird als (sicherlich grober) Proxyindikator für den ‚Singlestatus‘ einer Person interpretiert. Wir verwenden diese Variable nur für die Schätzung der Nutzungswahrscheinlichkeit von Internetkontakbörsen.

Gemeindegrößen: Regionale Disparitäten werden über vier binäre Variablen abgebildet, die aus einer klassierten Skala der BIK-Regionsgrößenklassen gebildet wurden. Unterschieden werden Städte und Gemeinden mit unter 20.000 Einwohnern, 20.000 bis unter 100.000 Einwohnern, 100.000 bis unter 500.000 Einwohnern sowie 500.000 und mehr Einwohnern.

2 Es hat sich sogar gezeigt, dass die Analyse auf Basis der Gesamtstichprobe (14 – 99) eher theoriekritisch ist, da z.B. die geschlechtsspezifischen Bildungseffekte bei Einschränkung des Alters noch deutlicher hervortreten. In Anbetracht der geringen Fallzahlen, insbesondere für die Nutzung von Kontaktbörsen, ist u.E. diese eher „zurückhaltende“ Analyse angemessener.

Nutzungskompetenzen: Für die Abbildung der technischen Kompetenzen sind mehrere Items geeignet. Wir verwenden einen latenten Faktor, auf dem die folgenden vier Items laden: „Häufigkeit des Sendens und Empfangens von E-Mails“, „Häufigkeit des Überspielens und Herunterladens von Dateien“, „Häufigkeit des Homebankings“ sowie „Häufigkeit des Online-Shoppings“. Die Ausprägungen dieses Faktors interpretieren wir als internetbezogene Nutzungskompetenzen.

Empirische Ergebnisse

Von den 1.822 Personen der gewichteten Gesamtstichprobe nutzen 62,7 Prozent das Internet. Von diesen Personen wiederum haben rund 12 Prozent angegeben, Internetkontaktbörsen zumindest gelegentlich zu nutzen. Etwa die Hälfte dieser Personen nutzt diese Möglichkeit der Partnersuche dabei mindestens einmal wöchentlich. Geht man von einer Gesamtbevölkerung von ca. 71,7 Millionen Bundesbürgern im Alter von mindestens 14 Jahren aus (GENESIS-Online), dann entspricht das in etwa 45 Millionen Internetnutzern und 5,4 Millionen Nutzern von Internetkontaktbörsen. Zum Vergleich: Die Zahl für die Internetnutzung stimmt dabei im Großen und Ganzen mit der auf Basis des ALLBUS 2004 errechneten Größenordnung überein (Statistisches Bundesamt 2006: 527), während die Zahl der Partnersuchenden im Internet recht deutlich unter den aus Marktanalysen bekannten Werten liegt. Als Hauptgrund für diese Diskrepanz wird in der Literatur darauf hingewiesen, dass derartige Analysen häufig vor dem Hintergrund kommerzieller Interessen angefertigt werden und deshalb dazu tendieren können, den tatsächlichen Stand der Nutzer zu überschätzen, indem beispielsweise leere, ungenutzte oder doppelt angelegte Profile in die Zählungen eingehen (Sautter et al. 2006; Hardey 2004: 209).

Tabelle 1 zeigt die Verteilungen der wichtigsten sozialstrukturellen Variablen für die Gesamtstichprobe und die beiden Teilgruppen der Internet- und Kontaktbörsennutzer; sie enthält erste Hinweise zur Beurteilung der oben formulierten Hypothesen.

Deskriptive Befunde zur Internetnutzung

Während in der Gesamtstichprobe der Frauenanteil leicht über dem der Männer liegt, kehrt sich diese Proportion für die Internetnutzer um, so dass signifikant mehr Männer das Internet nutzen als Frauen. Diese Geschlechterproportionen sind aus nationalen und internationalen Untersuchungen bekannt (vgl. z.B. Initiative D21 2008; Sautter et al. 2006); auch hier sind Männer in der entsprechenden Teilgruppe teilweise deutlich überrepräsentiert. Der Altersdurchschnitt der Internetnutzer ist signifikant geringer als für die Gesamtbevölkerung, und zwar sowohl für Männer als auch für Frauen. Dieser Befund hatte sich angesichts der Literatur bereits in dieser Form angedeutet. Ebenfalls finden die theoretisch erwarteten Bildungs- und Einkommenstendenzen in den Daten ihre Bestätigung. Die Population der Internetnutzer ist deutlich höher gebildet und lebt tendenziell in Haushalten mit höherem Einkommen, verglichen mit denjenigen, die das Internet nicht nutzen. In Bezug auf die

regionalen Disparitäten zeigen sich hingegen nicht die aus der Literatur zur digitalen Spaltung bekannten Muster; die Anteile der Internetnutzer in den vier ausgewiesenen Gemeindegrößenklassen unterscheiden sich nicht von der Gesamtstichprobe.

Tabelle 1: Deskription der Befragten anhand der wichtigsten sozialstrukturellen Merkmale nach Teilgruppen

	Gesamtstichprobe	Internetnutzer	Onlinedater
<i>Geschlecht</i>			
weiblich	52,0%	47,2%	36,3%
männlich	48,0%	52,8%	63,7%
<i>Alter</i>	47,7 Jahre (18,7)	39,7 Jahre (16,0)	30,8 Jahre (14,1)
<i>Bildungsniveau</i>			
Hauptschule	46,9%	35,1%	41,0%
Mittlere Reife	35,3%	40,6%	34,5%
Abitur	17,8%	24,3%	24,5%
<i>Haushaltseinkommen</i>			
Unter 2.000 Euro	44,9%	33,4%	43,6%
Über 2.000 Euro	36,6%	45,1%	36,2%
Keine Angabe	18,5%	21,5%	20,2%
<i>Gemeindegröße</i>			
Unter 20.000	15,2%	14,1%	11,8%
20.000 bis unter 100.000	24,8%	24,1%	28,9%
100.000 bis unter 500.000	30,7%	30,1%	24,9%
500.000 und mehr	29,3%	31,7%	34,5%
<i>Anzahl der Fälle</i>	1.822	1.142	136

Anmerkung: Für das Alter sind der arithmetische Mittelwert und die Standardabweichung angegeben.

Quelle: ARD/ZDF-Onlinestudie 2007, gewichtet; eigene Berechnungen.

Multivariate Befunde zur Internetnutzung

Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse einer binären logistischen Regressionsanalyse der Internetnutzung für die Gesamtbevölkerung. Sie zeigt, welche Merkmalskonstellationen sich als Prädiktoren für die Internetnutzung eignen.

Wie erwartet haben *Männer* im Vergleich zu Frauen eine höhere Wahrscheinlichkeit das Internet zu nutzen. Das Wahrscheinlichkeitsverhältnis von Internetnutzung zu Nichtnutzung (Odds) ist für Männer dabei ca. 1,6-mal höher als für Frauen (Odds Ratio = $e^{\text{Koeffizient}}$). Auch der Koeffizient für das *Alter* zeigt die im theoretischen Teil erwartete Richtung und ist hoch signifikant. Mit jedem weiteren Lebensjahr verringert sich das Wahrscheinlichkeitsverhältnis um ca. acht Prozent. In Bezug auf die *Bildung* zeigt sich der erwartete positive Effekt auf die Internetnutzungswahrscheinlichkeit. Im Vergleich zu Personen mit Realschulniveau haben Personen mit Hauptschulniveau eine signifikant geringere und Abiturienten eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, das Internet zu nutzen. Ebenfalls werden die Erwartungen für das *Haushaltseinkommen* bestätigt. Eine erhöhte Wahrscheinlichkeit zur Internetnutzung haben Personen, die in Haushalten mit einem monatlichen Haushaltsnetto-

einkommen von mehr als 2.000 Euro leben, verglichen mit Personen aus Haushalten mit geringerem monatlichem Nettoeinkommen (unter 2.000 Euro). Um eine Reduktion der Fallzahlen aufgrund fehlender Werte der Einkommensvariable zu vermeiden (18,5 Prozent, siehe Tabelle 1), wurde im Modell zusätzlich für diese Fälle kontrolliert. Dabei zeigt sich, dass Personen, welche die Einkommensangabe verweigerten, sich signifikant von der Referenzgruppe unterscheiden. Somit ist bei der Interpretation der Einkommensvariable Vorsicht geboten, da es sich hier um eine systematisch verzerrte Gruppe zu handeln scheint. Ein zusätzlicher Wald-Test ergab jedoch, dass sich diese Personen nicht von den Haushalten mit höherem Einkommen unterscheiden, so dass die Vermutung nahe liegt, dass in dieser Gruppe verstärkt Personen aus besser verdienenden Haushalten vertreten sind. Auch bezüglich der *regionalen Differenzierung* bestätigen unsere Daten die aus der Literatur bekannten Effekte. Im Vergleich zu Personen aus Gemeinden mit mehr als 500.000 Einwohnern haben Personen aus ländlichen und kleinstädtischen Regionen eine geringere Nutzungswahrscheinlichkeit. Für Bewohner ländlicher Gebiete (unter 20.000 Einwohner) beispielsweise sinkt das Wahrscheinlichkeitsverhältnis von Nutzung zu Nichtnutzung im Vergleich zu Personen aus Gebieten mit über 500.000 Einwohnern um ca. 50 Prozent. Zwischen den beiden städtischen Kategorien bestehen keine Unterschiede.

Tabelle 2: Logistische Regression der Determinanten der Internetnutzung (Regressionskoeffizienten, Standardfehler)

	Internetnutzung
<i>Konstante</i>	4,36*** (0,29)
<i>Geschlecht</i>	
weiblich (Ref.)	---
männlich	0,46*** (0,13)
<i>Alter</i>	-0,08*** (0,00)
<i>Bildungsniveau</i>	
Hauptschule	-0,49*** (0,14)
Mittlere Reife (Ref.)	---
Abitur	0,95*** (0,21)
<i>Haushaltseinkommen</i>	
Unter 2.000 Euro (Ref.)	---
Über 2.000 Euro	0,97*** (0,14)
Keine Angabe	0,72*** (0,18)
<i>Gemeindegröße</i>	
Unter 20.000	-0,66*** (0,20)
20.000 bis unter 100.000	-0,47*** (0,18)
100.000 bis unter 500.000	-0,25 (0,16)
500.000 und mehr (Ref.)	---
<i>Anzahl der Fälle</i>	1.822
<i>Mc Faddens R² / Nagelkerkes R²</i>	0,35 / 0,50
<i>Freiheitsgrade</i>	9
<i>LR-Text: χ^2-Wert</i>	829,46***

Signifikanz: * $p \leq 0,10$; ** $p \leq 0,05$; *** $p \leq 0,01$.

Quelle: ARD/ZDF-Onlinestudie 2007, gewichtet; eigene Berechnungen.

Zusammenfassend betrachtet, bestätigen diese Befunde die auf Basis der digitalen Spaltung erwarteten Effekte und die in der Literatur berichteten Tendenzen zur In-

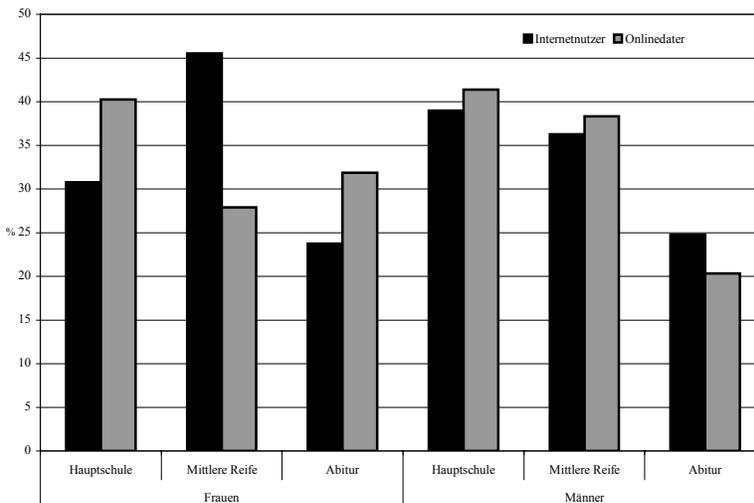
ternetnutzung in Deutschland (vgl. z.B. Zillien 2006): Internetautzer sind demnach tendenziell eher männlich, jünger, höher gebildet, stammen aus Haushalten mit höherem Einkommen und wohnen in städtischen Gebieten.

Deskriptive Befunde zur Nutzung von Internetkontakbörsen

Nachdem die Determinanten für die Internetautzer im multivariaten Fall bestätigt wurden, wird auf Basis dieser Teilpopulation die soziodemographische Struktur der Nutzer von Internetkontakbörsen ermittelt. Wie Tabelle 1 zeigt, nimmt der Anteil der Männer auch beim Schritt vom Internet in die Kontaktbörse deutlich zu, so dass etwa zwei Drittel der Onlinedater Männer sind. Auch diese Größenordnungen sind aus der Forschung bekannt (z.B. Brym & Lenton 2001).

Verglichen mit den Internetautzern ist das durchschnittliche Alter der Onlinedater mit rund 31 Jahren nochmals deutlich geringer. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind hier nicht auszumachen. Jüngere Männer und Frauen sind in dieser Stichprobe gleichermaßen überrepräsentiert. Beschränkt man die Stichprobe nur auf Personen, die ihre Ausbildung bereits abgeschlossen haben, so bleibt die Altersverteilung für Männer weitgehend erhalten, während sie sich für Frauen etwas mehr nach rechts verschiebt; damit erhöht sich der Anteil der Frauen in den mittleren Altersgruppen. Bezogen auf unsere Hypothesen kann damit die Erwartung, dass neben den Jüngeren gerade auch die Älteren eine höhere Neigung zum Onlinedating haben sollten, z.B. aufgrund schlechterer Gelegenheitsstrukturen im Alltag, für den bivariaten Fall nicht bestätigt werden. Ebenfalls werden die Erwartungen zum Einfluss regionaler Disparitäten nicht bestätigt.

Abbildung 1: Internetautzer und Onlinedater nach Bildung und Geschlecht



Quelle: ARD/ZDF-Onlinestudie 2007, gewichtet; eigene Berechnungen.

Die Zusammensetzung der Onlinedater im Vergleich zu den Internetnutzern ist nach Bildung und Geschlecht differenziert in Abbildung 1 dargestellt. Bereits aus Tabelle 1 geht hervor, dass im Vergleich zur Gesamtbevölkerung tatsächlich höher gebildete Personen eher am Onlinedating teilnehmen. Bezogen auf die Internetpopulation ist der Anteil der Personen mit niedrigerer Bildung auf Internetkontaktbörsen jedoch um rund sechs Prozentpunkte höher, während der Anteil an Personen mit Mittlerer Reife etwa in gleichem Maße abnimmt. Der Anteil der Befragten mit mindestens Abitur ist in diesen beiden Teilgruppen indessen in etwa gleich.

Abbildung 1 zeigt, wie in der theoretischen Diskussion vermutet, leichte geschlechtsspezifische Bildungsunterschiede im Hinblick auf die Teilnahme am Onlinedating. Insbesondere sieht man, dass Frauen mit höherem Bildungsniveau im Vergleich zu den Internetnutzerinnen recht deutlich überrepräsentiert sind. Ebenfalls sind jedoch niedrig gebildete Frauen überrepräsentiert, was auf den oben postulierten u-förmigen Zusammenhang hinweist. Für Männer mit Haupt- und Realschulniveau zeigen sich nur geringe Unterschiede, wobei in beiden Fällen der Anteil der Personen in der Teilgruppe der Onlinedater größer ist. Wie erwartet ist bei den Kontaktbörsennutzern der Anteil der Männer mit höherer Bildung geringer als in der Gruppe der Internetnutzer. Beschränkt man die Auswertungen auf Personen mit abgeschlossener Ausbildung, so sind die eben berichteten Tendenzen noch deutlicher ausgeprägt.

Multivariate Befunde zur Nutzung von Internetkontaktbörsen

Um die Hypothesen zur Nutzung von Internetkontaktbörsen, die wir aus der theoretischen Diskussion abgeleitet haben, für den multivariaten Fall zu überprüfen, werden nun schrittweise logistische Regressionsmodelle geschätzt, um die Neigung der Nutzung von Internetkontaktbörsen in Abhängigkeit unserer inhaltlich relevanten Merkmale zu bestimmen (Tabelle 3). In Modell 1 wird die Wahrscheinlichkeit der Kontaktbörsennutzung unter Berücksichtigung von Geschlecht, Alter, Bildung, Region und Haushaltsgröße ermittelt. In Modell 2 wird zusätzlich für die Nutzungskompetenzen des Internets kontrolliert. Schließlich enthält Modell 3 die theoretisch bedeutsamen geschlechtsspezifischen Interaktionseffekte.

Für das *Geschlecht* zeigt sich, dass der hoch signifikante Effekt aus Modell 1 in den beiden erweiterten Modellen verschwindet. Dieser Effekt löst sich bereits nach zusätzlicher Kontrolle für Internetkompetenzen auf (Modell 2). Das deutet darauf hin, dass die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Neigung, Internetkontaktbörsen zu nutzen, zumindest teilweise durch unterschiedliche Kompetenzen in der Internetnutzung erklärt werden können, obgleich dies in einem gewissen Widerspruch zu den Befunden von Hargittai (2002) steht. In Modell 3 findet sich wieder ein geschlechtsspezifischer Effekt in der Interaktion mit dem Bildungsniveau. Geschlechterunterschiede in der Nutzung von Partnerbörsen werden offenbar indirekt über die Bildung vermittelt.

Weiterhin wird in den drei Modellen nach der *Haushaltsgröße* kontrolliert. Personen, die allein im Haushalt leben, neigen signifikant stärker zur Nutzung von In-

ternetkontakbörsen. Dieser Effekt ist in allen drei Modellen stabil. Da die Lebenssituation nur unscharf modelliert werden konnte, kann dieser Effekt als Hinweis darauf interpretiert werden, dass die Nutzer von internetbasierten Kontaktbörsen tatsächlich aktiv auf der Suche nach einem Partner sind. An dieser Stelle müssen jedoch weiterführende Analysen mit geeigneten Daten durchgeführt werden, um diese Zusammenhänge detaillierter abzubilden.

Für das *Alter* zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit Internetkontakbörsen zu nutzen, mit steigendem Alter abnimmt. Dieser Effekt ist in allen Modellen stabil. Entgegen unserer Hypothese haben Ältere, trotz der schlechteren Gelegenheitsstrukturen im Alltag, keine höhere Neigung, Onlinekontakbörsen zu nutzen. Wie der Interaktionseffekt in Modell 3 zudem zeigt, gibt es keine geschlechtsspezifischen Unterschiede hinsichtlich der Wirkung des Alters.

Tabelle 3: Logistische Regression der Determinanten der Nutzung von Internetkontakbörsen (Regressionskoeffizienten, Standardfehler)

	Modell 1		Modell 2		Modell 3	
<i>Konstante</i>	-0,72**	(0,33)	-0,84**	(0,34)	-1,12**	(0,50)
<i>Geschlecht</i>						
weiblich (Ref.)	---		---		---	
männlich	0,51***	(0,20)	0,30	(0,20)	0,72	(0,58)
<i>Alter</i>	-0,05***	(0,01)	-0,05***	(0,01)	-0,05***	(0,01)
<i>Bildungsniveau</i>						
Hauptschule	0,37*	(0,22)	0,64***	(0,23)	1,12***	(0,38)
Mittlere Reife (Ref.)	---		---		---	
Abitur	0,22	(0,25)	0,06	(0,26)	0,75*	(0,40)
<i>Haushaltsgröße</i>						
Einpersonenhaushalt	0,73***	(0,27)	0,68**	(0,28)	0,67**	(0,28)
Mehrpersonenhaushalt	---		---		---	
<i>Gemeindegröße</i>						
Unter 20.000	-0,34	(0,32)	-0,25	(0,32)	-0,26	(0,33)
20.000 bis unter 100.000	0,10	(0,25)	0,23	(0,25)	0,27	(0,25)
100.000 bis unter 500.000	-0,27	(0,25)	-0,21	(0,25)	-0,20	(0,25)
500.000 und mehr (Ref.)	---		---		---	
<i>Internetkompetenz</i>			0,66***	(0,13)	0,67***	(0,14)
<i>Interaktionseffekte</i>						
Männlich x Alter					0,01	(0,02)
Männlich x Hauptschule					-0,75	(0,47)
Männlich x Abitur					-1,15**	(0,52)
<i>Anzahl der Fälle</i>	1.142		1.142		1.142	
<i>Mc Faddens R² / Nagelkerkes R²</i>	0,09/0,12		0,12/0,16		0,13/0,17	
<i>Freiheitsgrade</i>	8		9		12	
<i>LR-Text: χ^2-Wert</i>	74,69***		98,95***		104,47***	

Signifikanz: * $p \leq 0,10$; ** $p \leq 0,05$; *** $p \leq 0,01$.

Quelle: ARD/ZDF-Onlinestudie 2007, gewichtet; eigene Berechnungen.

Modell 1 zeigt weiterhin einen signifikanten Unterschied in der Nutzungswahrscheinlichkeit von Internetkontakbörsen nach dem *Bildungsniveau*. Personen mit Hauptschulniveau haben im Vergleich zu Personen mit dem Niveau der Mittleren

Reife eine höhere Nutzungswahrscheinlichkeit. Trotz Kontrolle der Kompetenzen im Umgang mit dem Internet (Modell 2), bleibt dieser Effekt signifikant. Insofern widersprechen diese Ergebnisse unserer eingangs formulierten Hypothese, in der wir von einer generell höheren Nutzungswahrscheinlichkeit der höher Gebildeten ausgegangen sind.

Zentral ist nun die Betrachtung der Interaktionseffekte zwischen Geschlecht und Bildung in Modell 3. Hier zeigen sich deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Vor allem Frauen mit Hauptschulniveau und Abiturientinnen haben im Vergleich zu Frauen mit mittlerem Bildungsniveau eine signifikant höhere Neigung bei der Partnersuche Internetkontaktbörsen zu nutzen. Höher gebildete Männer haben im Vergleich zu den höher gebildeten Frauen jedoch eine signifikant geringere Nutzungsneigung (Interaktionseffekt). Im Vergleich zu Männern mit Realschulniveau zeigen hochgebildete Männer allerdings keine signifikanten Unterschiede, da Interaktionseffekt und Haupteffekt einzeln betrachtet zwar signifikant sind, sich aber wechselseitig im Gesamteffekt auflösen.

Insgesamt bestätigen diese Ergebnisse unsere Hypothesen bezüglich einer unterschiedlichen Nutzungsneigung nach Bildung und Geschlecht: Niedrig gebildete Personen sowie hochgebildete Frauen nutzen Internetkontaktbörsen verstärkt und für Frauen zeigt sich zudem der erwartete u-förmige Zusammenhang. Die Effekte für höher gebildete Frauen und niedrig gebildete Männer wurden aufgrund ihrer problematischeren strukturellen Lage am Heiratsmarkt vermutet. Dagegen haben die hoch gebildeten Männer, die aufgrund ihrer guten Ausstattung mit Bildungskapital und den damit verbundenen Arbeitsmarktchancen attraktive (Heirats-)Partner sind, im Vergleich zu den höher gebildeten Frauen offenbar ein geringeres Interesse auf derartige Formen der aktiven Partnersuche zurückzugreifen. Im Hinblick auf den Effekt für die niedrig gebildeten Frauen kann neben der geringen Attraktivität im Hinblick auf die Formung eines Doppelverdienerhaushaltes vermutet werden, dass diese Frauen in ihren persönlichen Netzwerken, aufgrund der vielfach zu beobachtenden Homogenität der Netzwerke, vor allem auf männliche Partner treffen, die hinsichtlich des Bildungsniveaus ihren persönlichen Präferenzen nicht entsprechen.

Hinsichtlich der *regionalen Differenzierung* hatten wir vermutet, dass es vor allem Personen aus ländlichen Gebieten sind, die aufgrund der eingeschränkten Gelegenheitsstrukturen und des kleineren zur Verfügung stehenden ‚Partnerpools‘ im Vergleich zu großstädtischen Ballungsräumen eine höhere Teilnahmewahrscheinlichkeit an Internetkontaktbörsen aufweisen sollten. Diese Hypothese können wir aufgrund der Ergebnisse nicht bestätigen. Es zeigen sich über alle Modelle hinweg keine signifikanten Unterschiede in der Nutzungswahrscheinlichkeit nach Regionalklassen.

Schließlich ist der Effekt der *Kompetenzen im Umgang mit dem Internet* wie erwartet hoch signifikant und positiv. Personen, die hohe technische Kompetenzen im Umgang mit dem Internet und damit hohe Werte auf dem latenten Faktor aufweisen, haben eine höhere Neigung, bei der Partnersuche Kontaktbörsen zu nutzen. Dieser Effekt ist auch bei Kontrolle des Bildungsniveaus und des Alters stabil, ebenso wie Alter und Bildung von dieser Variable unbeeinflusst bleiben. Somit schlussfolgern wir, dass es sich bei der Nutzungskompetenz tatsächlich um eine weitgehend von Alter und Bildung unabhängige Dimension zu handeln scheint.

Zusammenfassend können wir auf Basis unserer deskriptiven und multivariaten Analysen festhalten, dass es hinsichtlich der Nutzung von Internetkontaktbörsen deutliche geschlechtsspezifische Bildungsunterschiede gibt. Diese differenzierte Betrachtungsweise fehlte in den bislang vorhandenen Studien (vgl. Sautter et al. 2006; Valkenburg & Peter 2007). Zudem sind Internetkontaktbörsen tendenziell Beziehungsmärkte für jüngere Internetnutzer. Die Kompetenz im Umgang mit Technologien des Internets stellt darüber hinaus einen wesentlichen Prädiktor für die Nutzung von Internetkontaktbörsen dar.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Im vorliegenden Aufsatz wurde die soziodemographische Nutzerstruktur von Internetkontaktbörsen bestimmt und mit der Gesamtbevölkerung sowie den Internetnutzern verglichen. Zudem wurde analysiert, welche Merkmalskonstellationen die Nutzung des Onlinedatings besonders begünstigen, und wie sich mögliche Unterschiede erklären lassen. Den Ausgangspunkt der Untersuchung bildeten theoretische Überlegungen im Anschluss an die Debatte um die digitale Spaltung der Gesellschaft, die mit den Erkenntnissen der soziologischen Partnerwahlforschung zusammengeführt wurden. Auf Basis der ARD/ZDF-Onlinestudie wurden diese Zusammenhänge für das Jahr 2007 empirisch untersucht.

Die Frage „Wer nutzt Internetkontaktbörsen in Deutschland?“ können wir auf Basis unserer Befunde wie folgt beantworten: Das absolute Ausmaß der Kontaktbörsennutzung von über 5 Millionen Menschen deutet auf eine inzwischen hohe soziale Relevanz des Internets als Heiratsmarkt hin. Verglichen mit der Gesamtbevölkerung sind Onlinedater in Deutschland eher männlich, jünger, höher gebildet und wohnen in städtischen Gebieten oder großen Ballungsräumen. Verglichen mit der Internetbevölkerung sind Onlinedater ebenfalls eher männlich, jünger, wohnen in Einpersonenhaushalten und haben höhere Kompetenzen im alltäglichen Umgang mit dem Internet. Hinsichtlich der formalen Bildung zeigen unsere Analysen, dass niedriger gebildete Personen, verglichen mit dem durchschnittlichen Internetnutzer, im Onlinedating leicht überrepräsentiert sind. Aus sozialstruktureller Sicht ist somit die Nutzerpopulation von Internetkontaktbörsen, bezogen auf die Gesamtbevölkerung, etwas weniger selektiv als die Nutzerpopulation des Internets. Mit Ausnahme dieses leichten Bildungseffekts sind unsere Ergebnisse im Einklang mit den derzeit vorliegenden internationalen Befunden von Sautter et al. (2006) und Valkenburg & Peter (2007).

Wie in der Studie von Sautter et al. (2006) sind diese Befunde zu einem Großteil auf die noch immer beobachtbare digitale Spaltung der Gesellschaft zurückzuführen. Da die Teilnahme am Internetdating überhaupt erst möglich ist, wenn die Akteure über einen Zugang zum Internet verfügen, stellt die Überwindung dieser Hürde ein erstes wichtiges Selektionskriterium der Nutzerpopulation dar. In diesem Zusammenhang konnten wir zeigen, dass bereits an der Zugangsschwelle zum Internet erhebliche Unterschiede beobachtet werden können, die schließlich die Bedingung für die Selektivität der Teilnahme am Onlinedating sind.

Obwohl die sozialstrukturellen Variablen einen sehr großen Einfluss auf die notwendige Voraussetzung – die Internetnutzung – des Onlinedatings haben, stellt der Digital Divide nicht die einzige Hürde dar. Wie unsere theoretische Diskussion und die darauf basierenden empirischen Ergebnisse zeigen, spielen offenbar auch die individuellen Chancen von Männern und Frauen auf dem Heiratsmarkt eine große Rolle bei der Erklärung der Nutzung von Internetkontaktbörsen. In dieser Hinsicht setzt sich unsere Untersuchung deutlich von der vorliegenden Referenzliteratur ab, in der diese Zusammenhänge nicht thematisiert werden. Doch gerade von der Berücksichtigung der theoretisch hergeleiteten geschlechtsspezifischen Interaktionseffekte profitierte unsere Studie, da sie eine differenziertere Betrachtung des Einflusses der formalen Bildung ermöglichte. In dieser Hinsicht ist es besonders aufschlussreich, dass die Erkenntnisse der Heiratsmarktforschung in ‚nicht-virtuellen‘ Kontexten durchaus gute Dienste für die theoretische Strukturierung des Internets als Heiratsmarkt leisten. Auch Valkenburg & Peter (2007) haben in ihrer Studie auf diesen Aspekt aufmerksam gemacht: Da das Internet heute sehr weit verbreitet ist, sind die Internetnutzer immer stärker ein Abbild der Gesamtbevölkerung. Deshalb sollten die aus dem nicht-virtuellen Alltag bekannten Handlungs- und Verhaltensmuster auch zunehmend im virtuellen Raum beobachtet werden können. An dieser Stelle zeigt sich, welch enormes Potential für die (familien)soziologische Forschung in der Analyse der Strukturen von Internetkontaktbörsen stecken kann.

Unsere Untersuchung zu den Voraussetzungen der Nutzung von Internetkontaktbörsen ist als ein erster wichtiger Schritt zum besseren Verständnis dieses neuen sozialen Phänomens zu verstehen, aus dem sich viele mögliche Anschlussfragen ergeben. Drei Fragen sind unserer Meinung nach dabei besonders offensichtlich. Offen bleiben muss vor dem Hintergrund der Datenlage, erstens, die Frage nach dem Einfluss des Familienstandes auf die Neigung, Onlinedating zu nutzen. Zwar gibt die Haushaltsgröße als grober Indikator erste Hinweise darauf, geklärt werden können diese Zusammenhänge jedoch erst auf Basis detaillierter Informationen zur Partnerschaftssituation und -geschichte der Akteure. Ebenso ist, zweitens, die Intensität der Nutzung von Internetkontaktbörsen eine Frage, der sich die Forschung zuwenden sollte. Gerade vor dem Hintergrund der theoretischen Diskussion dürfte nicht nur die Nutzung an sich, sondern auch die Häufigkeit der Nutzung nach sozialstrukturellen Variablen variieren, je nachdem, wie gut oder schlecht die Chancen der Akteure auf den alltäglichen Heiratsmärkten sind. Schließlich bleibt, drittens, derzeit die Frage ungeklärt, warum die Akteure überhaupt Internetkontaktbörsen als Medium zur gezielten Partnersuche wählen. Gerade die Motive und subjektiven Intentionen der Akteure sind möglicherweise wichtige Bausteine, um das soziale Phänomen und die Prozesse der Nutzung von Internetkontaktbörsen besser verstehen und erklären zu können. Allerdings werden diese Motivlagen wohl nur schwer quantitativ zu erfassen sein. So müssen wohl qualitative Studien den Grundstein dafür legen, hierfür brauchbare Dimensionen zu bestimmen. Nicht zuletzt sind die individuellen, subjektiven Begründungen für die Teilnahme am Onlinedating insofern von Bedeutung, da sie möglicherweise die Selektivität des Digital Divide außer Kraft setzen, nämlich genau dann, wenn Akteure das Internet nur deshalb nutzen, um dort auf Partnersuche zu gehen.

Diese wenigen Beispiele verdeutlichen bereits das große Spektrum möglicher Forschungsarbeit, die notwendig sein wird, um das Phänomen der Partnersuche im

Internet besser verstehen zu können. Dabei ist die Analyse der Nutzerstruktur erst der Anfang. Um auf diesen Erkenntnissen aufbauen und sie fortentwickeln zu können, bedarf es in Zukunft nicht nur solider Grundlagenforschung, sondern auch kreativer Fragestellungen und Ideen hinsichtlich der statistischen Modellierung. Vieles wird jedoch von den dafür geeigneten Daten abhängen. Insbesondere muss es gelingen, ausreichend große und nach Möglichkeit international vergleichbare Stichproben zu erheben, deren Informationsgehalt einerseits auf den Stand der theoretischen Diskussion abgestimmt ist und andererseits die Möglichkeit bietet, über diesen hinaus zu gehen.

Anmerkung

Der Aufsatz ist im Rahmen des DFG-Projekts „Prozesse der Partnerwahl bei Online-Kontakbörsen“ entstanden. Wir danken der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Förderung des Projekts. Darüber hinaus danken wir den Verantwortlichen der ARD/ZDF-Online-studie, namentlich Prof. Dr. Thomas Gruber, Birgit van Eimeren, Martin Fisch und Christoph Gscheidle, für die Bereitstellung der Daten. Für hilfreiche Hinweise zu früheren Versionen des Manuskripts, sowie zur Klärung methodischer Fragen danken wir Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld, Prof. Dr. Michael Häder, Dr. Jörg Hagenah, Dr. Jan Schmidt und Dr. Thorsten Schneider.

Literatur

- Andréß, H.-J., Hagenaars J. A. & Kühnel, S. (1997). *Analyse von Tabellen und kategorialen Daten. Log-lineare Modelle, latente Klassenanalyse, logistische Regression und GSK-Ansatz*. Berlin: Springer.
- Becker, G. S. (1976). A theory of marriage. In: G. S. Becker (Ed.), *The economic approach to human behavior*. Chicago: University of Chicago Press, pp. 205-250.
- Becker, G. S. (1981). *A treatise on the family*. Cambridge: Harvard University Press.
- BITKOM (2007). Deutsche geben 85 Millionen Euro für Online-Singlebörsen aus. Pressemitteilung, Berlin, 04.06.2007. http://www.bitkom.org/files/documents/BITKOM-PI_Online-Dating_04.06.2007.pdf, <13.11.2008>.
- Blossfeld, H.-P. & Drobnič, S. (Hrsg.) (2001). *Careers of couples in contemporary societies. From male breadwinner to dual earner families*. Oxford: Oxford University Press.
- Blossfeld, H.-P. & Timm, A. (1997). Der Einfluß des Bildungssystems auf den Heiratsmarkt. Eine Längsschnittanalyse der Wahl des ersten Ehepartners im Lebenslauf. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49, S. 440-476.
- Borkenau, P. (1993). Reicher Mann und schöne Frau? Zwei Studien zu Geschlechtsunterschieden in der Partnerpräferenz. *Zeitschrift für Sozialpsychologie* 24, S. 289-297.
- Bühler-Ilieva, E. (2006). *Einen Mausclick von mir entfernt. Auf der Suche nach Liebesbeziehungen im Internet*. Marburg: Tectum-Verlag.
- Brym, R. J. & Lenton, R. L. (2001). *Love online: A report on digital dating in Canada*. Toronto. <http://www.nelson.com/nelson/harcourt/sociology/newsociety3e/loveonline.pdf>, <13.11.2008>.

- Dewan, S. & Riggins, F. J. (2005). The digital divide: Current and future research directions. *Journal of the Association for Information Systems* 6, pp. 298-337.
- DiMaggio, P., Hargittai, E., Celeste, C. & Shafer, S. (2004). Digital inequality: From unequal access to differentiated use. In: K. Neckerman (Ed.), *Social inequality*. New York: Russell Sage Foundation, pp. 355-400.
- Eamon, M. K. (2004). Digital divide in computer access and use between poor and non-poor youth. *Journal of Sociology & Social Welfare* 31, pp. 91-112.
- Geser, H. (2007). Online search for offline partners. Matching platforms as tools of empowerment and retraditionalization. In: *Sociology in Switzerland. Towards cybersociety and virtual social relations*. Zürich. http://socio.ch/intcom/t_hgeser19.pdf, <13.11.2007>.
- Häder, S. & Glemser, A. (2006). Stichprobenziehung für Telefonumfragen in Deutschland. In: A. Diekmann (Hrsg.), *Methoden der Sozialforschung*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 148-171.
- Hagenah, J. (2007). Die Gewichtung der Daten der Leser- und Media-Analysen. Arbeitspapier. Köln. http://www.mlz.uni-koeln.de/assets/files/download/MA_Gewichtung.pdf, <17.07.2008>.
- Hardey, M. (2004). Mediated relationships. Authenticity and the possibility of romance. *Information, Communication & Society* 7, pp. 207-222.
- Hargittai, E. (2002). Second-level digital divide: Differences in people's online skills. In: *First Monday* 7. http://firstmonday.org/issues/issue7_4/hargittai/index.html, <17.07.2008>.
- Hitsch, G. J., Hortaçsu, A. & Ariely, D. (2008). Matching and sorting in online dating markets. Working paper. Chicago. http://home.uchicago.edu/~ghitsch/Hitsch-Research-/Guenter_Hitsch_files/Online-Matching-Sorting.pdf, <13.11.2008>.
- Initiative D21 (Hrsg.) (2008). *(N)Onliner Atlas 2008. Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland*. München. <http://www.nonliner-atlas.de/>, <13.11.2008>.
- Krings, B.-J. & Riehm U. (2006). Internet für alle? Die Diskussion des „digital divide“ revisited. In: K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede*. Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 3052-3061.
- Lengerer, A. (2001). Wo die Liebe hinfällt – ein Beitrag zur „Geographie“ der Partnerwahl. In: T. Klein (Hrsg.), *Partnerwahl und Heiratsmuster. Sozialstrukturelle Voraussetzungen der Liebe*. Opladen: Leske + Budrich, S. 133-162.
- Loges, W. E. & Jung, J.-Y. (2001). Exploring the digital divide: Internet connectedness and age. *Communication Research* 28, pp. 536-562.
- Mai, L. (2007). Die Media-Analyse Radio. In: D. K. Müller & E. Raff (Hrsg.), *Praxiswissen Radio. Wie Radio gemacht wird – und wie Radiowerbung anmacht*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 87-101.
- Marr, M. (2004). Wer hat Angst vor der digitalen Spaltung? Zur Haltbarkeit eines Bedrohungsszenarios. *Medien & Kommunikationswissenschaft* 52, S. 76-94.
- Mincer, J. (1974): *Schooling, experience and earnings*. New York: Columbia University Press.
- Mossberger, K., Tolbert, C. J. & Stansbury, M. (2003). *Virtual inequality. Beyond the digital divide*. Washington: Georgetown University Press.
- Oppenheimer, V. K. (1988). A theory of marriage timing. *American Journal of Sociology* 94, pp. 563-591.
- Sautter, J. M., Tippett, R. M. & Morgan, S. P. (2006). *The social demography of internet dating in the United States*. Working Paper. Durham, N.C. <http://www.soc.duke.edu/~efc/Docs/pubs/Social%20Demography%20of%20Internet%20Dating.pdf>, <13.11.2008>
- Schleife, K. (2007). *Regional versus individual aspects of the digital divide in Germany*. ZEW Discussion Paper No. 06-085. Mannheim. <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp06085.pdf>, <13.11.2008>.

- Shelley, M., Thrane, L., Shulman, S., Lang, E., Beisser, S., Larson, T. & Mutiti, J. (2004). Digital citizenship. Parameters of the digital divide. *Social Science Computer Review* 22, pp. 256-269.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2006). *Datenreport 2006*. Bonn.
- Valkenburg, P. M. & Peter, J. (2007). Who visits online dating sites? Exploring some characteristics of online daters. *CyberPsychology & Behavior* 10, pp. 849-852.
- van Eimeren, B. & Frees, B. (2007). Internetnutzung zwischen Pragmatismus und YouTube-Euphorie. *Media Perspektiven* 38, S. 362-378.
- Yu, L. (2006). Understanding information inequality: Making sense of the literature of the information and digital divides. *Journal of Librarianship and Information Science* 38, pp. 229-252.
- Zillien, N. (2006). *Digitale Ungleichheit. Neue Technologien und alte Ungleichheiten in der Informations- und Wissensgesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag.

Eingereicht am/Submitted on: 31.03.2008

Angenommen am/Accepted on: 21.09.2008

Adresse der Autoren/address of the authors:

Florian Schulz, Dipl.-Soz. (Korrespondenzautor/corresponding author)
Universität Bamberg
Lehrstuhl für Soziologie I
Lichtenhaidestraße 11
D-96045 Bamberg

E-mail: florian.schulz@uni-bamberg.de

Jan Skopek, Dipl.-Kaufm.
Doreen Klein, Dipl.-Soz.
Andreas Schmitz, M.A.

Annika Jabsen & Hans-Peter Blossfeld

Die Auswirkungen häuslicher Pflege auf die Arbeitsteilung in der Familie

Home care and its effects on the division of labour in the family

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag analysiert die Auswirkungen der Anwesenheit pflegebedürftiger Personen auf die individuelle Zeitverwendung und die Arbeitsteilung der Haushaltsmitglieder. Die Untersuchung bezieht sich konkret auf die Zeit, die Frauen und Männer im Alter von 30 bis 65 Jahren für Erwerbstätigkeit und Haushaltsarbeit aufbringen und fokussiert die Veränderung der individuellen und relativen Zeitverwendungsmuster bei Eintritt eines Pflegeereignisses. Es handelt sich um eine Längsschnittanalyse auf Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels von 1985 bis 2004.

Empirisch zeigt sich, dass sich vor allem die Frauen nach einem Pflegeereignis verstärkt im Haushalt engagieren und ihre Erwerbsbeteiligung reduzieren. Auf Paarebene lassen sich verstärkte Traditionalisierungstendenzen erkennen. Die Frau übernimmt einen größeren Anteil der Hausarbeitszeit, der Mann einen größeren Anteil der Erwerbsarbeitszeit.

Schlagwörter: Zeitverwendung, innerfamiliäre Arbeitsteilung, Pflegenden, SOEP

Abstract

In this article we study the effects of home care on individual time use patterns of family members and the household division of labour. We focus on the amount of time that 30 to 65 year old women and men spend on employment and housework, and the changes that might occur on both the individual and the couples level when home care becomes necessary. The longitudinal analysis is based on data of the German Socio-economic Panel from 1985 to 2004.

Referring to caring for relatives, empirical evidence shows that women, in particular, increase their time for housework and decrease their time for paid employment. Focusing on couples division of labour in the household, our findings indicate a traditionalization process. The female partner fulfills the larger part of the housework time requirements, while the male partner fulfills the larger part of paid employment time requirements.

Key words: Time use, household division of labour, care, GSOEP

1. Einleitung

Die Versorgung der Hilfe- und Pflegebedürftigen entwickelt sich im Zuge der demographischen Alterung und der wachsenden Erwerbsbeteiligung von Frauen zu einer ernstzunehmenden gesellschaftlichen Herausforderung. Auf der Makroebene betrachtet, muss ein steigender Anteil älterer Menschen, und damit zusammenhängend ein wachsender Hilfe- bzw. Pflegebedarf, mit einem sinkenden Anteil jüngerer Menschen vereinbart werden, deren Einsatz sowohl im Bereich Pflege als auch auf dem Arbeitsmarkt unentbehrlich ist. Im Laufe des fortschreitenden demographischen Wandels verschärft sich dieser Konflikt zunehmend.

Heute zeigt sich die Problematik bereits in einer wachsenden Zahl von Familien. Dort geht es nicht um Überlegungen in Bezug auf zukünftige Entwicklungen. Die oft plötzlich eintretende Notwendigkeit der Pflege und Betreuung von zuvor selbständigen Personen erfordert konkrete Entscheidungen und sofortiges Handeln. Derzeit entscheiden sich die meisten Menschen in Deutschland für die Übernahme der Betreuung ihrer Angehörigen. Das heißt, Pflege- und Hilfebedürftige werden in Deutschland mehrheitlich zu Hause von verwandten bzw. angeheirateten, meist weiblichen Personen betreut. Diese Entscheidung stellt in der Mehrzahl der Fälle einen schwerwiegenden Einschnitt im Leben der Pflegenden dar und bringt eine deutliche Veränderung des familialen Alltags mit sich.

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der Veränderung der individuellen Zeitverwendungsmuster im Bereich der Erwerbs- und Hausarbeit der 30- bis 65-jährigen Haushaltsmitglieder als einer wesentlichen Konsequenz der Anwesenheit einer hilfe- oder pflegebedürftigen Person im Haushalt. Die bisherige Forschung im Bereich der Pflege hat vor allem den Aspekt der Erwerbstätigkeit betrachtet. Neben Erwerbsarbeit und Betreuungsarbeit ist jedoch Hausarbeit ein weiterer wichtiger Bereich, wenn es darum geht, die innerfamilialen Arbeitsteilungsmuster und deren Veränderungen zu erfassen. Aus diesem Grund steht der Aspekt der Hausarbeit neben der Erwerbsarbeit im Zentrum dieses Beitrags.

Darüber hinaus beziehen sich die Studien zu den Auswirkungen von Pflegeaufgaben in den meisten Fällen nur auf Frauen. Daher sollen erstens Männer miteinbezogen, und zweitens die individuelle Perspektive um eine relationale Paarperspektive ergänzt werden. Dies geschieht insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass aktuelle Studien im Bereich der Arbeitsteilungsforschung deutlich gemacht haben, dass die Geburt eines Kindes geschlechtsspezifische Arbeitsteilungsmuster bzw. oft latent wirkende Traditionalisierungsprozesse verstärkt (Grunow, Schulz & Blossfeld 2007, Schulz & Blossfeld 2006). Neben der Geburt eines Kindes ist die Tatsache, dass ein Angehöriger pflegebedürftig wird, ein zweites wichtiges biographisches Versorgungs- und Betreuungsereignis im Lebensverlauf.

Des Weiteren werden die Auswirkungen von Pflegeereignissen aus der Lebensverlaufsperspektive mit Hilfe von Längsschnittdaten des Sozio-oekonomischen Panels unter expliziter Berücksichtigung ihrer Prozesshaftigkeit untersucht. Eine Situationsbeschreibung auf Basis von Querschnittdaten, wie sie den meisten Untersuchungen zu den Konsequenzen des Pflegeleistens zu Grunde liegt, kann nur einen begrenzten Ausschnitt der Realität erfassen. Die Versorgung einer hilfe- oder pfe-

gebedürftigen Person im Haushalt sowie die Zeitverwendungsmuster unterliegen im Lebensverlauf des Einzelnen jedoch Veränderungsprozessen und können deshalb im Querschnitt streng genommen nicht richtig erfasst werden. Die Betrachtung aus der Längsschnittperspektive ist deshalb unumgänglich, weil sie es ermöglicht, die kausale Beziehung zwischen zwei zeitabhängigen Prozessen zu erfassen und zu erklären.

Methodisch erhebt die Arbeit den Anspruch, den Einfluss von Ereignissen eines unabhängigen Prozesses auf die Veränderung eines abhängigen Prozesses auf der Basis von Individual- und Paardaten möglichst genau zu erfassen. Die Ereignisanalyse stellt diesbezüglich eine geeignete Methode dar, die hier – erweitert um ein Regressionsmodell – sowohl Aussagen über die Neigung als auch über das Ausmaß der Veränderungen des individuellen Zeitverwendungsmusters möglich macht.

Theoretischer Ausgangspunkt für die Untersuchung der Änderung der Arbeitsteilungsmuster sind sowohl ressourcenbasierte als auch normenbasierte Ansätze. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse bisheriger Forschungsarbeiten und unter Berücksichtigung der theoretischen Überlegungen werden im empirischen Teil der Arbeit die Daten des Sozio-oekonomischen Panels von 1985-2004 einer Längsschnitanalyse unterzogen, auf deren Grundlage beschrieben und analysiert wird, wie sich die individuelle Zeitverwendung und die relationale Arbeitsteilung verändern.

2. Pflegebedürftigkeit und Angehörigenpflege in Deutschland

Im Dezember 2005 waren, der amtlichen Statistik zufolge, über 2 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes¹ (vgl. Statistisches Bundesamt 2007). Mehr als zwei Drittel (68%) von ihnen wurden im Jahr 2005 in privaten Haushalten gepflegt (Statistisches Bundesamt 2007). Zusätzlich zu den pflegebedürftigen Personen, wurden etwa drei Millionen Menschen mit hauswirtschaftlichem Hilfebedarf versorgt.² Diese Arrangements entsprechen dem Wunsch vieler Pflege- und Hilfebedürftigen, solange wie möglich im eigenen Haushalt bleiben zu können und ansonsten die häusliche Versorgung explizit der Unterbringung im Heim vorzuziehen (vgl. Schneekloth 2005, 84f.).

Pflegepersonen sind in erster Linie die nächsten Angehörigen des Bedürftigen. In fast 40% der Fälle, kümmert sich eine Person allein um den Bedürftigen. Durchschnittlich sind 2,1 Personen für die private Versorgung eines Pflegebedürftigen und 1,7 Personen für die Versorgung eines Hilfebedürftigen zuständig (Infratest 2003, 18). In der Regel gibt es eine Hauptpflegeperson, die im Mittel etwa 37 Stunden pro

1 Der Gesetzgeber definiert gemäß § 14 Abs. 1 SGB XI des Pflegeversicherungsgesetzes Pflegebedürftige als Personen, „die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße [...] der Hilfe bedürfen“.

2 Diese Zahl bezieht sich auf das Jahr 2002 (Infratest 2003, 7).

Woche für Hilfe, Pflege und sonstige Betreuung verwendet (Schneekloth 2005, 78). Dabei ist der Aufwand bei der Versorgung von Pflegebedürftigen mehr als doppelt so hoch wie bei Hilfebedürftigen und umso höher, je höher die Pflegestufe ist (ibd.).

Hilfe- bzw. Pflegebedürftigkeit ist zwar ein allgemeines Lebensrisiko, es tritt aber vorrangig im hochbetagten Alter auf. Man spricht hier deshalb von einer altersspezifischen Prävalenz. Von den 70- bis 75-Jährigen waren im Jahr 2005 etwa 5% pflegebedürftig. Bei den 80- bis 85-Jährigen betrug die so genannte Pflegequote rund 20% und bei den 90- bis 95-Jährigen war sie mit 61% am höchsten (vgl. Statistisches Bundesamt 2007). Deshalb ist – auch wenn man eine Reduktion der Hilfe- bzw. Pflegebedürftigkeit aufgrund der Verbesserung des allgemeinen Gesundheitszustands im Alter langfristig erhoffen kann – vorerst von einem Anstieg der Bedürftigen aufgrund der wachsenden Zahl der Hochaltrigen, d.h. der über 80-Jährigen, auszugehen (Stiehr 2004, 96).³ Im Zeitraum zwischen 2003 und 2005 ist die Zahl der Pflegebedürftigen bereits um 2,5% gestiegen (vgl. Statistisches Bundesamt 2007).

3. Pflege und Zeitverwendung der Angehörigen

Bei den bisherigen Forschungsarbeiten zum Thema Pflegebedürftigkeit und informelle Pflege handelt es sich vor allem um zeitpunktbezogene deskriptive Situationsbeschreibungen (Pflegekonstellationen, Charakteristika der Hauptpflegepersonen) sowie um qualitative Studien zu den Gründen der Pflegeübernahme und dem Bereich Pflege und Belastung.

Die Auswirkungen der Pflegeleistungen auf die Zeitverwendung der Angehörigen dagegen wurden bisher unzureichend erforscht.

Der Großteil der Studien mit Bezug zur Zeitverwendung von pflegenden Angehörigen bezieht sich im Wesentlichen auf den Konflikt zwischen Pflege und Erwerbsarbeit. In vielen Fällen handelt es sich hier um einfache deskriptive Beschreibungen, im Bereich der tiefergehenden Analysen beschränken sich die Studien in den meisten Fällen auf die Subgruppe der weiblichen Bevölkerung. Ausgangspunkt der Diskussion ist häufig die gestiegene Frauenerwerbstätigkeit, die in den letzten Jahrzehnten in Deutschland und auch in anderen Industrieländern zu beobachten ist. Man befürchtet in diesem Zusammenhang herbe Verluste des informellen Pflegepotenzials, reduziert eine Erwerbstätigkeit doch die potenzielle Anzahl verfügbarer Stunden für Pflegeaufgaben. Besonders deutlich wird die Problematik, wenn man davon ausgeht, dass parallel zu diesen Entwicklungen der Pflegebedarf steigt. Die Vereinbarung von Pflege und Beruf scheint als Lösungsweg denkbar, erweist sich in der Realität jedoch als schwierig.

3 Der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes zufolge, steigt die Zahl der über 65-Jährigen bis zum Jahr 2030 um etwa die Hälfte von 16 Millionen auf mehr als 24 Millionen. Die Zahl der Hochaltrigen, also der über 80-Jährigen wird von etwa 4 Millionen im Jahr 2005 auf 10 Millionen im Jahr 2050 ansteigen (Statistisches Bundesamt 2006).

In Wissenschaft und Politik wird der Aspekt der steigenden Frauenerwerbstätigkeit und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie seit langem diskutiert, allerdings fast ausschließlich in Bezug auf die Kindererziehung. Diese Erkenntnisse sind aus verschiedenen Gründen auf den Bereich der Pflege von älteren Angehörigen *nicht* übertragbar.⁴

Die empirischen Untersuchungen, die sich explizit mit dem Thema Pflege und Erwerbstätigkeit beschäftigen, sind weniger zahlreich – besonders für Deutschland und Europa – und in ihrem Forschungsdesign, bezüglich der Operationalisierung der Variablen und der Stichprobensammensetzung sehr uneinheitlich, was die Vergleichbarkeit erschwert. Die Schlussfolgerungen sind inkonsistent. Einige seien im Folgenden exemplarisch vorgestellt (für einen Literaturüberblick vgl. auch Dallinger 1996 und Sarkisian & Gerstel 2004). Mit Ausnahme von Henz (2004) und der MuG-III-Studie (Schneekloth 2005) beziehen sich die Arbeiten ausschließlich auf Frauen.

Wolf und Soldo (1994) finden in ihrer Studie keinen signifikanten Zusammenhang zwischen informeller Pfl egetätigkeit und der Reduktion des Erwerbsumfangs. Die Analyse bezieht sich auf verheiratete Frauen in den USA, die einen Elternteil pflegen. Auch Spitze und Logan (1991), die ausgehend von der gegebenen Erwerbsbeteiligung, den Zusammenhang mit dem Ausmaß der Pfl egetätigkeit analysieren, stellen keine Korrelation der beiden Merkmale fest.

Andere Studien zeigen wiederum einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Pflege und Erwerbstätigkeit: Spiess und Schneider (2003) zeigen für Nordeuropa, dass Beginn und Ausweitung von Pfl egetätigkeiten bei Frauen mittleren Alters mit einer Reduktion der Arbeitszeit einhergeht. Beendigung oder Reduktion der Pfl egetätigkeiten zeigen dagegen keinen Effekt. Schneider, Drobnič und Blossfeld (2001)

4 So bestehen Unterschiede zum einen in Bezug auf die Lebensphase der Pflegenden bei Eintritt des Ereignisses (Geburt des Kindes, bzw. Pflegebedürftigkeit des älteren Menschen). Die Geburt eines Kindes kennzeichnet in den jüngeren Kohorten in Westdeutschland verstärkt den Zeitpunkt des Erwerbsausstiegs. Nach einer Familienphase kehren die Frauen aber heute vermehrt in den Arbeitsmarkt zurück (vgl. Lauterbach 1994, Kirner & Schulz 1992). Verstärkt werden sie dann jedoch mit neuen familiären Anforderungen konfrontiert: die Pflege ihrer (Schwieger-)Eltern oder des Partners. Schaffen sie es nicht, in dieser Lebensphase Pflege und Beruf zu verbinden, dürfte ein späterer Wiedereinstiegsversuch aus Altersgründen in der heutigen Arbeitsmarktlage aller Wahrscheinlichkeit nach schwierig bis aussichtslos sein.

Frauen und Männer können sich zum anderen heute weitestgehend bewusst für oder gegen Kinder entscheiden, d.h. die Geburt eines Kindes ist in den meisten Fällen ein gewünschtes bzw. explizit intendiertes Ereignis, was bei der Pflegebedürftigkeit von Älteren nicht der Fall ist. Pflegebedürftigkeit tritt darüber hinaus oft relativ plötzlich ein (beispielsweise durch Schlaganfall). Eine „neunmonatige Vorbereitungszeit“ ist nicht gegeben. Außerdem ist zu bedenken, dass die Dauer und der Aufwand für die Betreuung eines Kindes im Laufe der Zeit nachlässt, der Aufwand und die Belastung für die Versorgung eines Hilfe- oder Pflegebedürftigen dagegen aller Wahrscheinlichkeit nach zunimmt und zeitlich nicht abzuschätzen ist.

Des Weiteren fehlen bislang noch gesetzliche Regelungen und familienpolitische Bestimmungen, die im Sinne einer „Pflegezeit“ entsprechend dem Konzept der Elternzeit die Rechte pflegenden Arbeitnehmer eindeutig festlegen.

bestätigen mit Daten des SOEP, dass verheiratete Frauen mittleren Alters mit erhöhter Wahrscheinlichkeit ihre Erwerbstätigkeit aufgeben, wenn in ihrem Haushalt ein Pflegefall lebt. Eine Reduktion der Erwerbstätigkeit (bspw. von Vollzeit auf Teilzeit) wird dagegen eher nicht festgestellt. Auch die Daten der MuG-III-Studie zeigen, dass die Mehrheit der Hauptpflegepersonen in Deutschland entweder schon vor Beginn der Pflegephase nicht erwerbstätig war, oder aber in deren Verlauf die eigene Erwerbstätigkeit eingeschränkt hat (vgl. Tabelle 1).⁵

Tabelle 1: Konsequenzen der Pflege für die Erwerbstätigkeit der Hauptpflegeperson Hilfe- und Pflegebedürftige in Privathaushalten, Jahresende 1991/2002

Angaben in%	Pflegebedürftige ¹⁾		Sonstige Hilfebedürftige ²⁾	
	1991	2002	1991	2002
Konsequenzen				
Zu Beginn der Pflege nicht erwerbstätig	52	51	45	48
Tätigkeit aufgegeben	14	10	5	4
Tätigkeit eingeschränkt	12	11	5	5
Tätigkeit fortgesetzt	21	26	44	40
Weiß nicht/keine Angabe	1	2	2	3

1) Leistungsbezieher der Sozialen (SPV) und der Privaten Pflegeversicherung (PPV)

2) Personen mit Einschränkungen bei alltäglichen Verrichtungen ohne Pflegebedarf im Sinne des SGB XI

Quelle: Schneekloth & Wahl 2005, S. 79

Gerstel und Gallagher (1994) stellen einen negativen Zusammenhang zwischen Pflege und Erwerbsbeteiligung fest, wobei sie die letztere als erklärende Variable operationalisiert haben.

Henz (2004) untersucht das Thema im Längsschnitt für Großbritannien und zeigt, dass vor allem Teilzeitbeschäftigte ihre Erwerbstätigkeit einschränken, um Pflege und Beruf zu vereinbaren. Sie führt dies auf die höhere Flexibilität von Teilzeitbeschäftigten zurück (ibid., 870). Daneben macht Henz auch auf einen weiteren Aspekt aufmerksam, nämlich auf die geringe Rückkehrate nach Beendigung der Pflegephase und dies insbesondere bei Langzeitpflegenden (ibid., 875).

Die einzige uns bekannte Studie, die sich explizit auf Zeitbudgetdaten bezieht, stammt von Ehling (1996). Ehling untersucht auf der Grundlage der Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes die Zeitverwendung von Pflegenden in den unterschiedlichen Bereichen Erwerbstätigkeit, Hausarbeit und Freizeit. Er stellt für Pflegepersonen mit einer Pflegezeit von fünf Stunden pro Tag heraus, dass sie in der Regel nicht erwerbstätig sind, nur wenig Freizeit haben und mehr Hausarbeit leisten als der Durchschnitt der Bevölkerung. Es handelt sich dabei jedoch nur um einen

⁵ Generell ist ein leichter Anstieg der erwerbstätigen Pflegenden im Zeitraum zwischen 1991 und 2002 festzustellen. Insgesamt gingen 2002 23% der Pflegenden einer eigenen Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung nach im Vergleich zu 18% im Jahre 1991 (Schneekloth & Wahl 2005, 79).

knappen deskriptiven Überblick in Form der Berechnung von Durchschnittswerten, die sich insgesamt auf nur neun Fälle beziehen (ibid., 137f.).

Obwohl sich der bisherige Forschungsstand im Bereich der Auswirkungen von innerfamiliärer Pflegearbeit vorwiegend auf den Konflikt zwischen Pflege und Erwerbstätigkeit und die Gruppe der Frauen bezieht, lassen sich wichtige Aspekte für unsere Fragestellung ableiten. Die Versorgung eines Familienmitglieds erfordert viel Zeit für Pflege und Betreuung. In diesem Zusammenhang können sich zeitliche Konflikte mit der Erwerbsarbeit ergeben.

Des Weiteren ist davon auszugehen, dass sich ein Pflegeereignis steigernd auf regelmäßig anfallende Hausarbeiten wie Waschen, Kochen, Putzen, Besorgungen, etc. auswirkt. Beispielsweise steigt der Bedarf an Medikamenten, Hygiene- oder Desinfektionsmitteln, die zu besorgen sind, evtl. müssen Diätessen zubereitet werden oder es bedarf aufgrund von Inkontinenz häufigeren Waschens, Bügelns und Putzens.

Aus diesem Grund ist anzunehmen, dass bisherige Zeitverwendungsstrukturen mit Eintritt eines Pflegeereignisses neu organisiert werden müssen. Wir untersuchen, ob Personen im Kontext eines Pflegeereignisses verstärkt dazu tendieren, ihre Zeit für Haushaltsarbeit zu erhöhen und ihre Erwerbsbeteiligung senken.

Wenn mehrere Personen in einem Haushalt leben, können sie die verschiedenen Aufgaben untereinander aufteilen. Den Fragen, wer sich im Falle einer Neustrukturierung verstärkt welchen Bereichen widmet und ob damit geschlechterspezifische Tendenzen zusammenhängen, wollen wir uns im nächsten Abschnitt zuerst aus theoretischer Sicht nähern, bevor wir zu den empirischen Analysen kommen.

4. Theoretische Perspektive

Zentraler Teil unserer Fragestellung ist: Wenn ein Paar zusammenlebt und es tritt ein Pflegeereignis ein, wie verändert sich dann die bisherige Aufteilung der Bereiche Hausarbeit und Erwerbsarbeit? Im Folgenden soll es darum gehen, theoretische Ansätze zu erörtern, die zur Erklärung der Veränderung der innerfamiliären Arbeitsteilungsmuster bei der Pflege eines Angehörigen herangezogen werden können. Im Rahmen der theoretischen Konzeption beziehen wir uns auf die klassische Unterscheidung zwischen ressourcenbasierten und normenbasierten Ansätzen zur Erklärung der Arbeitsteilung in der Familie. Es geht weder darum, die Ansätze ausführlich zu erläutern (siehe dazu z.B. Blossfeld & Drobnič 2001, Schulz & Blossfeld 2006), noch die einzelnen Theorien gegeneinander zu testen (vgl. dazu z.B. Schulz & Blossfeld 2006 oder Grunow, Schulz & Blossfeld 2007). Ziel ist es viel mehr, die für unsere Fragestellung wichtigen Argumente der Theorien zusammenzufassen und so unseren theoretischen Ausgangspunkt zu spezifizieren.

4.1 Die ressourcenbasierte Argumentation

Das ökonomische Konzept innerfamiliärer Arbeitsteilung, das u.a. von Gary S. Becker (1981) vertreten wird, bietet einen Ansatzpunkt, um die Frage nach dem „Wer“, d.h. nach der Aufteilung der Aufgaben zwischen den Haushaltsmitgliedern, theoretisch zu betrachten.

Becker geht davon aus, dass alle Familienmitglieder versuchen, ihre Zeit- und Humanressourcen unter dem Gesichtspunkt der Maximierung des Gesamtnutzens des Haushaltes optimal aufzuteilen. Von Vorteil ist dabei eine komplementäre Rollenverteilung im Paar und ein möglichst hohes Maß an Spezialisierung. Damit macht diese Theorie keine Aussage über den Geschlechteraspekt der Arbeitsteilung.⁶ Ausschließlich entsprechend der relativen Ressourcenverteilung im Paar wird darüber entschieden, wer (überwiegend) im Bereich der Erwerbsarbeit und wer im Bereich der Haushalts- und Familienarbeit tätig ist. Die traditionelle geschlechtspezifische Arbeitsteilung, nach der sich Männer auf eine ununterbrochene Erwerbskarriere spezialisieren und Frauen auf Haushalts- und Betreuungstätigkeiten, wird von Becker dadurch erklärt, dass Frauen durch einen spezifischen Sozialisationsprozess geprägt, vor allem in Bezug auf marktorientierte Tätigkeiten diskriminiert werden und somit gegenüber Männern in Bezug auf Erwerbsspezialisierung einen komparativen Nachteil haben. Während Männer meist durchgängig in ihrem Lebensverlauf in marktorientiertes Humankapital investieren, verwenden Frauen mehr Zeit (auch) in Haushalts- und Betreuungsaufgaben, so dass Investitionsunterschiede immer weiter verstärkt werden.

Das Ereignis der Hilfe- bzw. Pflegebedürftigkeit tritt bei den Pflegenden im Lebenslauf meistens in einer späteren Lebensphase ein als die Geburt eines Kindes. Die Betroffenen haben mit hoher Wahrscheinlichkeit, den Aushandlungsprozess in Bezug auf die Kinderbetreuung schon entschieden, wenn es um die Frage geht, welches Haushaltsmitglied die Betreuung des Hilfe- oder Pflegebedürftigen übernimmt. Gerade aufgrund von Erwerbsunterbrechungen zur Kindererziehung, in denen die Frauen in betreuungsspezifisches Humankapital investiert und dementsprechend eben dies im Bereich des marktspezifischen Humankapitals versäumt haben, qualifizieren sie sich der ökonomischen Theorie zufolge für weitere Pflegetätigkeiten in späteren Lebensphasen.

Kritisch zu betrachten ist die Annahme der ökonomischen Theorie der Familie, dass die Haushaltsmitglieder versuchen, gemeinsam den Haushaltsnutzen zu maximieren (vgl. Becker 1981, 282ff.) und in gleichem Maße davon profitieren, wovon in Paarbeziehungen nicht zwangsläufig auszugehen ist. Vielmehr können unterschiedliche Machtverhältnisse vorliegen. Der verhandlungstheoretische Ansatz berücksichtigt diese Möglichkeit, indem er die Zeitverwendungsentscheidung innerhalb von Familien als das Ergebnis von Aushandlungsprozessen zwischen den einzelnen Familienmitgliedern konzipiert (vgl. Ott 1989, vgl. auch Beblo 2001). Es wird angenommen, dass Erwerbsarbeit im Vergleich zu Haus- und Familienarbeit präferiert wird. Deshalb ist zu erwarten, dass derjenige Partner mit der besseren

6 Sie schließt aber ausdrücklich die vollkommen gleiche Aufteilung der Arbeit (Erwerbs- und Hausarbeit) zwischen Mann und Frau aus (Gustafsson 1991, 413).

Ressourcenausstattung den anderen zur Erledigung der Familienarbeit „zwingen“ und seine eigene Beteiligung an derselben mit steigender Macht weiter senken kann.

Ott stellt Familien als dynamische Einheiten dar, die im Zeitverlauf einem Wandel unterliegen können, sowohl in der Zusammensetzung als auch in den Beziehungen untereinander (Ott 1989, 97). Externe Alternativen (Möglichkeiten der marktbezogenen Tätigkeit, wie beispielsweise das Einkommenspotenzial) bestimmen die Verhandlungsposition eines Familienmitglieds. Diese ändert sich jedoch nicht nur aufgrund von exogenen Einflüssen, sondern auch infolge familieninterner Entscheidungen – insbesondere von Vereinbarungen bezüglich der Erwerbsbeteiligung (Ott 1991, 387). Derjenige, der zu Gunsten der Kinderbetreuung oder einer familialen Pflege-tätigkeit seine Erwerbstätigkeit einschränkt, verschlechtert damit seine zukünftige Verhandlungsposition in der Familie und zahlt die Kosten in Form von individuellen Einkommensverlusten, vor allem dann, wenn es zur Auflösung der Haushaltsgemeinschaft kommt. Hier wird besonders deutlich, dass Entscheidungen der Frau für eine Einschränkung ihrer Erwerbstätigkeit wegen der Erziehung eines Kindes, ihre Verhandlungsmacht in der späteren Aushandlung – z.B. in Bezug auf die Pflege älterer Familienmitglieder – schwächt. Krüger und Born (2000) beschreiben diesen Prozess anschaulich als sich immer weiter drehende Ungleichheitsspirale, die sich dann kaum noch aufhalten lässt (ibid., 217, vgl. auch Sørensen 1990). Die Machtverteilung ist somit gleichzeitig Bedingung wie Folge der innerfamiliaren Arbeitsteilung.

Beide dargestellten Ansätze, die ökonomische Theorie der Familie und der verhandlungstheoretische Ansatz, gehen, wie gezeigt wurde, von einer geschlechtsneutralen Aushandlung der Arbeitsteilungsmuster auf Basis der spezifischen Ressourcenausstattung der Partner aus. Zusätzliche Familienarbeit in Form von Versorgung und Betreuung älterer Angehöriger, sollte demnach von demjenigen übernommen werden, der relativ über eine schlechtere Ressourcenausstattung verfügt bzw. sich im Bereich der Familienarbeit bereits spezialisiert hat.

4.2 Die normenbasierte Erklärung

Ausgehend von Erving Goffmans Arbeiten zum Begriff des „gender display“ (vgl. Goffman 1977), haben Wissenschaftler die Annahme, dass die Geschlechteridentität in der sozialen Interaktion des Alltags beständig aktiv produziert bzw. reproduziert werden muss, auch in Bezug auf die innerfamiliäre Arbeitsteilung untersucht (siehe z.B. West/Zimmermann 1987, Fenstermaker 2002). Das übliche Arbeitsteilungsmuster dient auf der einen Seite der Produktion von Haushaltsgütern und -dienstleistungen, auf der anderen Seite aber ebenso der Produktion von Gender (Fenstermaker 2002, 110, vgl. auch Coltrane 1989 bzw. South & Spitze 1994). „Wie Frauen ‚sind‘ und wie Männer ‚sind‘, was die einen eher können und was den anderen eher entspricht, was jeweils als ‚männlich‘ oder als ‚weiblich‘ gilt, wird (...) ganz entscheidend strukturiert und mitbestimmt durch das, was Frauen und Männer arbeiten“ (Wetterer 1995, 201). Hausarbeit und Betreuungstätigkeiten gelten entsprechend der normativen Erwartungen als Frauenarbeit, wohingegen Erwerbstätigkeit bzw. das Ernähren der Familie als die Aufgabe des Mannes gesehen wird (Fenstermaker 2002, 105, vgl. auch Beck-Gernsheim 1980, 23ff.).

Eine Bestätigung ihrer Theorie, sehen die Vertreter des Doing-Gender-Ansatzes in dem empirischen Befund, dass der Anteil der Männer an der Hausarbeit weder bei höherem Einkommen der Frau in erwähnenswertem Maße ansteigt (Brines 1994, 665), noch mit dem Ausmaß der eigenen Erwerbstätigkeit (Kalleberg/Rosenfeld 1990, 342) zusammenhängt sowie in der Verbreitung des Phänomens der Doppelbelastung der Frau, das im Zusammenhang mit der steigenden weiblichen Erwerbstätigkeit beobachtet wird (vgl. Hochschild & Machung 1993, Breen & Cooke 2005). Wird ein älterer Angehöriger (beispielsweise Mutter oder Vater bzw. Schwiegermutter oder Schwiegervater) pflegebedürftig, so müsste es der normenbasierten Argumentation zufolge unabhängig von der zugrundeliegenden Ressourcenverteilung im Paar dazu kommen, dass die (Schwieger-)Tochter die Pflege- und Haushaltsaufgaben übernimmt und nicht der (Schwieger-)Sohn, da es sich um ‚weibliche‘ Tätigkeiten handelt.

Einen weiteren theoretischen Ansatzpunkt, an dem Überlegungen zu der Frage, welches Familienmitglied Pflegetätigkeiten im Haushalt übernimmt, ansetzen können, liefern Bielby und Bielby (1989). In ihrer Studie untersuchen sie den Prozess der Herausbildung von Erwerbs- bzw. Familienidentitäten von Frauen und Männern. Dieser wird durch den strukturellen und kulturellen Kontext geprägt. Individuen, gleich ob männlich oder weiblich, die eine bestimmte Rolle übernehmen, entwickeln darauf bezogen eine Rollenidentität (ibid., 785). Es zeigen sich jedoch geschlechtsspezifische Unterschiede im Identitäts-Formationsprozess: Frauen, an die in der heutigen Gesellschaft bestimmte Erwartungen bezüglich ihrer Aufgaben in Bezug auf Haushalt und Familie gestellt werden, stehen, sofern sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen, einem „tradeoff“ zwischen Erwerbs- und Familienidentität gegenüber. Die normativen Erwartungen an Männer lassen hingegen die Vereinbarkeit beider Identitäten zu. Die Rolle des Mannes im Beruf ist konsistent mit seiner Familienrolle des Ernährers.

Demzufolge gehen Bielby und Bielby davon aus, dass normative Zwänge Frauen vor die Entscheidung für eine der beiden konfligierenden Rollen stellen. Priorität geben sie dabei der Identifikation mit der Familienrolle (ibid., 784).

Tritt die Situation ein, dass ein Pflegefall eine Umstrukturierung der Lebensverhältnisse der Familienmitglieder erfordert, müsste es nach Bielby und Bielby dazu kommen, dass sich die Familienidentität der weiblichen Person im Haushalt verstärkt. Der Mann kann die normative Anforderung, die an ihn gestellt wird – nämlich die Versorgung der Familienmitglieder (inklusive Pflegedürftigem) sicher zu stellen – problemlos mit seiner Erwerbsrolle vereinen. Die Frau dagegen hat Schwierigkeiten, beide Rollen zu vereinbaren, sie wird sich in ihrer Entscheidung jedoch stärker mit ihrer Familienrolle identifizieren und ihre Erwerbsbeteiligung zugunsten eines umfassenderen Engagements zu Hause einschränken.

5. Datenbasis und Methode

Die folgenden empirischen Analysen basieren auf den Daten des Sozio-oekonomischen Panels, einer repräsentativen Längsschnitterhebung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zur Messung der objektiven bzw. subjektiv erleb-

ten Lebensbedingungen in Deutschland und deren Wandel (vgl. Frick 2005). Seit 1984 werden in jährlichem Rhythmus Daten zur Erwerbs- und Familienbiographie, Haushaltszusammensetzung, Wohnsituation, Lebenszufriedenheit, Gesundheit sowie zur Zeitverwendung als auch zum Einkommensverlauf der Bevölkerung erhoben. Für den Zeitraum 1984-1989 liegen Daten für Westdeutschland vor, 1990 wurde die Stichprobe auf Gesamtdeutschland ausgeweitet.

Die vorliegende Untersuchung bezieht sich auf den Zeitraum von 1985-2004, d.h. auf 20 Erhebungswellen des SOEP.⁷ Ausgewählt wurden nicht-pflegebedürftige Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft aus den Teilstichproben A (westdeutsche Personen) und C (ostdeutsche Personen) sowie aus den Teilstichproben E (Ergänzungsstichprobe) und F (Innovationsstichprobe).⁸

Ziel ist es, die individuelle Zeitverwendung für marktbezogene und nicht-marktbezogene Aktivitäten von Mitgliedern eines Haushalts⁹ in ihrer zeitlichen Entwicklung zu untersuchen und zwar unter spezifischer Berücksichtigung des Einflusses eines Pflegeereignisses. Ereignisse bei zwei parallelen Prozessen stehen demnach im Zentrum: Erstens, die Veränderungen der individuellen Zeitverwendung bzw. relationalen Arbeitsteilung und zweitens, das Ereignis der Anwesenheit von hilfe- oder pflegebedürftigen Personen im Haushalt. Als abhängiger Prozess wird allgemein die Veränderung der individuellen Zeitverwendung bzw. der innerfamilialen Arbeitsteilungsmuster definiert. Genauer betrachtet werden zwei abhängige Prozesse analysiert, nämlich die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung sowie die Veränderung der Zeitverwendung für Haushaltsarbeit der verschiedenen Personen. Der Verlauf der Hilfe- und Pflegebedürftigkeit stellt den unabhängigen Prozess dar.

7 Die erste Welle zeichnet sich durch einige deutliche Besonderheiten in einzelnen Fragestellungen aus. Insbesondere fehlt die Frage zu Pflegefällen im Haushalt. Das Jahr 1984 wird deshalb von den Analysen ausgeschlossen.

8 Diese Einschränkung wurde aus zwei Gründen getroffen: Erstens werden die Stichprobe B, Haushalte mit ausländischem Haushaltsvorstand, und die Zuwandererstichprobe D aufgrund theoretischer Überlegungen nicht verwendet, da Unterschiede in Bezug auf kulturelle Aspekte, Lebensformen, Gesundheit, etc. einer spezifischen Berücksichtigung bedürften (vgl. Naeyele 2000), die im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden kann. Aus den Stichproben A, C, E und F werden entsprechend jeweils die Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft selektiert. Daneben wird die Hocheinkommensbezieher-Stichprobe G nicht in die Analysen einbezogen, weil die Daten lediglich für zwei Wellen vorliegen. Es werden nur nicht-pflegebedürftige Personen in die Untersuchung miteinbezogen, da davon auszugehen ist, dass sich die Zeitverwendungsstrukturen von Personen, die im Alltag auf die Hilfe anderer angewiesen sind, unterscheiden.

9 Der Begriff „Haushaltsmitglieder“ bezieht sich auf diejenigen Personen im Haushalt, die über 16 Jahre alt sind. Die Fragestellungen des SOEP zum Bereich Pflegebedürftigkeit beziehen sich ausdrücklich nur auf im Haushalt lebende Angehörige. Es ist zu bedenken, dass ein bedeutender Anteil von Hilfeleistungen, der von Familienmitgliedern und auch Freunden für Pflegebedürftige erbracht wird, hier systematisch ausgeblendet wird. Es handelt sich um die Fälle, in denen die hilfebedürftige Person nicht im Haushalt des Pflegenden lebt.

5.1 Die Veränderung der Zeitverwendung

Der Beginn des Beobachtungsfensters, d.h. der Zeitpunkt, ab dem eine Person zur Risikomenge gehört, und damit ein Ereignis erleben kann, ist der Startzeitpunkt der ersten Episode einer Person. Dabei handelt es sich um den ersten gültigen Wert für die jeweilige Zeitverwendungsvariable. Das Ende einer Episode ergibt sich per definitionem aus dem Eintreten des Ereignisses, mit anderen Worten: aus einem Zustandwechsel der abhängigen Variablen. Wenn kein Ereignis eintritt, ist das Ende der Episode gleich dem Ende des Erhebungszeitraums. Im Rahmen unserer Analysen entspricht das dem Jahr, in dem die Person zum letzten Mal eine gültige Angabe zur jeweiligen Zeitverwendungsvariable gemacht hat. Diese letztgenannten Episoden gelten als rechtszensiert.

Erfasst wird im SOEP – mit kleineren Änderungen zwischen den einzelnen Wellen – die Zeitverwendung der Befragten in vollen Stunden an Werktagen und am Wochenende für folgende Kategorien: Hausarbeit und Besorgungen, Kinderbetreuung, Beruf inklusive Nebenerwerb, Ausbildung, Weiterbildung, Schule, Basteln, Gartenarbeit, Fernsehen, Video, Hobbies, Freizeitaktivitäten und Betreuung Pflegebedürftiger (ab dem Jahr 2000). Die vorliegende Untersuchung analysiert zwei dieser Kategorien als abhängige Prozesse:

1. Erwerbsbeteiligung (inklusive Nebenerwerb)
2. Hausarbeit und Besorgungen¹⁰

Der Einfluss eines Pflegeereignisses auf die Veränderung der Zeitverwendung der einzelnen Haushaltsmitglieder – analytisch unterteilt in zwei Teilprozesse – wird anhand von folgenden Übergängen modelliert:

Erstens geht es um den Verlauf der Haushaltsarbeitszeit auf individueller Ebene. Es werden Zeitverwendungsepisoden modelliert, die neben dem Grad ihrer temporalen Ausdehnung auch quantitative Informationen über das Ausmaß der Hausarbeit in Stunden enthalten. Die erste Episode einer Person beginnt zu dem Zeitpunkt, zu dem sie zum ersten Mal einen positiven Wert (≥ 0) für die Kategorie Hausarbeit in den Zeitverwendungsvariablen angegeben hat. Lücken von einem Jahr werden ge-

10 Die Kategorie Hausarbeit und Besorgungen bezieht Reparaturen und Gartenarbeit hier nicht mit ein. Es ist jedoch zu bemerken, dass damit gerade die Haushaltstätigkeiten ausgeschlossen werden, die eher als „männliche“ Haushaltstätigkeiten gelten (vgl. Coltrane 2000, 1211). Diese Beschränkung ist kritisierbar, u.E. aber aus folgenden Gründen sinnvoll: Es ist davon auszugehen, dass der Anteil der handwerklichen Tätigkeiten nur einen kleinen Anteil der regelmäßig zur Versorgung des Haushalts notwendigen Aufgaben ausmacht (vgl. Hartmann 1998). Darüber hinaus wird angenommen, dass sich ein Pflegeereignis steigernd auf die regelmäßig anfallenden Hausarbeiten, wie beispielsweise Waschen oder Einkaufen gehen, auswirkt. Für handwerkliche Aufgaben ist dies dagegen nicht zu erwarten. Reparaturen und Gartenarbeit, Aufgaben, die eher seltener und zudem zeitlich flexibel geleistet (evtl. aufgeschoben oder reduziert) werden können, wenn dringlichere Aufgaben im Bereich Pflege und Haushalt anstehen, könnten stattdessen sogar die evtl. gestiegene Zeit für Hausarbeit kompensieren.

geschlossen, indem der Wert des Vorjahres fortgeschrieben wird. Linkszensierte Episoden bleiben von der Analyse ausgeschlossen.

Die Analyse konzentriert sich auf den Übergang in ein höheres Hausarbeitszeitniveau. Des Weiteren wird das Ausmaß der Veränderungen beschrieben. Darüber hinaus geht es auf individueller Ebene um die Veränderung der Erwerbsbeteiligung. Untersucht werden soll der Übergang in ein niedrigeres Erwerbsarbeitszeitniveau. Auf der Paarebene wird die Neigung untersucht, dass der weibliche Partner seinen Anteil an der Hausarbeit erhöht und seinen Anteil an der Erwerbsbeteiligung senkt, um so mögliche Traditionalisierungstendenzen durch die Pflegeereignisse herauszustellen.

5.2 Der Eintritt der Hilfe- bzw. Pflegebedürftigkeit

Die Informationen zur Hilfe- bzw. Pflegebedürftigkeit werden am Ende des SOEP-Haushaltsfragebogens abgefragt. Es wird erfasst, ob ein (oder zwei; abgefragt bis 1999) Haushaltsmitglied(er) zum aktuellen Zeitpunkt hilfe- bzw. pflegebedürftig ist, um wen es sich dabei handelt, bei welchen Tätigkeiten diejenige(n) Person(en) Hilfe braucht(en) und von wem sie diese Hilfe bekommt(en). Hierbei handelt es sich, abweichend von der objektiven Definition von Pflegebedürftigkeit im Rahmen des SGB XI um eine subjektive Einschätzung der Angehörigen.

Der unabhängige Prozess wird wie folgt modelliert: Es wird eine zeitabhängige Variable „Pflegefall im Haushalt“ konstruiert, die den Wert 1 erhält, wenn mindestens eine Person im Haushalt lebt, die über 60 Jahre alt ist und als hilfe- bzw. pflegebedürftig gilt. Jüngere Hilfe- oder Pflegebedürftige bleiben demnach bis zu ihrem 60. Geburtstag unberücksichtigt und werden erst danach in die Analyse mit einbezogen.

Um den Einfluss eines Pflegeereignisses möglichst genau zu erfassen, wird die unabhängige Variable weiter spezifiziert. Erstens wird die Variable „Zeitpunkt Pflegeereignis“ gebildet, die den Übergang in das erste Jahr mit Pflegefall im Haushalt markiert. Zweitens werden Angehörigenpflege und Partnerpflege unterschieden, da man davon ausgehen muss, dass sich die Mechanismen, die in den beiden Situationen wirken, unterscheiden.

Darüber hinaus werden folgende Kovariablen in die Analysen aufgenommen:

Geschlecht. Das Geschlecht der einzelnen Haushaltsmitglieder wird als zeitkonstante Dummyvariable mit in die Analyse einbezogen. Für Männer und Frauen werden getrennte Analysen gerechnet, die anschließend verglichen werden.

Ressourcenverteilung der Partner. Zur Überprüfung der Hypothesen zur relationalen Betrachtung der Entwicklung der innerfamiliären Arbeitsteilungsmuster werden folgende Kovariablen konstruiert:

Erwerbsrelation. Die Variable „Erwerbsrelation“ gibt zeitabhängig an, welcher Partner in größerem Umfang erwerbstätig ist. Die Variable wird generiert aus den Angaben beider Partner in Bezug auf die Zeitverwendungsvariable „Stunden für Erwerbstätigkeit“. Die Stundenangaben werden ordinal zusammengefasst in die

Kategorien „Vollzeit erwerbstätig“, „Teilzeit erwerbstätig“ und „nicht erwerbstätig“. Die Ausprägungen der Partner werden dann zueinander in Beziehung gesetzt und es ergeben sich für die Variable „Erwerbsrelation“ folgende Kategorien: „Frau < Mann“ (die Frau ist in geringerem Umfang erwerbstätig als ihr männlicher Partner), „Frau = Mann“ (beide Partner sind in gleichem Umfang erwerbstätig) und „Frau > Mann“ (die Frau ist in größerem Umfang erwerbstätig als ihr Mann).

Einkommensrelation. Die Variable „Einkommensrelation“ wird ebenfalls zeitabhängig konstruiert und gibt den Anteil der Frau am Gesamterwerbseinkommen des Paares an. Die Ausprägung „Frau < Mann“ bedeutet, dass die Frau weniger als 40% zum Gesamterwerbseinkommen beisteuert, „Frau = Mann“ meint, dass der Anteil der Frau zwischen 40% und 60% liegt und „Frau > Mann“ heißt, dass ihr Beitrag mindestens 60% des Gesamterwerbseinkommens beträgt.

Bildungsrelation. Das Humankapital der Partner wird zunächst durch eine Variable erfasst, die zeitveränderlich¹¹ den erreichten Schul- und Bildungsabschluss darstellt. Die Variable „Bildungsrelation“ setzt nun das Humankapital beider Partner zueinander in Beziehung. Es ergeben sich folgende Ausprägungen „Frau > Mann“, d.h. die Frau verfügt über ein höheres Bildungsniveau als ihr Partner, „Frau = Mann“, das Humankapital der Partner ist homogen, „Frau < Mann“, das Bildungsniveau der Frau ist im Vergleich zu ihrem Mann niedriger.

Relation der Arbeitsmarkterfahrung. Diese Variable erfasst zeitabhängig, welcher der Partner im bisherigen Lebensverlauf in größerem Umfang erwerbstätig war. Es handelt sich um eine relationale Angabe über die Anzahl der Jahre, in denen die Partner jeweils eine Erwerbstätigkeit ausgeübt haben.

Um fundierte Aussagen über den Einfluss von hilfe- oder pflegebedürftigen Personen im Haushalt auf den abhängigen Prozess, d.h. auf die Zeitverwendung der anderen Haushaltsmitglieder machen zu können, ist es darüber hinaus notwendig, eventuelle Effekte anderer Variablen auszuschließen. Deshalb werden Kontrollvariablen in die Modelle aufgenommen.

Geburt eines Kindes. Die Variable „Zeitpunkt Geburt“ fließt als zeitveränderliche Kontrollvariable in die Untersuchung mit ein. Sie zeigt an, in welchem Jahr ein Kind geboren wird. Hintergrund ist die Annahme, dass die Geburt von Kindern deutliche Konsequenzen für die Zeitverwendung der erwachsenen Familienmitglieder hat.

Anzahl der Personen im Haushalt. Es kann angenommen werden, dass mit steigender Personenzahl der Bedarf an Hausarbeit steigt. Um auszuschließen, dass sich die Erhöhung der Haushaltsarbeitszeit aus der veränderten Personenzahl ergibt, kontrollieren wir zeitveränderlich für eine steigende Anzahl der Haushaltsmitglieder. Dies ist auch gerade vor dem Hintergrund wichtig, dass häufig Angehörige aus Krankheitsgründen in den Haushalt der Kinder aufgenommen werden.

¹¹ Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass sich die Variable ab einem gewissen Alter – mit Abschluss der Ausbildung – über die Zeit nicht mehr verändert.

Alter. Die gewählte Alterskategorie der 30- bis 65-Jährigen ist relativ weit gefasst. Deshalb wird die zeitveränderliche Variable „Alter“ nochmals als Kontrollvariable in die Analysen aufgenommen, um eventuelle Alterseffekte herauszufiltern.

Erwerbsbeteiligung. Die Tatsache, ob eine Person erwerbstätig ist oder nicht, prägt ihre Zeitverwendungsstruktur. Der Einfluss dieses Effekts auf die Analyse der Auswirkung von Pflegeereignissen auf den zeitlichen Umfang der Hausarbeit soll ausgeschlossen werden. Deshalb wird eine zeitveränderliche Kontrollvariable generiert, die anzeigt, ob eine Person einer Erwerbstätigkeit nachgeht oder nicht.

Verfügbares Einkommen des Gesamthaushaltes. Diese zeitveränderliche Kovariable gibt das Netto-Gesamteinkommen des Haushalts an, welches sich aus den Einzeleinkommen aller Haushaltsmitglieder über 16 Jahren ergibt. Erfasst werden Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Besitz, privaten und öffentlichen Transferleistungen (wie bspw. Renten, Sozialhilfe, Kindergeld etc.), abzüglich der Steuern. Da das Haushaltseinkommen auch abhängig von der Anzahl der Haushaltsmitglieder ist, wird es personenbezogen berechnet, d.h. der Gesamtwert wird durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder dividiert.

Änderung der Fragestellung. Die Fragestellung des SOEP zur Zeitverwendung unterlag im Zeitraum von 1985-2004 kleineren Änderungen. Deshalb wird eine Kontrollvariable „Änderung der Fragestellung“ einbezogen.

5.3 Methodisches Vorgehen: Ereignisanalyse

Es soll in der vorliegenden Untersuchung allgemein darum gehen, die Frage zu beantworten, wie wahrscheinlich es ist, dass eine Person zu einem bestimmten Zeitpunkt, ihr Zeitverwendungsmuster ändert bzw. genauer gesagt, ob sich diese Wahrscheinlichkeit nach dem Eintreten eines Pflegeereignisses verändert. Den Analysen liegen Längsschnittdaten zugrunde. Analysiert werden typische Übergänge im Lebensverlauf von Personen.

Als geeignete Analyseverfahren erweist sich die Ereignisanalyse (vgl. bspw. Blossfeld, Hamerle & Mayer 1989, Blossfeld & Rohwer 2002, Dieckmann & Mitter 1990). Geschätzt wird die so genannte „Übergangsrate“, die Neigung einer Person zu einem bestimmten Zeitpunkt von einem Ausgangszustand in einen Zielzustand zu wechseln; wobei nur diejenigen in die Analyse einbezogen werden, bei denen bis zum gegebenen Zeitpunkt noch kein Ereignis eingetreten ist.

Des Weiteren wird der Einfluss von zeitkonstanten und zeitabhängigen Kovariablen auf den Prozessverlauf analysiert. Man schätzt ein Modell, von dem man annimmt, dass diese Kovariablen die beobachtete Verweildauer-Verteilung bestimmen. Zugrunde liegt folgendes Grundverständnis des kausalen Denkens: Ausgehend von mindestens zwei singulären Ereignissen, der zeitlichen Sukzession von Ursache und Wirkung, der Vorstellung, dass das spätere Ereignis ohne das frühere nicht eingetreten wäre und der Vorstellung eines energie- und/oder informationsübertragenden Zusammenhangs (Schulze 2004, 2), wird eine Veränderung einer Variable (Ursache X) eine Veränderung der anderen Variable (Wirkung Y) bedingen. Da Aussagen in der Sozialwissenschaft in den meisten Fällen probabilistischen Charakter haben, gilt:

$$\Delta X_t \rightarrow \Delta \text{Pr}(Y_{t'}) \quad \text{für } t' > t$$

Der vorliegende Beitrag hat das Ziel, die Bedingungen, die die Verweildauer im Ausgangszustand beeinflussen sowie deren spezifische Wirkungsweise zu untersuchen. Die Ereignisanalyse stellt eine besonders geeignete Möglichkeit dar, diesen Zusammenhang zu analysieren.

Von Interesse sind dabei zwei Aspekte: Erstens, welche Faktoren determinieren die Länge der Zeitspanne bis zum Eintreten des Zustandswechsels der abhängigen Variable. Von welchen Bedingungen hängt es ab, wie schnell bzw. ob überhaupt ein Haushaltsmitglied (nach Auftreten Pflegeereignisses) das eigene Zeitverwendungsmuster ändert.

Zweitens ist in den Fällen, in denen eine Veränderung der Zeitverwendungsstruktur stattgefunden hat, d.h. ein Ereignis eingetreten ist, das konkrete Ausmaß dieser Veränderung von Interesse, und die Frage von welchen Faktoren dieses Ausmaß beeinflusst wird.

Zur methodischen Umsetzung greifen wir auf den Ansatz von Petersen (1988) zur Analyse von Veränderungen einer kontinuierlichen abhängigen Variable zurück. Statt eines diskreten Zustandsraumes (die abhängige Variable wäre in diesem Fall qualitativ und zeigte lediglich an, ob ein Ereignis eingetreten ist oder nicht), wird hierbei ein kontinuierlicher Zustandsraum (quantitative Variable) angenommen. Um die Zeitspanne bis zum Eintreten des Ereignisses zu erfassen, wird in einem ersten Schritt ein gewöhnliches Hazardratenmodell geschätzt. Hier geht es um die Abbildung der bedingten Wahrscheinlichkeit für eine Veränderung der abhängigen Variablen, mit anderen Worten: um die Neigung eines Wechsels der abhängigen Variable vom Ausgangszustand in den Zielzustand. Dabei entspricht die Verweildauer in einer Episode der Zufallsvariable T . Das Ausmaß der Veränderung der abhängigen Variable kann in einem zweiten Schritt durch ein Wahrscheinlichkeitsmodell für kontinuierliche abhängige Variablen in Form einer linearen Regression bestimmt werden (ibid.).

Zusammengenommen stellen die beiden Teilschritte ein vollständiges Modell zur Analyse von Prozessen mit kontinuierlichem Zustandsraum dar (ibid., 139). Im Vergleich zum Modell mit diskretem Zustandsraum ist zu sagen, dass es sich hierbei um eine Erweiterung dieses Modells handelt. Der Unterschied besteht darin, dass man nicht – wie dies bei diskreten Modellen der Fall ist – einen (oder mehrere) Zielzustände festlegt und daraufhin die spezifische Rate berechnet. Es geht vielmehr darum, die Rate für den Übergang in jeden möglichen (und nicht lediglich in den zuvor definierten) Zielzustand zu schätzen und zwar indem man die Berechnung der Wahrscheinlichkeit für das Eintreten eines bestimmten Zielzustandes durch die Berechnung der Dichtefunktion dieser Wahrscheinlichkeit (unter der Bedingung, dass ein Ereignis stattgefunden hat) ersetzt (ibid., 139).

Den nachfolgenden Analysen liegt also ein kontinuierlicher Zustandsraum zugrunde. Weiterhin ist zu beachten, dass aufgrund der Struktur des Erhebungsinstrumentes – die Befragung des SOEP wird jährlich durchgeführt – die Zeitachse diskret ist.

Der Fokus der Untersuchung zielt demnach erstens darauf ab, die Hazardrate in Bezug auf den Übergang zu einem niedrigeren Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit bzw. einem höheren Zeitaufwand für Haushaltsarbeit zu schätzen. Es geht um die zeitbezoge-

ne Wahrscheinlichkeit, dass Frauen und Männer die Stundenzahl, die sie täglich für Haushaltsarbeit aufbringen, erhöhen bzw. die Stundenanzahl für Erwerbsbeteiligung senken. Darüber hinaus ist es Ziel, das Ausmaß der Veränderung zu beschreiben.

Analog der Methode der Ereignisanalyse für diskrete Zeitachsen (vgl. Allison 1984, Yamaguchi 1991) wird die Ratenfunktion auf Basis eines logistischen Regressionsmodells spezifiziert.

Um herauszustellen welche Merkmale das Risiko erhöhen, einen Zustandswechsel zu erfahren, werden verschiedene Raten, denen unterschiedliche Bedingungen zu Grunde liegen, geschätzt. Dazu werden zeitkonstante (X) und zeitabhängige ($X(t)$) Kovariablen in das Modell eingeführt.

$$r(t | X, X(t)) = \log(p(t)/1-P(t)) = \alpha + \alpha_1 X + \alpha_2 X(t) \quad (3)$$

Nachdem nun die Hazardrate $r(t)$ geschätzt wurde, werden nachfolgend jeweils die Fälle selektiert, bei denen ein Ereignis stattgefunden hat. Dies dient dem Zweck die Dichte für den neuen Wert Y , unter der Bedingung, dass ein Zustandswechsel stattgefunden hat, zu schätzen. Dies kann mit Hilfe einer linearen Regression geschehen:

$$y_j = \alpha + \alpha_1 X + \alpha_2 X(t) + \delta y_{j-1} + \varepsilon \quad (4)$$

Die Vektoren X und $X(t)$ beziehen sich wiederum auf die Merkmalsausprägungen der Kovariablen. Es wird angenommen, dass der Fehler ε den Erwartungswert 0 hat. α , α_1 , α_2 und δ werden mit der Methode der kleinsten Quadrate geschätzt.

Um die Aussagen auf individueller Ebene über Neigung und Ausmaß zu ergänzen, wird im Anschluss analog der beschriebenen Hazardratenmodelle die Veränderung der Anteile auf Paarebene geschätzt.

6. Ergebnisse der empirischen Analyse

Die Stichprobe umfasst 21.864 Personen zwischen 30 und 65 Jahren, jeweils ca. zur Hälfte Frauen und Männer, die sich über 13.177 Haushalte verteilten. 869 von ihnen leben mindestens 1 Jahr mit einer pflegebedürftigen Person zusammen. Insgesamt liegen der Analyse ca. 150.000 Spells zugrunde. Knapp 4.000 davon mit Pflegefall im Haushalt. In etwa 10% der Fälle handelt es sich dabei um Partnerpflege, bei etwa 90% um Angehörigenpflege. Haushalte, in denen Angehörige gepflegt werden, sind zu 80% Haushalte, in denen ein Paar zusammenlebt.

Tabelle 2 vergleicht die durchschnittlich verwendete Stundenzahl der 30- bis 65-Jährigen in den einzelnen Kategorien Erwerbsarbeit und Hausarbeit bezüglich der Frage, ob ein Pflegefall im Haushalt lebt oder nicht und bezüglich des Geschlechts.¹² Die durchschnittliche Zeitverwendung für Erwerbsarbeit beläuft sich an einem Wochentag auf 5,9 Std., wenn kein Pflegefall im Haushalt lebt, bzw. auf 4,3 Std., mit Pflegefall im Haushalt. Für Haushaltsarbeit wendet eine Person mit Hilfe- oder Pflegebedürftigem im Haushalt durchschnittlich 3,2 Std. auf, während Perso-

12 Diese Durchschnittswerte wurden über die Jahre 1985-2004 hinweg gebildet.

nen ohne hilfe- oder pflegebedürftige Angehörige dagegen nur 2,9 Std. investieren. Es zeigen sich darüber hinaus deutliche geschlechterspezifische Differenzen: Frauen bringen durchschnittlich mehr Zeit für Haushaltsarbeit auf als Männer, die wiederum mehr Stunden mit Erwerbstätigkeit verbringen.

Tabelle 2: Durchschnittliche Zeitverwendung für Erwerbsarbeit und Haushaltsarbeit an einem Wochentag; Frauen und Männer, 30-65 Jahre, nach Geschlecht (in Stunden)

	allgemein			mit Pflegefall im HH		
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer
Erwerbsarbeit	6,1	4,4	7,9	4,3	2,7	5,9
Haushaltsarbeit	2,9	4,3	1,4	3,2	4,5	1,8

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis des SOEP 1985-2004

Dieser deskriptive Überblick liefert erste empirische Hinweise darauf, dass die Anwesenheit einer hilfe- oder pflegebedürftigen Person im Haushalt veränderte Zeitverwendungsstrukturen der übrigen Haushaltsmitglieder bedingt. So ist zu vermuten, dass die Tatsache, dass eine hilfe- oder pflegebedürftige Person im Haushalt lebt, negativ mit der Erwerbsbeteiligung der anderen Haushaltsmitglieder zusammenhängt und positiv mit der Stundenzahl, die sie für Haushaltsarbeit aufwenden müssen.

Dieser vermutete Zusammenhang soll nun differenzierter auf der Grundlage ereignisanalytischer Modelle untersucht werden. Dabei geht es erstens um die Betrachtung der Entwicklung im Zeitverlauf. Was lässt sich darüber hinaus über das Ausmaß der Veränderung sagen? In den folgenden Modellen wird dazu der Einfluss der unabhängigen Variablen „Zeitpunkt des Pflegeereignisses/Angehörigenpflege“ und „Zeitpunkt des Pflegeereignisses/Partnerpflege“ untersucht.

6.1 Die Analyse der Zeitverwendung für Haushaltsarbeit

In Tabelle 3 werden die Schätzergebnisse für Frauen und Männer mittleren Alters für den Übergang von einem gegebenen Ausgangsniveau an Zeitverwendung für Haushaltsarbeit in ein höheres Zielniveau dargestellt. Konkret meint dies eine gestiegene Anzahl der Stunden, die eine Person für Haushaltsarbeit – im Vergleich zur Vorjahresangabe – aufwendet.

In Bezug auf die unabhängige Variable „Zeitpunkt des Pflegeereignisses“ lassen sich in Tabelle 3 signifikante positive Effekte erkennen. Wird ein Angehöriger oder der Partner pflegebedürftig, steigt bei Frauen im Alter von 30 bis 65 Jahren die Neigung, ihre Hausarbeitszeit zu erhöhen.

Auch für Männer mittleren Alters zeigt sich bei Eintreten eines Pflegeereignisses ein signifikant positiver Effekt. Die Neigung, die Stundenzahl für Haushaltsarbeit auszuweiten, ist in dem Jahr in dem ein Angehöriger pflegebedürftig wurde, höher als bei Männern, bei denen kein Haushaltsmitglied pflegebedürftig geworden ist. Handelt es sich um Partnerpflege, ist der Effekt nicht signifikant.

Tabelle 3: Neigung von Frauen und Männern zwischen 30 und 65 Jahren, die Stundenzahl für Haushaltsarbeit zu erhöhen

	Frauen	Männer
<i>Konstante</i>	-0.10***	-1.91***
Angehörigenpflege ¹	0.26***	0.29***
Partnerpflege ¹	0.82***	0.46
kein Pflegeereignis (Ref.)	–	–
<i>Kontrollvariablen</i>		
Alter	-0.00***	0.00***
Zeitpunkt Geburt	0.49***	-0.01
Erwerbstätigkeit	-0.48***	-0.60***
Ausgangsniveau	-0.11***	-0.14***
Zahl der Personen im HH gestiegen	0.03	-0.02
Änderung der Fragestellung	-0.79***	-0.91***
Anzahl der Ereignisse	18458	11917
Likelihood Ratio Teststatistik	1078.06	1635.60

1 Zeitpunkt Pflegeereignis

Signifikanz: * $\alpha \leq 0.1$, ** $\alpha \leq 0.05$, *** $\alpha \leq 0.01$.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des SOEP 1985-2004. Kontrolliert nach fehlenden Werten

Die Kontrollvariablen bestätigen die zu erwartenden Effekte. Personen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, haben eine geringere Neigung, ihre Hausarbeitszeit aufzustoßen. Je höher das Ausgangsniveau, desto geringer ist die Tendenz, die Stundenzahl weiter zu steigern. Die Tatsache, dass ein Kind geboren wird hängt bei Frauen mit einer erhöhten Neigung, die Haushaltsarbeitszeit auszuweiten, zusammen. Bei Männern dagegen hat die Geburt eines Kindes keinen signifikanten Einfluss. Die Veränderung der Zahl der Haushaltsmitglieder ist ebenfalls nicht signifikant. Die Variable „Änderung der Fragestellung“ zeigt in allen Modellen signifikante Effekte. Das heißt, die Änderung der Fragestellung beeinflusst das Antwortverhalten. Da die Fragestellung jedoch innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes von 20 Jahren im Bereich der Haushaltsarbeit und im Bereich der Erwerbsarbeit nur in zwei Jahren geändert wurde, und allgemein sehr viele Zustandswechsel beobachtet werden, werden keine relevanten Verzerrungen der Ergebnisse angenommen.

Welche Aussagen lassen sich nun aber bezüglich des Ausmaßes der Erhöhung machen? Hierzu wird ein lineares Regressionsmodell berechnet. Die Stichprobe, die Tabelle 4 zugrunde liegt, umfasst nur die Spells bei denen ein Ereignis eingetreten ist, d.h. diejenigen, die ihre Stundenzahl für Hausarbeit gesteigert haben. Es wird deutlich, dass Personen, die ihre Zeit für Haushaltstätigkeiten erhöhen, dies in einem umfassenderem Maße tun, wenn ein Angehöriger pflegebedürftig wird, als wenn der Auslöser der Erhöhung ein anderer ist. Die zur Kontrolle eingeführten Variablen zeigen darüber hinaus, dass Erwerbstätige ihre Hausarbeitszeit in geringerem Umfang steigern als Nichterwerbstätige, und dass man umso stärker erhöht, je jünger man ist (jeweils unter der Bedingung, dass die Stundenzahl überhaupt erhöht wird) sowie wenn der Grund für die Erhöhung die gestiegene Anzahl der Haushaltsmit-

glieder ist. Der Zeitpunkt der Geburt eines Kindes zeigt einen negativen Effekt. Was die Kontrollvariablen außerdem zeigen, ist, dass der Umfang der in Haushaltsarbeit investierten Stunden stärker steigt, je höher das Ausgangsniveau war, d.h. je mehr Stunden die Personen schon vor der Erhöhung für Haushaltsarbeit aufgebracht haben.

Tabelle 3 hat gezeigt, dass sowohl Frauen als auch Männer die Zeit für Hausarbeit nach einem Pflegeereignis ausweiten. Um zu testen, ob es in Bezug auf das Ausmaß der Erhöhung geschlechterspezifische Unterschiede gibt, berechnen wir eine zweite lineare Regression. Hinsichtlich derjenigen, die ihre Stundenzahl für Haushaltsarbeit gesteigert haben und im ersten Jahr einen Angehörigen pflegen, kann festgestellt werden, dass Frauen, zeitlich betrachtet, ihren Einsatz im Haushalt in größerem Umfang erhöhen, als Männer (Modell 2).

Tabelle 4: Ausmaß des Anstiegs der aufgewandten Stunden für Haushaltsarbeit (lineare Regression)

	Modell 1 ¹	Modell 2 ²
Konstante	3.60***	3.92***
Angehörigenpflege ³	0.25**	
Partnerpflege ³	0.48	
Kein Pflegeereignis (Ref.)	--	
Mann		-1.06**
Frau		--
<i>Kontrollvariablen</i>		
Alter	-0.01***	0.01
Erwerbstätig	-1.16***	-0.63**
Zeitpunkt Geburt	-0.12***	0.95
Zahl der Personen im HH gestiegen	0.10***	-0.72*
Ausgangsniveau	0.82***	0.83***
Änderung der Fragestellung	0.21***	-0.13

1 zugrunde liegende Stichprobe: Personen, die ihre Stundenzahl für Haushaltsarbeit erhöht haben

2 zugrunde liegende Stichprobe: Personen, die ihre Stundenzahl für Haushaltsarbeit erhöht haben, sich im ersten Jahr nach Eintritt eines Pflegeereignisses befinden und einen Angehörigen pflegen

3 Zeitpunkt Pflegeereignis

Signifikanz: * $\alpha \leq 0.1$, ** $\alpha \leq 0.05$, *** $\alpha \leq 0.01$

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des SOEP 1985-2004. Kontrolliert nach fehlenden Werten.

Als Zwischenfazit können wir festhalten, dass in Folge eines Pflegeereignisses sowohl die weiblichen als auch die männlichen Haushaltsmitglieder mittleren Alters tendenziell eine verstärkte Neigung zeigen, ihre Haushaltsarbeitszeit auszuweiten. Von denjenigen, die ihre Haushaltsarbeitszeit steigern, erhöhen Frauen jedoch umfassender als Männer. Kann man demzufolge annehmen, dass auch Pflegeereignisse eine geschlechterspezifische Arbeitsteilung innerhalb eines Paares fördern? Anhand von Paardaten untersuchen wir im Folgenden, wie sich die Anteile an der Hausarbeit verändern und arbeiten heraus, ob Pflegeereignisse – ähnlich wie die Geburt ei-

nes Kindes – Traditionalisierungsprozesse bei den Paaren verstärken. Den Analysen auf der Paarebene liegen Paare zugrunde, die beide selbst nicht pflegebedürftig sind und zusammen in einem Haushalt leben.

Tabelle 5: Neigung von Frauen zwischen 30 und 65 Jahren, ihren Anteil an der Haushaltsarbeit zu erhöhen

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5
<i>Konstante</i>	-0.31***	-0.22***	-0.57***	-0.21***	-0.29***
Angehörigenpflege ¹ kein Pflegeereignis (Ref.)	0.28*	0.29*	0.33**	0.29*	0.28*
	--	--	--	--	--
<i>Bildungsrelation</i>					
Frau > Mann		-0.10***			
Frau = Mann		0.00			
Frau < Mann (Ref.)		--			
<i>Erwerbsrelation</i>					
Frau > Mann			-0.32***		
Frau = Mann			-0.23***		
Frau < Mann (Ref.)			--		
<i>Einkommensrelation</i>					
Frau > Mann				-0.14***	
Frau = Mann				-0.18***	
Frau < Mann (Ref.)				--	
<i>Arbeitsmarkterfahrung</i>					
Frau > Mann					-0.06**
Frau = Mann					0.05
Frau < Mann (Ref.)					--
<i>Kontrollvariablen</i>					
Alter	-0.00***	-0.00	0.00*	-0.00**	-0.00***
Zeitpunkt Geburt	0.18***	0.19***	0.22***	0.19***	0.19**
Erwerbstätigkeit	-0.30***	-0.30***	--	-0.28***	-0.30***
Aktuelles Beteiligungsniveau	-0.02***	-0.02***	-0.02***	-0.02***	-0.02***
Zahl der Personen im HH gestiegen	0.03	0.02	0.01	0.02*	0.02
Änderung der Fragestellung	-0.63***	0.63***	-0.63***	-0.64***	-0.63***
<i>Anzahl der Ereignisse</i>					12690
<i>Likelihood Ratio Teststatistik</i>	1161.94	1209.65	1097.48	1220.20	1169.23

1 Zeitpunkt Pflegeereignis

Signifikanz: * $\alpha \leq 0.1$, ** $\alpha \leq 0.05$, *** $\alpha \leq 0.01$.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des SOEP 1985-2004. Kontrolliert nach fehlenden Werten.

Die Tendenz einer steigenden Umverteilung der Hausarbeit zulasten der Frau ist in Tabelle 5 deutlich erkennbar. Auch bei Kontrolle der Ressourcenverhältnisse wie Erwerbs-, Einkommens- und Bildungsrelation, zeigt sich ein positiver signifikanter Effekt. Ökonomische Faktoren scheinen bei der Arbeitsteilung eine Rolle zu spielen (signifikante Effekte in den Modellen 2 bis 5), aber sie sind nicht in der Lage den Prozess vollständig zu erklären. So haben Frauen mit dem gleichen oder einem höheren Erwerbs- oder Einkommensniveau als ihr Partner sowie Frauen mit einem höheren Bildungsniveau bzw. mehr Arbeitsmarkterfahrung, eine geringere Neigung, ihren Anteil an

der Hausarbeit zu erhöhen. Die Übernahme der Versorgung eines pflegebedürftigen Angehörigen zeigt jedoch darüber hinaus einen signifikanten Effekt. Man kann demnach nicht von einer strikt ressourcenbezogen Veränderung der Arbeitsteilungsmuster ausgehen. Vielmehr spielen offenbar auch normative Komponenten, die im Zusammenhang mit der Versorgung von älteren Familienmitgliedern stehen, eine Rolle.

Die Kontrollvariablen bestätigen auch hier die erwarteten Effekte. Aus Gründen des begrenzten Umfangs muss darauf verzichtet werden, sie im Rahmen der Interpretation jeweils einzeln aufzugreifen. An dieser Stelle soll lediglich kurz Folgendes angemerkt werden: Die Effekte bezüglich der Variable „Zeitpunkt Geburt“ gehen in die gleiche Richtung wie vorliegende Ergebnisse anderer Studien, die verstärkte Tradionalisierungsprozesse im Zusammenhang mit der Elternschaft herausgestellt haben (vgl. Grunow, Schulz & Blossfeld 2007).

6.2 Die Analyse der Zeitverwendung für Erwerbsarbeit

In Bezug auf den Bereich Erwerbsbeteiligung ist zuerst Folgendes zu betonen: Es zeigt sich, dass ein großer Teil der Frauen und Männer mittleren Alters (62%; 46%) bereits im Jahr vor Eintreten des Pflegefalls nicht erwerbstätig waren, d.h., null Stunden ihres Zeitbudgets in den Bereich Erwerbsarbeit investierten. Personen, die vor Eintreten des Pflegeereignisses nicht erwerbstätig sind, müssen/können aus logischen Gründen ihre Erwerbsbeteiligung auch nicht reduzieren, um Zeit für Pflege zu finden.

Handelt es sich um die Pflege eines Angehörigen, zeigen Frauen mittleren Alters im ersten Jahr nach Eintreten eines Pflegeereignisses eine erhöhte Neigung den Umfang ihrer Erwerbstätigkeit zu senken (Tabelle 6). In Bezug auf die Partnerpflege ist dies nicht der Fall. Da hilfe- oder pflegebedürftige Partner häufig nicht mehr im selben Umfang zum Familieneinkommen beitragen können wie zuvor, ist zu vermuten, dass Frauen mittleren Alters, deren Partner hilfe- oder pflegebedürftig wird, aus Gründen der ökonomischen Notwendigkeit ihre Erwerbsbeteiligung nicht einschränken können, bzw. sogar erhöhen müssen.

Es ergibt sich zusammengefasst folgendes Bild: Ein Großteil der Frauen ist nicht erwerbstätig, wenn ein Pflegeereignis eintritt. Bei denjenigen, die erwerbstätig sind, tritt die familiäre Pflegeverpflichtung mit der Erwerbstätigkeit in Konkurrenz. Frauen, die nicht ihren eigenen Partner pflegen, entscheiden sich für die Familie und reduzieren ihre Erwerbsbeteiligung.

Die Neigung der Männer zwischen 30 und 65 Jahren, ihre Erwerbsbeteiligung in Zusammenhang mit der Pflege von Familienmitgliedern zu reduzieren, ist nicht höher als bei Männern, die kein Pflegeereignis erleben (siehe Tabelle 6). Die zur Kontrolle eingeführten Variablen zeigen, dass die Neigung, die Erwerbsbeteiligung zu senken, mit dem Alter zunimmt und mit der Höhe des Einkommens abnimmt. Haben Frauen eine verstärkte Neigung das Ausmaß ihrer Erwerbsbeteiligung zu reduzieren, Männer dagegen nicht, könnte das ein Hinweis darauf sein, dass sich auf Paarebene eine erhöhte Tendenz zeigt, dass ihr Anteil an der Erwerbsbeteiligung nach einem Pflegeereignis sinkt.

Tabelle 6: Neigung von Frauen und Männern zwischen 30 und 65 Jahren, die Stundenzahl für Erwerbsarbeit zu reduzieren

	Frauen	Männer
<i>Konstante</i>	-3.44***	-4.57***
Angehörigenpflege ¹	0.37*	0.22
Partnerpflege ¹	0.31	-0.19
kein Pflegefall im HH (Ref.)	--	--
<i>Kontrollvariablen</i>		
Alter	0.01***	0.02***
Zeitpunkt Geburt	0.75***	0.08
Einkommen	-0.01***	-0.01***
Ausgangsniveau	0.10***	0.17***
Änderung der Fragestellung	-0.84***	-0.55***
<i>Anzahl der Ereignisse</i>	9545	13138
<i>Likelihood Ratio Teststatistik</i>	1642.73	1246.86

1 Zeitpunkt Pflegeereignis

Signifikanz: * $\alpha \leq 0.1$, ** $\alpha \leq 0.05$, *** $\alpha \leq 0.01$.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des SOEP 1985-2004. Kontrolliert nach fehlenden Werten.

Tabelle 7: Neigung von Männern zwischen 30 und 65 Jahren, ihren Anteil an der Erwerbsarbeit zu reduzieren

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
<i>Konstante</i>	-3.01***	-2.99***	-3.17***	-3.02***
Angehörigenpflege ¹	0.32*	0.31*	0.32*	0.32*
kein Pflegeereignis (Ref.)	--	--	--	--
<i>Bildungsrelation</i>				
Frau > Mann		-0.04		
Frau = Mann		0.06**		
Frau < Mann (Ref.)		--		
<i>Einkommensrelation</i>				
Frau > Mann			-0.54***	
Frau = Mann			-0.23***	
Frau < Mann (Ref.)			--	
<i>Arbeitsmarkterfahrung</i>				
Frau > Mann				-0.03
Frau = Mann				0.13***
Frau < Mann (Ref.)				--
<i>Kontrollvariablen</i>				
Alter	-0.03***	-0.03***	-0.03***	-0.03***
Zeitpunkt Geburt	0.16***	0.16***	0.18***	0.16***
Aktuelles Beteiligungsniveau	0.02***	0.02***	0.02***	0.02***
Änderung der Fragestellung	-0.25***	-0.25***	-0.27***	-0.25***
<i>Anzahl der Ereignisse</i>				9406
<i>Likelihood Ratio Teststatistik</i>	1645.22	1684.02	1832.63	1653.44

1 Zeitpunkt Pflegeereignis

Signifikanz: * $\alpha \leq 0.1$, ** $\alpha \leq 0.05$, *** $\alpha \leq 0.01$.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des SOEP 1985-2004. Kontrolliert nach fehlenden Werten

Tabelle 7 zeigt, dass dies tatsächlich der Fall ist. Auch bei Kontrolle der Ressourcenkonstellationen innerhalb eines Paares zeigt sich ein signifikant positiver Effekt. Auch hier, ähnlich wie im Bereich der Haushaltsarbeit, können die ressourcenbasierten Variablen die Veränderungen der Arbeitsteilungsmuster im Zusammenhang mit einem Pflegeereignis nicht vollständig erklären.

Im Zusammenhang mit dem Eintreten eines Pflegeereignisses kommt es demnach zu einer Traditionalisierung der Erwerbsmuster im Paar. Der Anteil der Frau an der Gesamterwerbsarbeitszeit sinkt, allerdings ergibt sich dies eher daraus, dass die Partnerinnen ihre Erwerbsarbeitszeit reduzieren. Frauen stehen zwischen zwei konfligierenden Rollen und entscheiden sich für die Familien- und gegen die Berufsidentität.

7. Schlussfolgerung

Die Alterung stellt die Gesellschaft heute und zukünftig vor enorme Herausforderungen. Die Gruppe der alten bzw. der hochaltrigen Menschen wächst, und zwar sowohl absolut als auch anteilig an der Gesamtbevölkerung. Damit ist eine weiter steigende Zahl älterer Pflegebedürftiger zu erwarten, die auf Unterstützung angewiesen sind und zum Teil rund um die Uhr betreut und versorgt werden müssen.

Der Großteil der Hilfe- und Pflegebedürftigen wird heute zu Hause betreut. Die Familie erbringt damit eine Leistung, die den Wunsch der älteren Menschen, auch bei schwindender eigener Selbständigkeit in der gewohnten häuslichen Umgebung leben zu können, erfüllt. Hilfe- bzw. Pflegeleistungen werden in großem Umfang, unabhängig von Art und Schweregrad der Hilfe- bzw. Pflegebedürftigkeit oft über einen langen Zeitraum erbracht.

Die Versorgung eines Hilfe- oder Pflegebedürftigen im Haushalt ist keine „Tätigkeit, die man nebenbei erledigen könnte“, sondern es handelt sich um eine Aufgabe, die den Alltag der Haushaltsmitglieder einschneidend verändert und mit deutlichen Auswirkungen auf die individuelle Zeitverwendung einhergeht. Dies konnte die vorliegende Arbeit in Bezug auf die Bereiche Hausarbeit und Erwerbsbeteiligung empirisch zeigen. Die empirischen Kernergebnisse lassen sich wie folgt auf den Punkt bringen:

Die Versorgung eines hilfe- oder pflegebedürftigen Angehörigen erfordert nicht nur reine Pflegeleistungen, sondern darüber hinaus zunehmende Leistungen im Bereich der Haushaltsarbeit. Die Familie erfüllt diese Bedarfe, muss dafür aber die Erwerbsbeteiligung einschränken. In Bezug auf die Hausarbeit zeigt sich, dass sowohl Frauen als auch Männer ihre Stundenzahl, die sie in diesem Bereich aufbringen, erhöhen, Frauen jedoch in stärkerem Ausmaß. Hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung sind es vor allem die Frauen, die diese tendenziell reduzieren, wenn ein Pflegebedarf in zeitliche Konkurrenz zur Erwerbsarbeit tritt. Pflegen sie ihren eigenen Partner, zeigen Frauen keine erhöhte Neigung ihre Erwerbsbeteiligung zu senken.

Auf der Paarebene konnte bestätigt werden, dass ein Pflegeereignis mit einem Traditionalisierungsschub in Bezug auf die innerfamiliäre Arbeitsteilung verbunden ist. Die Frau übernimmt einen größeren Anteil der Hausarbeit, der Mann einen größeren Anteil der Erwerbsarbeit. Die ökonomischen Theorien können mit Hilfe res-

sourcenbasierter Variablen die Dynamik der Arbeitsteilung von Paaren im Zusammenhang mit der Pflege älterer Angehöriger nicht vollständig erklären. Eine zusätzliche Traditionalisierungstendenz ergibt sich offenbar aus dem Einfluss normativ geprägter Rollenvorstellungen und Identitäten. Bei erwerbstätigen Frauen, die im Bereich der Familie mit neuen Verantwortungen konfrontiert werden, geraten Berufs- und Familienidentität in Konflikt. Entschieden wird aber regelmäßig zugunsten der Familienidentität.

In diesem Zusammenhang gewinnt auch die Diskussion um Opportunitätskosten und Benachteiligung der Pflegenden an Relevanz. Generell zeigt sich immer noch eine deutliche Abhängigkeit der weiblichen Erwerbstätigkeit von der familiären Situation. Kommt es nämlich zur Einschränkung oder Aufgabe der Erwerbstätigkeit, führt dies zu Opportunitätskosten im Sinne von entgangenem Lohn, beruflichen Nachteilen in Bezug auf Weiterbildung und Karriere und bei eventuellem Wiedereinstieg. In Staaten, in denen einkommensabhängige Renten gezahlt werden, wie das in Deutschland der Fall ist, führt eine Einschränkung der Erwerbsbeteiligung darüber hinaus zu reduzierten Rentenerträgen (vgl. Ginn & Arber 1998, 170; vgl. auch Allmendinger, Brückner & Brückner 1993). Dieser Aspekt wurde in der Öffentlichkeit bisher fast ausschließlich in Bezug auf die Kindererziehung diskutiert. Wichtig ist aber, gerade unter der Prämisse des gegenwärtigen Anstiegs des Hilfe- bzw. Pflegebedarfs von Älteren, die Öffentlichkeit auch für diesen Bereich zu sensibilisieren und sozialpolitische Lösungsansätze anzudeuten.

Methodisch hat sich gezeigt, dass eine Kombination von Ereignis- und Regressionsanalyse in der Lage ist, einen Prozess mit kontinuierlichem Zustandsraum zu untersuchen. Sie ermöglicht es, nicht nur etwas über die Neigung eines Zustandswechsels auszusagen, sondern auch das Ausmaß des Zustandswechsels zu analysieren. Kontinuierliche Daten, wie die hier verwendeten Zeitverwendungsdaten (gemessen in Stunden), beinhalten eine zusätzliche Information, die nicht verloren gehen sollte. Auch auf der Grundlage von Individualdaten ist es so möglich, eine Aussage zu gruppenspezifischen – hier zu geschlechterspezifischen – Unterschieden in Bezug auf das Ausmaß zu machen. Um aber adäquate Aussagen über Arbeitsteilungsmuster innerhalb von Familien machen zu können, bedarf es selbstverständlich der relationalen Analyse auf der Basis von Paardaten.

Literatur

- Allmendinger, Jutta, Brückner, Hannah & Brückner, Erika (1993): Gender disparities over the life course and their effects in old age – Results from the West German Life History Study. In: A. B. Atkinson & Martin Rein (Eds): *Age, work and social security*. New York, St. Martin's Press.
- Allison, Paul D. (1984). *Event history analysis: Regression for longitudinal event data*. Beverly Hills, London, New Delhi: Sage.
- Beblo, Miriam (2001). *Bargaining over time allocation. Economic modeling and econometric investigation of time use within families*. Heidelberg, New York: Physica-Verlag.
- Becker, Gary S. (1981). *A treatise on the family*. Cambridge: Harvard University Press.

- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1980). *Das halbierte Leben. Männerwelt Beruf, Frauenwelt Familie*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Bielby, William T. & Bielby, Denise D. (1989). Family ties: Balancing commitments to work and family in dual-earner households. *American Sociological Review* 54, pp. 776-789.
- Blossfeld, Hans-Peter & Drobnič, Sonja (2001). *Careers of couples in contemporary societies*. Oxford: Oxford Press.
- Blossfeld, Hans-Peter, Hamerle, Alfred & Mayer, Karl-Ulrich (1986). *Ereignisanalyse. Statistische Theorie und Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*. Frankfurt. New York: Campus Verlag.
- Blossfeld, Hans-Peter & Rohwer, Götz (2002). *Techniques of event history modeling. New approaches to causal analysis*. Mahwah, N.J, London: LEA (2nd edition) .
- Breen, Richard & Cooke, Lynn Prince (2005). The persistence of the gendered division of domestic labour. *European Sociological Review*, 21, 1, pp. 43-57.
- Brines, Julie (1994). Economic dependency, gender, and the division of labor at home. *American Journal of Sociology*, 100, 3, pp. 652-88.
- Coltrane, Scott (1989). Household labor and the routine production of gender. *Social Problems*, 36, 5, pp. 473-490
- Coltrane, Scott (2000). Research on household labor: Modeling and measuring the social embeddedness of routine family work. *Journal of Marriage and the Family*, 62, pp. 1208-1233.
- Dallinger, Ursula (1996). Pflege und Beruf – ein neuer Vereinbarungskonflikt in der späten Familienphase. Ein Literatur- und Forschungsüberblick. *Zeitschrift für Familienforschung*, 8, 2, S. 6-42.
- Dieckmann, Andreas & Mitter, Peter (1990). Stand und Probleme der Ereignisanalyse. In: Karl Ulrich Mayer (Hrsg.), *Lebensverläufe und sozialer Wandel. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Ehling, Manfred (1996). Pflegebedürftige in privaten Haushalten. In: Karen Blanke, Manfred Ehling & Norbert Schwarz (Hrsg.), *Zeit im Blickfeld. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung*. Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend).
- Fenstermaker, Sarah (2002). Work and gender. In: Sarah Fenstermaker & Candace West (Eds), *Doing gender, doing difference. Inequality, power, and institutional change*. New York, London: Routledge.
- Frick, Joachim R. (2005). A general introduction to the German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Design, contents and data structure [waves A-U, 1984-2004]. DIW Berlin. http://www.diw.de/deutsch/sop/service/doku/docs/soep_overview.pdf, <18.02.2006>.
- Gerstel, Naomi & Gallagher, Sally (1994). Caring for kith and kin: Gender, employment, and the privatization of care. *Social Problems*, 41, 4, pp. 519-538.
- Ginn, Jay & Arber, Sara (1998). How does part-time work lead to low pension income? In: Jacqueline O'Reilly & Colette Fagan (Eds), *Part-time prospects. An international comparison of part-time work in Europe, North America and the Pacific Rim*. New York, London: Routledge.
- Goffman, Erving (1977). The arrangement between the sexes. In: *Theory and Society* 4, pp. 301-331.
- Grunow, Daniela, Schulz, Florian & Blossfeld, Hans-Peter (2007). Was erklärt Traditionalisierungsprozesse häuslicher Arbeitsteilung im Eheverlauf: soziale Normen oder ökonomische Ressourcen? *Zeitschrift für Soziologie* 36, 3, S. 162-181.
- Gustafsson, Siv (1991). Neoklassische ökonomische Theorien und die Lage der Frau: Ansätze und Ergebnisse zu Arbeitsmarkt, Haushalt und der Geburt von Kindern. In: Karl Ulrich Mayer, Jutta Allmendinger & Johannes Huinink (Hrsg.), *Vom Regen in die Traufe: Frauen zwischen Beruf und Familie*. Frankfurt am Main, New York: Campus.

- Hartmann, Petra (1998). Arbeitsteilung im Haushalt. In: Michael Braun & Peter Ph. Mohler (Hrsg.), *Blickpunkt Gesellschaft 4. Soziale Ungleichheit in Deutschland*. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Henz, Ursula (2004). The effects of informal care on paid-work participation in Great Britain: A lifecourse perspective. *Aging & Society* 24, pp. 851-880.
- Hochschild, Arlie & Machung, Anne (1993). Der 48-Stunden-Tag. Wege aus dem Dilemma berufstätiger Eltern. München: Knaur.
- Infratest Sozialforschung (2003). Hilfe- und Pflegebedürftige in Privathaushalten in Deutschland 2002. Schnellbericht, <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung3/Pdf-Anlagen/hilfe-und-pflegebeduerftige-in-privathaushalten.property=pdf,bereich=rwb=true.pdf,<05.01.2006>>.
- Kalleberg, Arne L. & Rosenfeld, Rachel A. (1990). Work in the family and in the labor market: A cross-national, reciprocal analysis. *Journal of Marriage and the Family* 52, pp. 331-346.
- Kirner, Ellen & Schulz, Erika (1992). Das „Drei-Phasen-Modell“ der Erwerbsbeteiligung von Frauen – Begründung, Norm und empirische Relevanz. In: Deutsches Institut für Weltwirtschaftsforschung (Hrsg.), *Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch*. Sonderheft 148, S. 17-53.
- Krüger, Helga & Born, Claudia (2000). Vom patriarchalen Diktat zur Aushandlung – Facetten des Wandels der Geschlechterrollen im familialen Generationenverbund. In: Martin Kohli & Marc Szydlik (Hrsg.), *Generationen in Familie und Gesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich.
- Lauterbach, Wolfgang (1994). *Berufsverläufe von Frauen: Erwerbstätigkeit, Unterbrechung und Wiedereintritt*. Frankfurt, New York: Campus.
- Naegele, Gerhard (2000). Älter werden in der Fremde. In: Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.), *Ältere Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland. Dokumentation der Fachtagung „Ausländische und deutsche Seniorinnen und Senioren gemeinsam: Modelle und Perspektiven gesellschaftlicher Partizipation und Integration*. Stuttgart: Kohlhammer (Schriftenreihe Band 175.2).
- Ott, Notburga (1989). Familienbildung und familiale Entscheidungsfindung aus verhandlungstheoretischer Sicht. In: Gert Wagner, Notburga Ott & Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny (Hrsg.), *Familienbildung und Erwerbstätigkeit im demographischen Wandel*. Berlin, Heidelberg: Springer Verlag.
- Ott, Notburga (1991). Die Wirkung politischer Maßnahmen auf die Familienbildung aus ökonomischer und verhandlungstheoretischer Sicht. In: Mayer, Karl Ulrich Mayer, Jutta Allmendinger & Johannes Huinink (Hrsg.), *Vom Regen in die Traufe: Frauen zwischen Beruf und Familie*. Frankfurt am Main, New York: Campus
- Petersen, Trond (1988). Analyzing change over time in a continuous dependent variable: Specification and estimation of continuous state space hazard rate models. *Sociological Methodology*, 18, pp. 137-164.
- Sarkisian, Natalia & Naomi Gerstel (2004). Explaining the gender gap in help to parents: The importance of employment. *Journal of Marriage and Family*, 66, 2, pp. 431-451.
- Schneekloth, Ulrich (2005). Entwicklungstrends beim Hilfe- und Pflegebedarf in Privathaushalten – Ergebnisse der Infratest-Repräsentativerhebung. In: Ulrich Schneekloth & Hans Werner Wahl (Hrsg.), *Möglichkeiten und Grenzen selbständiger Lebensführung in privaten Haushalten (MuG III). Repräsentativbefunde und Vertiefungsstudien zu häuslichen Pflegearrangements, Demenz und professionellen Versorgungsangeboten*. Integrierter Abschlussbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BFSFJ). München. <http://www.bmfsfj.de/Publikationen/mug/01-Redaktion/PDF-Anlagen/gesamtdokument.property=pdf,bereich=mug,rwb=true.pdf,<20.05.2006>>.

- Schneekloth, Ulrich & Wahl, Hans Werner (2005). Hintergrund und Positionierung des Projektes MuG III. In: Ulrich Schneekloth & Hans Werner Wahl (Hrsg.), *Möglichkeiten und Grenzen selbständiger Lebensführung in privaten Haushalten (MuG III). Repräsentativbefunde und Vertiefungsstudien zu häuslichen Pflegearrangements, Demenz und professionellen Versorgungsangeboten. Integrierter Abschlussbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BFSFJ)*. München <http://www.bmfsfj.de/Publikationen/mug/01-Redaktion/PDF-Anlagen/gesamtdokument.property=pdf,bereich=mug,rwb=true.pdf,<20.05.2006>>.
- Schneider, Thorsten; Drobnič, Sonja & Blossfeld, Hans-Peter (2001). Pflegebedürftige Personen im Haushalt und das Erwerbsverhalten verheirateter Frauen. *Zeitschrift für Soziologie*, 30, 5, S. 362-383.
- Schulz, Florian & Blossfeld, Hans-Peter (2006). Wie verändert sich die häusliche Arbeitsteilung im Eheverlauf? Eine Längsschnittstudie der ersten 14 Ehejahre in Westdeutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 58, 1, S. 23-49.
- Schulze, Gerhard (2004). *Kausalität, Intentionalität, Zeit*. Unveröffentlichtes Paper. Hauptseminar „Wissenschaftstheorie für Sozialwissenschaftler“. Universität Bamberg.
- Sørensen, Annemette (1990). Unterschiede im Lebenslauf von Frauen und Männern. In: Karl Ulrich Meyer (Hrsg.), *Lebensverläufe und sozialer Wandel*. KZfSS Sonderheft. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- South, Scott J. & Spitzer, Glenna (1994). Housework in marital and nonmarital households. *American Sociological Review*, 59, pp. 327-347.
- Sozialgesetzbuch (SGB) – Elftes Buch (XI) – Soziale Pflegeversicherung. http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/sgb_11/gesamt.pdf,<14.02.06>
- Spieß, C. Katharina & Schneider, Ulrike (2003). Interactions between care-giving and paid work hours among European midlife women, 1994-1996. *Aging & Society*, 23, pp. 41-68.
- Spitzer, Glenna & Logan, John (1991). Employment and filial relations: Is there a conflict? *Sociological Forum*, 6, 4, S. 681-697.
- Statistisches Bundesamt (2006). Bevölkerung Deutschlands bis zum Jahr 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2007). *Pflegestatistik 2005 – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Deutschlandergebnisse*. Bonn. <http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1019863v,<25.09.2007>>.
- Stiehr, Karin (2004). Lebenslagen älterer Menschen. In: Bernhard Frevel (Hrsg.), *Herausforderung demographischer Wandel*. Wiesbaden: VS Verlag.
- West, Candance & Zimmerman, Don H. (1987). Doing gender. *Gender & Society*, 1, 2, pp. 125-51.
- Wetterer, Angelika (1995). Das Geschlecht (bei) der Arbeit. Zur Logik der Vergeschlechtlichung von Berufsarbeit. In: Ursula Pasero & Friederike Braun (Hrsg.), *Konstruktion von Geschlecht*. Pfaffenweiler: Centaurus.
- Wolf, Douglas A. & Soldo, Beth J. (1994). Married women's allocation of time to employment and parental care. *The Journal of Human Resources*, 29, 4, pp. 1259-1276.
- Yamaguchi, Kazuo (1991). *Event history analysis*. Newsbury Park, London, New Delhi: Sage.

Eingereicht am/ Submitted on 01.10.2007

Angenommen am/Accepted on: 13.10.2008

Anschrift der Autoren/Address of the authors:

Annika Jabsen, Dipl.-Soz. (Korrespondenzautorin/Corresponding author)

Staatsinstitut für Familienforschung
an der Universität Bamberg
Heinrichsdamm 4
D-96047 Bamberg

E-Mail: annika.jabsen@ifb.uni-bamberg.de

Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld
Lehrstuhl für Soziologie I
Otto-Friedrich-Universität Bamberg
Postfach 1549
D-96045 Bamberg

C. Katharina Spieß

Die Bündelung familienbezogener Leistungen bei einem Parafiskus

Eine Zusammenfassung bisheriger Überlegungen und eine Einordnung in die aktuelle Debatte¹

Grouping family-related support measures in a parafiscus – A summary of previous ideas and a contribution to the current debate

Zusammenfassung

Familienbezogene Leistungen umfassen in Deutschland eine Vielzahl von Sach- und Geldleistungen. Diese Leistungen sind nicht aufeinander abgestimmt, stehen häufig unverbunden nebeneinander und sind wenig transparent. Die Bündelung familienbezogener Maßnahmen bei einer Familienkasse als Parafiskus könnte, so die zentrale Aussage dieses Beitrags, Abhilfe schaffen. Die grundsätzlichen Vor- und Nachteile parafiskalischer Institutionen werden zusammengefasst und es wird diskutiert, wie diese im Kontext familienbezogener Leistungen zu bewerten sind. Daran anschließend wird der Aspekt der Selbstverwaltung beleuchtet, da er in der Debatte um Parafisken einen prominenten Stellenwert einnimmt. Der Beitrag schließt mit der Skizzierung weiterer Ausgestaltungsparameter eines Familienparafiskus, seiner Finanzierung und des Leistungsspektrums. Eine Diskussion um den Leistungskatalog eines Familienparafiskus setzt allerdings eine systematische Evaluierung des Gesamtsystems voraus. Mittelfristig spricht einiges dafür mit einer Integration der familienbezogenen Maßnahmen in der So-

Abstract

In Germany, support for families includes diverse types of financial and material aid. These different programs are not aligned and coordinated, but rather stand alone alongside each other and are far from being transparent. This article argues that this situation could be remedied by grouping the various family-related support measures within a single family support agency as a parafiscal institution. Here we summarize the basic advantages and disadvantages of parafiscal institutions and evaluate them in the context of family-related support measures. Then we examine the aspect of self-administration, which has taken a prominent role in the debate on parafiscal institutions. The paper concludes by outlining further parameters for the design, financing, and range of services that could be offered by a family parafiscus. However, a detailed discussion of the services offered by a family parafiscus would require systematic evaluation of the overall system. In the medium term, there is substantial evidence that efforts should begin to integrate the family-related support meas-

1 Überarbeitete Fassung des Vortrags „Die Bündelung familienbezogener Leistungen bei einem Parafiskus: Pros und Cons einer Familienkasse“ im Rahmen der Sozialpolitischen Ringvorlesung der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am 27. November 2006. Wie in diesem Beitrag vermerkt, fasst er in Teilen Überlegungen früherer Arbeiten der Autorin zusammen, in anderen Teilen geht er darüber hinaus und bezieht insbesondere neuere Arbeiten zum Thema mit ein. Mein Dank gilt zwei anonymen Gutachtern für wertvolle Anregungen zu einer früheren Fassung des Vortragsmanuskriptes.

zialversicherung und anderer beim Bund angesiedelter familienbezogener Leistungen in eine Familienkasse zu beginnen.

ures provided by the social insurance system with other support measures provided by the federal government in a single family support agency.

Schlagwörter: Familienkasse, Parafiskus, Bündelung familienbezogener Leistungen

Key words: Parafiscus, family support measures, grouping family policy measures

1. Einleitung

Gegenwärtig wird mehr denn je über das Set familienbezogener Maßnahmen in Deutschland diskutiert. Es wird vermutet, dass der Erfolg anderer europäischer Staaten im familienpolitischen Bereich auch damit in Verbindung steht, dass diese nicht nur auf ein Instrument setzen, um Familien gute Rahmenbedingungen zu setzen, sondern auf mehrere aufeinander abgestimmte und ineinandergreifende Instrumente (BMFSFJ 2007: 15). Dabei wird auf „ein abgestimmtes Bündel von Maßnahmen, angefangen beim Ausbau der Kindertagesbetreuung über gezielte finanzielle Unterstützung bis hin zu einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Unternehmen, das Familien mehr Zeit verschafft,“ (BMFSFJ 2007: 15) verwiesen. Ohne an dieser Stelle den Erfolg einzelner europäischer Länder in den genannten familienbezogenen Bereichen belegen zu wollen, kann für Deutschland festgehalten werden, dass das Tableau familienbezogener Maßnahmen nicht aufeinander abgestimmt ist und nicht ineinandergreift. Vielmehr ist es das historische Ergebnis einer Familienpolitik der letzten Jahrzehnte, die in Abhängigkeit von der jeweiligen Regierungskonstellation unterschiedliche familienpolitische Ziele verfolgte und Schwerpunkte setzte. Aus der heutigen Perspektive existiert ein Maßnahmen-tableau, über dessen Gesamtwirkung wenig Systematisches bekannt ist und dies lange nicht transparent war (vgl. dazu auch Spieß 2006).

Auf die Kritik der mangelnden Transparenz des Gesamtableaus aller familienbezogenen Maßnahmen hat das zuständige Bundesministerium reagiert: Im Dezember 2006 hat das Bundesfamilienministerium in Abstimmung mit anderen Bundesressorts erstmalig eine Aufstellung aller familienbezogenen Leistungen und Maßnahmen des Staates vorgelegt (vgl. BMFSFJ & Fraunhofer-Institut FIT 2008). Dieses Tableau von Maßnahmen und Leistungen umfasst 145 Positionen mit einem finanziellen Umfang von rund 184 Milliarden Euro im Jahr. Bisher wurde das Set familienbezogener Maßnahmen primär von Institutionen außerhalb des politischen Raums zusammengefasst. Häufig gab es dabei Unterschiede im Leistungsumfang für Familien und auch im Leistungskatalog, der zum Set familienbezogener Maßnahmen dazugezählt wurde. Entsprechende Divergenzen in der Gesamtzusammenstellung haben in der Öffentlichkeit nicht selten zu entsprechenden Diskussionen und Irritationen geführt.² Insofern ist die vorgelegte systematische Zusammenstellung des für familienbezogene Belange zuständigen Bundesressorts als positiv zu bewerten, auch

2 Zwei „prominente“ Beispiele sind die Zusammenstellungen von Rosenschon (2006) und der Deutschen Bundesbank (2002).

wenn über die Zuordnung einzelner Maßnahmen zum Bereich der Familienförderung durchaus diskutiert werden kann. Unabhängig davon lässt sich festhalten, dass die Gesamtdarstellung aller Maßnahmen sehr deutlich zeigt, dass die Zuständigkeiten und finanziellen Verantwortlichkeiten ausgesprochen vielfältig und für die betroffenen Familien bzw. Familienmitglieder häufig nur sehr schwer zugänglich sind.

Die Zusammenstellung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend soll auch als Basis dienen, um eine umfassende und sorgfältige Analyse familienbezogener Leistungen in Deutschland durchzuführen, um daran anschließend ein passgenaues Konzept für die Neuausrichtung der Familienförderung zu erarbeiten (BMFSFJ 2006c). Eine solche Evaluierung familienbezogener Leistungen ist – wie z.B. auch in Spieß (2006) weiter ausgeführt – wichtig und sinnvoll.

Eine Neuausrichtung des Sets familienbezogener Maßnahmen kann sich zum Einen in systemkonformen Veränderungen niederschlagen, die das Zuständigkeits- und Finanzierungsgefüge für familienbezogene Maßnahmen in seiner bisherigen Form bestehen lassen. Solche systemkonformen Änderungen sind aus politökonomischen Gründen mit weniger Widerständen verbunden und haben von daher eine höhere Umsetzungswahrscheinlichkeit. Zum Anderen sind aber auch Reformen denkbar, die eine Systemänderung in dem Sinne bedeuten würden, als dass das bisherige Zuständigkeits- und Finanzierungsgefüge mitverändert wird. In diesem Beitrag soll eine solche Systemänderung diskutiert werden.

Grundsätzlich ist eine Vielzahl von Systemwechseln möglich, die in diesem Beitrag jedoch nicht umfassend in ihrer Vielfalt behandelt werden. Vielmehr ist es das Ziel dieses Beitrags *einen* bestimmten Systemwechsel, nämlich den Übergang zu einem Familienparafiskus abzuleiten, vorzustellen und zu diskutieren. Ein solcher Familienparafiskus könnte familienbezogene Leistungen in Deutschland bündeln und die Finanzierung dieser Leistungen übernehmen.

Im folgenden Kapitel soll ausgeführt werden, welche Akteure sich bisher für einen Familienparafiskus ausgesprochen haben und welchen Stellenwert dieser Vorschlag in der aktuellen politischen Diskussion hat. Im dritten Kapitel wird beschrieben, warum es vor dem Hintergrund der Theorie der Parafisken sinnvoll ist, familienbezogene Maßnahmen über einen Parafiskus zu organisieren und welche Vor- und Nachteile dies mit sich bringt. Daran anschließend soll ein Aspekt parafiskalischer Organisationen verstärkt untersucht werden, der in der aktuellen Debatte um Parafisken einen prominenten Stellenwert einnimmt; die Selbstverwaltung dieser Institutionen. Der Beitrag schließt mit der Skizzierung möglicher Ausgestaltungsparemeter eines Familienparafiskus.

2. Bisherige Diskussionen zu einem Familienparafiskus

Diskussionen zu einem Familienparafiskus finden sich bereits in den 1960er Jahren bei Schreiber (1964). Ausgangspunkt der Überlegungen des sogenannten Schreiber-Modells ist, dass das Kindergeld als spiegelbildliche Entsprechung zur Altersrente angesehen wird. Vor diesem Hintergrund sollte sich die gesamte Bevölkerung oder ein bestimmter Personenkreis zu einer „Kindergeldkasse“ zusammenschließen, de-

ren Aufgabe es ist, jedem neugeborenen Menschen über Transfers für die Dauer der ersten Lebensphase Vorgriffe auf das spätere Erwerbseinkommen zu gewähren. Aufbauend auf dem von Schreiber entwickelten Konzept schlägt der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen (BMFSFJ 2001) eine integrierte Familien- und Rentenversicherung vor, über die sowohl alle von Eltern als auch durch die öffentliche Hand erbrachten Erziehungs- und Ausbildungsleistungen sowie alle Altersrenten finanziert werden sollen. In einer aktuelleren Stellungnahme spricht sich dieser Wissenschaftliche Beirat (BMFSFJ 2006b) dafür aus, die familienbezogenen Komponenten in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung und in der gesetzlichen Rentenversicherung in einer steuerfinanzierten Familienkasse zu bündeln. Die Sachverständigenkommission zum Siebten Familienbericht schlägt ebenfalls eine Familienkasse vor. Damit hätten Familien nicht nur einen einzigen Ansprechpartner, sondern eine solche Institution könnte einen dementsprechend größeren politischen Einfluss für die Belange der Familien ausüben (vgl. BMFSFJ 2006a).

Auch Winfried Schmähl (1997, 2001, 2002 und 2004) stellt seine Überlegungen zur Reform der sozialen Sicherungssysteme, insbesondere des deutschen Alterssicherungssystems und der gesetzlichen Pflegeversicherung in Verbindung mit dem Vorschlag der Einführung einer steuerfinanzierten Familienkasse dar. Schmähl schlägt vor, dass alle familienpolitischen Leistungen über den allgemeinen Staatshaushalt in Form einer Familienkasse finanziert werden sollen. Auch andere Ökonomen fordern eine Bündelung familienbezogener Leistungen bei einer Familienkasse, wie z.B. Bert Rürup (vgl. Hoffmann & Tillmann 2005).

Für die Herleitung und Begründung einer Familienkasse aus juristischer Sicht, vgl. Kingreen (2007). Kingreen (2007) spricht sich für eine beitragsfinanzierte Familienkasse aus, da sie zielgenau und ganzheitlich, sowie nachhaltig und transparent wirke. Schuler-Harms (2008) setzt sich aus juristischer Sicht mit den finanzwirtschafts- und organisationsrechtlichen Rahmenbedingungen einer Familienkasse auseinander.³

Auch im intermediären Spektrum finden sich auf unterschiedlichen Ebenen und bei unterschiedlichen Akteuren Vorschläge für einen Familienparafiskus. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (vgl. Meyer 2001: 8) fordert z.B. eine Familienkasse aufbauend auf den Ideen von Oswald von Nell-Breuning: Aus einer solchen Kasse sollten die Zahlungen zur Finanzierung von Rentenbestandteilen für Eltern fließen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat sich ebenfalls für die Einrichtung einer Familienkasse ausgesprochen, in die alle Bevölkerungsgruppen einzahlen sollten (vgl. Deutscher Städte- und Gemeindebund 2001). Auch der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge äußert sich in einer Stellungnahme positiv zu dem Vorschlag einer Familienkasse (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge 2007). Weitere Beispiele finden sich bei Spieß (2004).

3 Fthenakis et al. bezeichnen den Vorschlag einer „Kinderkasse“ (die in Anlehnung an eine Familienkasse konzipiert ist) als „systemsprengend“, obwohl sie auch meinen, dass die dahinter liegenden Motive, plausibel und unterstützenswert sind (BMFSFJ 2003). Wiesner (2003) betrachtet eine „Kinderkasse“ bzw. „Familienkasse“ ebenfalls als eine Möglichkeit, welche eine nachhaltige Finanzierung der Kinderbetreuung gewährleisten könnte und setzt sich kritisch mit diesem Vorschlag auseinander.

Im politischen Kontext findet sich im Koalitionsvertrag der Großen Koalition aus CDU, CSU und SPD ein expliziter Auftrag, das Vorhaben einer Familienkasse zu prüfen. In diesem Koalitionsvertrag wird festgeschrieben, dass es die Zielperspektive ist, „Familienkassen“ neuen Typs entstehen zu lassen, um eine gesetzliche Harmonisierung der Leistungen und die organisatorische Bündelung ihrer Bearbeitung voranzutreiben. Es wird erwartet, dass die „Konzentration und Zusammenführung familienpolitischer Leistungen in einer solchen ‚Familienkasse‘ (...) mehr Transparenz und die Grundlage für eine gerechtere und zielgenauere Familienförderung schaffen“ kann (siehe CDU, CSU & SPD 2005: 101).⁴ Entsprechend beschäftigte sich auch das Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen mit dem Thema einer Familienkasse. In einem Zwischenbericht des Kompetenzzentrums wird die entsprechende Diskussion zusammengefasst (vgl. BMFSFJ 2008, Abschnitt 2.4). Bereits im Vorfeld dieser Überlegungen hatten unterschiedliche Parteien, insbesondere die Frauenunion der CDU und Bündnis90/Die Grünen die Einführung einer solchen oder ähnlichen Kasse gefordert (vgl. ausführlicher Spieß 2004).

Neben diesen Beispielen aus dem deutschen Raum gibt es im europäischen Ausland Beispiele bereits umgesetzter Familienparafisken. Belgien, Frankreich und Luxemburg sind Länder in Europa, die einen eigenständigen Familienparafiskus haben. In Frankreich werden die familienpolitischen Leistungen über die *Caisse Nationale d'Allocation Familiale* (CNAF), die französische Familienkasse, organisiert und finanziert. Die CNAF ist auf lokaler Ebene durch ein Netz von lokalen Kassen (CAF) vertreten (vgl. dazu ausführlicher Veil 2004 oder Spieß 2004).

3. Theoretische Hintergründe und Bewertungen zu parafiskalischen Modellen der Familienförderung

Parafisken sind ein Konstrukt, mit dem sich vorrangig Forschungsarbeiten im kontinentaleuropäischen Raum beschäftigen. In der anglo-amerikanischen Fachliteratur finden sich Parafisken nicht als Forschungsgegenstand. Die Theorie der Parafisken ist weniger an ökonomischen als an staatsrechtlichen Kategorien orientiert. So findet sie sich vor allem in älteren Arbeiten und ist kaum Gegenstand aktueller sozial- und finanzwissenschaftlicher Diskussionen. Sie beschäftigt sich vorrangig mit organisatorischen Fragen und weniger mit Fragen der Effizienz und Verteilung.⁵

4 Der Koalitionsvertrag spricht bewusst von einer „Familienkasse neuen Typs“, um diese von den bereits existierenden Familienkassen abzugrenzen, die in Deutschland für die Durchführung des Bundeskindergeldgesetzes zuständig sind.

5 Gleichwohl das Forschungsfeld parafiskalischer Organisationen nicht sehr umfangreich ist, so gibt es keine eindeutige Begriffsabgrenzung parafiskalischer Organisationen. Unumstritten ist es dagegen, welche Institutionen den Parafisken zuzuordnen sind. Zu den Parafisken zählen in Deutschland die Sozialversicherungen, die berufsständischen Vertretungen von Handel, Handwerk, Industrie und Landwirtschaft, die sogenannten Ständefisken und auch die Kirchen.

Die Theorie der Parafisken lässt sich in den etatistischen (oder auch finanzjuristischen) Ansatz um Mann (1928), den finanzsoziologischen Ansatz um Smekal (1969 und 1992) und den finanztheoretischen Ansatz, der insbesondere über Tiepelmann (1975 und 1992) vertreten ist, einteilen. Bei Mann sind die Anfänge der Auseinandersetzung mit Parafisken zu sehen. Er setzt sehr stark an der „Inputseite“ an, indem er als konstitutive Eigenschaft von Parafisken das „Recht der hoheitlichen Mittelbeschaffung“ und die „Zwangsmitgliedschaft“ definiert. Andreae (1963) und Smekal (1969) versuchen diese einseitige staatswirtschaftliche Betrachtung zu überwinden, indem sie von einer Funktionsübernahme nach zwei Seiten sprechen und damit eher eine „Output“-orientierte Analyse von Parafisken vornehmen. In Anlehnung an diese finanzsoziologischen Ansätze kann die Entscheidung für Parafisken entweder auf die staatliche Ausgliederung von Teilfunktionen oder auf die Zusammenfassung von Einzelinteressen im nichtstaatlichen Raum zu gesellschaftlich bedeutenden Gruppenorganisationen zurückgeführt werden. Parafiskalität liegt nach Smekal (z.B. 1969) nicht vor, weil Zwangsabgaben erhoben werden, sondern Zwangsabgaben werden erhoben, weil Parafiskalität vorliegt. Tiepelmann (z.B. 1992) findet mit Koautoren (vgl. z.B. Tiepelmann und van der Beek 1992a und 1992b) als Erster einen ökonomisch-finanztheoretischen Zugang zur Theorie der Parafisken. In diesem Theorieansatz ist die Charakterisierung der Parafisken anhand der gutspezifischen Kriterien der Kollektivgütertheorie zentral (Tiepelmann 1992). Für ihn sind das Ausmaß der gesamtgesellschaftlichen positiven externen Effekte und der staatlichen Meritorisierungserfordernisse ein konstitutives Merkmal von parafiskalischen Institutionen. Für weitere Ansätze parafiskalischer Theorien vgl. Spieß (2007).

Die Frage, inwiefern eine Finanzierung und Organisation familienbezogener Maßnahmen über einen Parafiskus sinnvoll ist, erfordert im Sinne des finanztheoretischen Ansatzes eine Auseinandersetzung mit den Gütereigenschaften familienbezogener Maßnahmen. Demnach muss gefragt werden, inwiefern (positive) externe Effekte vorliegen, die in ihrem Ausmaß erheblich sind bzw. inwiefern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe vorliegt. Dies sind die zentralen Kriterien der Kollektivgütertheorie. Das Vorliegen eines Kollektivgutes ist im Sinne eines finanztheoretischen Ansatzes eine notwendige Bedingung für Parafisken.

Wenn die ökonomischen Begründungen für familienbezogene Maßnahmen des Staates betrachtet werden, so ist die Frage nach der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe eine mehrfach diskutierte; nicht zuletzt dann, wenn ökonomische Begründungen für den Familienlastenausgleich gesucht werden. Als allgemeiner Konsens kann festgehalten werden, dass die Leistungen, die Familien erbringen, positive externe Effekte verursachen, die in ihrem Ausmaß so erheblich sind, dass sie eine staatliche Internalisierung derselben rechtfertigen (vgl. – statt vieler – Bauer & Strub 2001; Berthold & Fehn 2002; BMFSFJ 2001; Nachtkamp 2000; Mückl 2002; Lampert 2002; Ott 2002). Häufig werden die positiven externen Effekte von Familien auch unter dem Stichwort „Humanvermögen“ oder „Humankapital“ zusammengefasst.⁶

6 Allerdings sind die entsprechenden positiven externen Effekte nicht mit dem gesellschaftlichen Humankapital gleichzusetzen, sondern es muss festgehalten werden, dass Familie nur einen Teil des gesellschaftlichen Humankapitals generiert.

Die Frage, inwiefern die Einrichtung eines Familienparafiskus finanztheoretisch gerechtfertigt ist, kann somit positiv beantwortet werden, da Familien erhebliche positive externe Effekte verursachen und darin – im Sinne der Kollektivgütertheorie – eine Begründung für die Einrichtung einer parafiskalischen Institution gesehen werden kann. In diesem Sinne können die betroffenen „Kollektive“, hier die Familien, Kompensationszahlungen für ihre Leistungen über einen Parafiskus erhalten.

3.1 Vor- und Nachteile von Parafisken im Allgemeinen

Bei der Frage nach der Bewertung bzw. der Vor- und Nachteile parafiskalischer Organisationen muss festgehalten werden, dass in der finanzwissenschaftlichen Literatur eine solche Bewertung nicht systematisch diskutiert wird. Es finden sich vielmehr vereinzelt Hinweise, nach welchen Kriterien diese Institutionen zu beurteilen sind. Eine Zusammenfassung der unterschiedlichen Argumente für und gegen einen Parafiskus kann als Grundlage für eine differenziertere Bewertung derselben dienen. Vor diesem Hintergrund sollen im Folgenden Argumente für und gegen parafiskalische Modelle skizzenhaft zusammengeführt werden (für eine ausführliche Darstellung vgl. Spieß 2004).

Die Vorteile parafiskalischer Aufgabenerfüllung werden darin gesehen, dass der *Staatshaushalt von gruppenbezogenen Ausgaben entlastet* wird. Dies ist insbesondere deshalb der Fall, da es sich bei parafiskalischen Organisationen um Selbstverwaltungskörperschaften handelt. Eine parafiskalische Aufgabenerfüllung ermöglicht damit eine fachliche Spezialisierung und Arbeitsteilung im Staatssektor auch in Bezug auf die *Dezentralisierung der Entscheidungskompetenzen*. Positiv zu bewerten ist, dass die Entscheidungen von einer *unabhängigen*, nicht direkt an staatliche Entscheidungsprozesse gebundenen *selbständigen Körperschaft* getroffen werden (vgl. Tiepelmann 1992: 34). Ein weiterer zentraler Vorteil, der Parafisken zugeschrieben wird, und der mit deren Unabhängigkeit eng verbunden ist, ist die Erwartung, dass sie eine *langfristige Aufgabenerfüllung* unabhängig von demokratischen Wahlzyklen eher gewährleisten können als Ministerien oder vergleichbare Akteure.

Ferner wird positiv bewertet, dass im Allgemeinen die parafiskalische *Aufgabenerfüllung* stärker als bei den Gebietskörperschaften mit dem *Äquivalenzprinzip* verbunden ist. Dabei wird angenommen, dass die Erhebung von Abgaben für zweckgebundene Aufgaben die individuelle Zahlungsbereitschaft positiv beeinflusst und darüber hinaus die Abstimmung zwischen Leistungsnachfrage und Leistungserstellung verbessern würde. Allgemein sollen Äquivalenzabgaben zu einer besseren Präferenzoffenbarung und einem stärkeren Kostenbewusstsein der belasteten Wirtschaftssubjekte führen, was auch die Effizienz des Angebots von öffentlich (mit)finanzierten Gütern erhöhen soll. Außerdem wird durch Parafisken der unmittelbare staatliche *Steuerdruck* auf die Staatsbürger *gemildert*, da Parafisken häufig Beiträge nehmen, die dem Äquivalenzprinzip angeglichen sind (vgl. z.B. Smekal 1980: 15).⁷

7 Die Beitragsfinanzierung ist eine notwendige und keine hinreichende Bedingung für das Äquivalenzprinzip.

Eine negative Beurteilung von parafiskalischen Organisationen steht häufig damit in Verbindung, dass diese altbewährte *Haushaltsgrundsätze der Finanzwissenschaft* durchbrechen. Dabei wird neben dem Grundsatz der Nonaffektation insbesondere an die Grundsätze der Budgeteinheit, Vollständigkeit und Klarheit gedacht (vgl. z.B. Tiepelmann & Dick 1995, 183). In Deutschland haben in der Bundeshaushaltsordnung (BHO) festgelegte Budgetgrundsätze, wie z.B. das Nonaffektationsprinzip, allerdings keinen Verfassungsrang (vgl. z.B. Stern 1980). So erlaubt z.B. Paragraph 8 Satz 2 BHO eine Durchbrechung des Nonaffektationsprinzips durch Gesetz oder Haushaltsplan. Unabhängig davon kann kritisch bemerkt werden, dass die Existenz von Parafisken die *Planungs- und Kontrollfunktion des Parlaments erschweren* kann, wenn diese ihren eigenständigen Haushalt haben. Die Existenz von Parafisken kann folglich den Einsatz des Staatshaushalts für wirtschafts- und sozialpolitische Zwecke konterkarieren und damit die Effektivität staatlicher Programme beeinträchtigen. Ähnlicher Argumente bedienen sich auch diejenigen, die in parafiskalischen Institutionen die Gefahr der Entstehung von Schattenhaushalten sehen, welche wiederum mit Legitimationsproblemen behaftet sind.

Auch hinsichtlich der *Selbstverwaltungs-konstruktion* von Parafisken kann es zu negativen Begleiterscheinungen kommen (vgl. dazu ausführlicher Kapitel 3.3): Wenn gesamtgesellschaftliche und damit auch staatliche Aufgaben an einen Parafiskus delegiert werden, wird auf der einen Seite die Selbstverwaltungs-konstruktion ständig der Tendenz staatlicher Intervention ausgesetzt. Auf der anderen Seite werden die Selbstverwaltungskörper geneigt sein, ihr beträchtliches finanzielles und funktionales Gewicht einzusetzen, um im Rahmen der allgemeinen budgetpolitischen Prioritäten eine Sonderstellung zu erhalten und auszubauen. Anstelle von Entlastungseffekten im gesamtwirtschaftlichen Budget wäre dann faktisch eine Einengung des budgetpolitischen Handlungsspielraums die Folge.

3.2 Vor- und Nachteile von Parafisken in Hinblick auf familienbezogene Leistungen

Inwiefern können die Vorteile, die Parafisken im Allgemeinen zugeschrieben werden, auf einen Familienparafiskus im Speziellen übertragen werden (vgl. dazu auch Spieß 2004 und 2007)? Sowohl die Langfristigkeit der Entscheidung für ein Kind, als auch das Postulat einer lebensverlaufsorientierten ausgerichteten Familienpolitik (BMFSFJ 2006a), sprechen für eine *stetige, langfristige und nachhaltige Finanzierung familienbezogener Maßnahmen*.⁸ Dies kann ein Parafiskus sehr viel besser gewährleisten als eine „Ressortfinanzierung“ im heutigen Sinne, da ein Parafiskus – und dies ist ein wichtiges Argument – nicht an Wahlzyklen gebunden ist. Auch Kingreen (2007) argumentiert, dass ein Familienparafiskus, aufgrund seiner organisationsrechtlichen Verselbständigung gegen tagespolitische Zugriffe verhältnismä-

8 Auch Arndt (1994) betont in seiner Arbeit zum Familienkreditmodell die Bedeutung einer Glättung von Einkommensströmen von Familien im Sinne einer langfristig ausgerichteten Familienpolitik. Er betont, dass nur dann eine wirkliche Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf besteht.

big gut abgesichert ist. Damit könnten grundsätzlich Diskontinuitäten in der deutschen Familienpolitik, wie sie bereits im fünften Familienbericht bemängelt wurden, reduziert werden, da die Ausrichtung familienbezogener Maßnahmen nicht mehr allein der politischen Prioritätensetzung und Haushaltslage wechselnder Regierungen unterliegt (vgl. BMFSFJ 1995).⁹

Wäre nur noch *eine* Institution, nämlich ein Familienparafiskus, für die Organisation und Finanzierung wichtiger familienbezogener Leistungen verantwortlich, wäre auch eine *verbesserte Abstimmung zwischen der Leistungsnachfrage und der Leistungserstellung* möglich. Familienbezogene Maßnahmen könnten zielgenauer ausgerichtet werden. Es könnte zu einer Transaktionskostensenkung bei Entscheidungen kommen, da nicht wie bisher mehrere Akteure auf unterschiedlichen Ebenen ihre Leistungen selbst ausgestalten, verwalten und finanzieren müssten und damit nicht zwingend aufeinander abstimmen. Der Mehrbedarf oder auch ein nicht vorhandener Bedarf bei Familien im Allgemeinen bzw. bei einzelnen Gruppen von Familien könnte sehr viel eindeutiger identifiziert und familienbezogene Leistungen entsprechend angepasst werden. Auch dies erhöht die Zielgenauigkeit des Gesamtsystems. Außerdem kann die Effizienz der Leistungen dadurch verbessert werden, dass die für familienbezogene Leistungen zuständige *eine* Institution eine *einheitliche Bedarfsermittlung* von und für Familien durchführt. Eine solche einheitliche Bedarfsermittlung kann – gegenüber dem Status quo – auch eine Entlastung für Familien darstellen und zu einem Bürokratieabbau beitragen. Dies ist dann der Fall, wenn diese ihre Bedarfslage nicht mehr – wie bisher – gegenüber unterschiedlichen Leistungserbringern darstellen bzw. nachweisen müssen.¹⁰ Für die Familien kann dies auch zu einer größeren Transparenz des Leistungsspektrums führen.

In Abhängigkeit von der Finanzierung eines Familienparafiskus durch eine Beitrags- oder Steuerfinanzierung (siehe Kapitel 4) kann die *Akzeptanz der Ausgaben für eine Familienförderung* mehr oder weniger erhöht werden. Dies ist insbesondere bei einer Beitragsfinanzierung der Fall, bei der im Sinne des Äquivalenzprinzips die Einnahmen direkten Ausgaben zuzuordnen sind. Dieses finanzpsychologische Argument kann auch dazu beitragen, dass *mehr Mittel für familienbezogene Maßnahmen* zur Verfügung stehen, da es möglich ist, die finanzielle Belastbarkeit der Betroffenen grundsätzlich zu erhöhen, wenn den Ausgaben der Bürger direkte Leistungen gegenüberstehen.¹¹ Auf einen steuerfinanzierten Familienparafiskus oder einen Parafiskus, der Beiträge erhebt, die nicht mit dem Äquivalenzprinzip verbunden sind, trifft dieses Argument nur bedingt zu, da in diesem Fall zwar ein Leistungsspektrum klar definiert ist, aber grundsätzlich kein direkter Zusammenhang mit Steuerbeiträgen vorliegt. Im Falle eines Familienzuschlags auf die Einkommenssteuer, wie sie von einigen Autoren vorgeschlagen wird (siehe unten), wäre

9 Wie weiter unten in diesem Abschnitt argumentiert, ist dies nicht einer vollkommen Unabhängigkeit von politischen Entscheidungsprozessen gleichzusetzen.

10 Insbesondere dieser empirische Bestand wird im Koalitionsvertrag der gegenwärtigen Großen Koalition bemängelt. „Transferleistungen für Familien in Deutschland werden derzeit an verschiedenen Stellen bearbeitet und ausgezahlt. Ihnen liegen zum Teil unterschiedliche Einkommensbegriffe und Einkommensgrenzen zugrunde“ (vgl. CDU, CSU und SPD 2005: 101).

11 Dafür gibt es empirische Hinweise (vgl. Institut für Demoskopie Allensbach 1994).

allerdings eine direktere Zuordnung von Steuermitteln und Leistungen möglich. Eine solche direkte Verbundenheit könnte dazu führen, dass die Zahlungsbereitschaft für einen Familienparafiskus steigt bzw. der „Steuerdruck“ abnimmt. Allerdings muss auch betont werden, dass eine Zuordnung von Beiträgen und Leistungen nicht trivial ist, da sie voraussetzt, dass die familienbezogenen Leistungen zunächst operationalisiert und quantifiziert werden. Mit dem jüngst erstellten Finanztableau des Bundesfamilienministeriums ist ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung vollzogen.

Ein weiterer Vorteil der Schaffung einer neuen Institution für Familien ist, dass über einen solchen eigenständigen „Akteur“ den *Belangen von Familien in der Gesellschaft mehr Aufmerksamkeit* zukommt. Dies ist auch in der theoretischen Auseinandersetzung mit Parafisken ein zentrales Argument für deren Existenz: Sie sollen zu einer Förderung und Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der gesellschaftlichen Gruppe beitragen, deren Zielvorstellungen sie vertreten. Auch real existierende Beispiele belegen die Relevanz einer eigenständigen Institution, die familiäre Belange in der Gesellschaft vertritt: Insbesondere das Beispiel Frankreich, wo die Familienpolitik über eine Familienkasse finanziert und organisiert wird, die ein Teil des sozialen Sicherungssystems ist, zeigt dies. Hier hat Familienpolitik seit vielen Jahren einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert (vgl. z.B. Veil 2003, 2004). Würde man dagegen eine Umgestaltung der Familienförderung so durchführen, dass keine neue Institution bzw. kein neuer Akteur geschaffen wird, so ist ceteris paribus eine zunehmende Bedeutung familienbezogener Belange auf gesamtgesellschaftlicher Ebene nicht in gleichem Maße zu erwarten.¹²

Eine Bündelung familienbezogener Leistungen bei einem Parafiskus, der als selbständiger Akteur agiert, setzt die Schaffung einer neuer Organisation oder die Angliederung an bereits bestehende parafiskalische Institutionen voraus. Damit sind auf der einen Seite die Vorteile einer Dezentralisierung von Entscheidungen verbunden, wenn man bedenkt, dass der Staat Entscheidungen an den Parafiskus delegiert und dieser aufgrund seiner Spezialisierung gezielter auf den Bedarf der Familien eingehen kann. Auf der anderen Seite liegt es – in Analogie zu bisherigen parafiskalischen Institutionen in Deutschland – nahe, die Schaffung eines Familienparafiskus auf Bundesebene und damit zentral anzustreben. Dadurch wäre gewährleistet, dass unabhängig von der regionalen Zugehörigkeit allen Familien grundsätzlich das gleiche Leistungsspektrum zusteht. Dies schließt nicht aus, dass ein Familienparafiskus regionale Bedarfsunterschiede berücksichtigt. Auch in Frankreich wird dies über eine Familienkasse gewährleistet, die auf zentralstaatlicher Ebene angesiedelt ist und 123 regionale Einzelkassen umfasst (siehe Veil 2004).

Mit der Schaffung einer neuen Institution bzw. der Angliederung an bereits bestehende Institutionen ist auch die Schaffung einer neuen Verwaltung bzw. die Angliederung an bereits existierende Verwaltungen notwendig. Damit ist grundsätzlich

12 Das Beispiel Frankreich legt nahe, dass nicht davon auszugehen ist, dass dieser Effekt lediglich kurzfristig auftritt. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass im Vergleich zum bisherigen System die Leistungen und deren Ausgestaltung kontroverser als bisher zwischen den „Gebern“ und „Empfängern“ diskutiert werden. Ein solcher Diskurs kann aber grundsätzlich auch zu einer größeren Effizienz und Effektivität des Leistungssystems beitragen und im Sinne einer regelmäßigen Überprüfung des Gesamtsystems sinnvoll sein.

das *Entstehen neuer Bürokratien* nicht ausgeschlossen, was in der jüngeren Diskussion häufig als ein entscheidendes Argument gegen einen neuen Parafiskus genannt wird. Auf theoretischer Ebene ist dieses Argument den Nachteilen von Parafisken, zu denen zunehmende Unübersichtlichkeit und auch Ineffizienz gehören, zuzuordnen. Zur Bewertung dieses Argumentes müssen mehrere Aspekte berücksichtigt werden: Zum Einen können im Vorfeld – insbesondere vor dem Hintergrund bisheriger bundesdeutscher Erfahrungen – entsprechende Vorkehrungen getroffen werden, um eine möglichst „schlanke“ Bürokratie zu schaffen. Zum Anderen wird im Kontext eines Familienparafiskus argumentiert, dass er dem Bürokratieabbau diene, da er zu einer Entbürokratisierung der Vielzahl familienbezogener Maßnahmen beitragen kann. So kann es zu Bürokratieabbau führen, wenn Leistungen gebündelt und aufeinander abgestimmt werden.

Die Verselbständigung, Eigenständigkeit und Unabhängigkeit, die dem Parafiskus immanent sind, dürfen jedoch nicht zur Folge haben, dass der Parafiskus vollkommen eigenständig sein Leistungsspektrum festlegt und keinen weiteren parlamentarischen Kontrollen unterliegt. Das Recht, den prinzipiellen Leistungskatalog festzumachen, muss vielmehr beim Parlament verbleiben. Es dürfen die parlamentarischen Planungs- und Kontrollrechte nicht vollkommen eingeschränkt werden. Auch ein Familienparafiskus muss einer gesetzlichen Steuerung unterliegen und eine ministerielle Aufsichtsbefugnis muss sicherstellen, dass dem Argument von „Schattenhaushalten“ Rechnung getragen wird.

Wie die Ausführungen dieses Kapitels gezeigt haben, spricht vieles für eine Finanzierung und Organisation familienbezogener Maßnahmen durch einen Parafiskus. Eine abschließende Bewertung, ob familienbezogene Maßnahmen über einen Parafiskus finanziert und organisiert werden ist allerdings letztlich dem politischen Entscheidungsprozess vorbehalten.

3.3 Ein spezifischer Aspekt: Die Selbstverwaltung von Parafisken

Wie oben bereits mehrfach erwähnt kommt der Selbstverwaltung eines Familienparafiskus ein besonderer Stellenwert zu. Dabei meint Selbstverwaltung die eigenverantwortliche Erledigung öffentlicher Aufgaben durch die davon Betroffenen. Selbstverwaltung ist ein Mittel der Dezentralisierung, das eine sach- und ortsnahe Entscheidungsfindung und die Nutzung von externem Sachverstand ermöglicht und zur Staatsentlastung beitragen soll. Sie kann die Begrenzung des staatlichen Verantwortungsbereichs auf Gewährleistungs- und Regulierungsaufgaben erlauben. Das Instrument der Selbstverwaltung eröffnet dem Bürger damit grundsätzlich die Chance, bei der Politikformulierung und –implementierung direkt mitzuwirken. Der Selbstverwaltung wird letztlich eine positive Wirkung auf die demokratische Sozialisation der Bürger zugeschrieben. Selbstverwaltungsträger gehören nicht der hierarchischen Ministerialverwaltung an, sie sind institutionell verselbständigt und verfügen über unabhängige Entscheidungsbefugnisse (vgl. z.B. Hendler 1984).

Allein diese kurze Darstellung der Selbstverwaltung im Allgemeinen zeigt, dass die ihr zugeschriebenen Vorteile und auch deren Zweck sehr eng mit den Argumenten und Vorteilen von parafiskalischen Organisationen verbunden sind. Es wird

auch deutlich, dass eine sach- und ortsnahe Entscheidungsfindung vor dem Hintergrund der Defizite im deutschen System familienbezogener Leistungen grundsätzlich sehr sinnvoll ist.

In Deutschland gehört die Selbstverwaltung seit der Errichtung der gesetzlichen Sozialversicherung zu den konstitutiven Merkmalen des deutschen Sozialstaates. Selbstverwaltete Körperschaften, wie die Sozialversicherungsträger, sind in Deutschland in ihrer Rechtsform Körperschaften des öffentlichen Rechts. Von einer „echten“ Selbstverwaltung im Sinne einer eigenverantwortlichen Gestaltung von Beiträgen, Leistungen und Organisation kann im Bereich der deutschen Sozialversicherung allerdings nicht gesprochen werden (Schnapp 1994). Klenk (2006) diskutiert die Grenzen der individuellen Verwaltungspartizipation und die existierenden Legitimationsdefizite aufgrund interner Steuerungs- und Kontrollprobleme in den Selbstverwaltungen der deutschen Sozialversicherungen. Sie führt aus, dass in der gegenwärtigen Form der sozialen Selbstverwaltung dieser nicht das Prädikat einer partizipativen und effizienten Verwaltungsführung verliehen werden kann. Zu einer Erneuerung kann es nach Klenk (2006) nur kommen, wenn institutionelle Reformmaßnahmen durchgeführt werden. Mit drei Strukturmodellen der Sozialversicherungsträger (1) als genossenschaftliche Konsumentendemokratie, (2) als mitbestimmte Unternehmen oder (3) als anstaltliche Selbstverwaltung werden von Klenk (2006) drei mögliche Entwicklungsszenarien für die Träger der Sozialversicherung beschrieben. Letztlich ist es eine normative Entscheidung welches Strukturmodell für welchen selbstverwalteten Akteur sinnvoll erscheint. Auch im Kontext eines Familienparafiskus wäre deshalb im Vorfeld einer Umsetzung zu entscheiden, welches Strukturmodell am sinnvollsten wäre und wie insbesondere die ausgemachten Mängel in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen im Vorfeld verhindert bzw. reduziert werden können. Grundsätzlich sind diese festgemachten Mängel jedoch kein Argument gegen eine (neue) Selbstverwaltung, sondern vielmehr ein Argument für eine sorgfältig durchdachte und wohlüberlegte Einführung eines selbstverwalteten Familienparafiskus.

4. Weitere Ausgestaltungsmöglichkeiten eines Familienparafiskus

Abschließend werden weitere Ausgestaltungsparameter eines Familienparafiskus diskutiert: die *Finanzierungsform* und das mögliche *Leistungsspektrum*. Grundsätzlich wäre eine Beitragsfinanzierung eines Familienparafiskus in Anlehnung an die bisherigen Sozialversicherungsträger denkbar (vgl. für eine solche Diskussion Kingreen 2007 sowie Spieß 2005). Vor dem Hintergrund der Diskussionen um die existierende Form der Beitragsfinanzierung der deutschen Sozialversicherung könnte eine Variante darin bestehen, dass die gesamte Wohnbevölkerung einkommensabhängige Beiträge entrichtet. Dies hätte den Vorteil, dass alle Bevölkerungsgruppen in die Finanzierung einbezogen sind und dass die Beitragszahler mit den Abgaben klar umrissene Leistungen verbinden können und dadurch *ceteris paribus* ihre Zahlungsbereitschaft steigt. Inwiefern eine Beteiligung der Arbeitgeberseite analog dem

bisherigen sozialen Sicherungssystem erfolgen sollte, muss im politischen Prozess entschieden werden. Zum Einen sprechen Erfahrungen aus Frankreich, wo sich die Familienkasse zu einem Drittel aus Mitteln des Staates und zu etwa zwei Dritteln aus Abgaben der Arbeitgeber und auch aus Tabaksteuererlösen finanziert für ein entsprechendes Modell. Zum Anderen würde eine Beitragsbeteiligung der Arbeitgeber in der öffentlichen Diskussion mit einem Anstieg der Lohnnebenkosten verbunden werden, was aus politökonomischen Gründen die Umsetzungschancen einer entsprechenden Reformvariante verringern könnte.¹³

Eine „beitragsfreie“ Variante ist eine Finanzierung von Parafisken über Steuermittel. Für eine solche Variante sprechen systematische Gründe, da die staatliche Finanzierung familienbezogener Leistungen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die üblicherweise über Steuern finanziert wird (vgl. auch Schmähl 2004). Für eine Steuerfinanzierung kommen grundsätzlich die Einkommensteuer und die Mehrwertsteuer in Frage. Letztere Finanzierungsquelle ist jedoch insofern nicht zu empfehlen, da Familien aufgrund ihrer hohen Konsumquote an der Finanzierung familienbezogener Leistungen in diesem Falle überdurchschnittlich stark beteiligt wären. Eine Finanzierung auf der Basis der Einkommensteuer ist sinnvoller, da sie die steuerliche Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen auch unter Berücksichtigung familialer Unterhaltsverpflichtungen am besten widerspiegelt (vgl. auch Althammer & Romahn 2006). Bei dieser Variante könnte eine Finanzierung aus dem allgemeinen Steueraufkommen mit der Finanzierung aus einem explizit auf diese Leistungen bezogenen Steueraufkommen kombiniert werden (vgl. dazu ausführlicher Spieß 2005, 2006). Dabei ist beispielsweise an einen „Familienzuschlag“ auf die Einkommenssteuer in Anlehnung an den „Solidaritätszuschlag“ zu denken.

Außerdem wäre eine Mischung der Finanzierungsinstrumente möglich: Dies würde bedeuten, dass sich ein Familienparafiskus teilweise aus Beiträgen und teilweise aus Steuermitteln finanziert. Ein ähnliches Modell kann letztlich in der französischen Familienkasse gesehen werden, die sich neben Arbeitgeberbeiträgen aus Steuermitteln finanziert (vgl. Spieß 2004: Kapitel 5.1.3).

In dem von einem Familienparafiskus abgedeckten *Leistungsspektrum* liegt eine weitere grundsätzliche Ausgestaltungsoption: Es wäre vorab zu entscheiden, welche familienbezogenen Leistungen in einem solchen Parafiskus enthalten sein sollen. Wie einleitend bemerkt, ist eine solche Entscheidung fundiert erst nach einer systematischen Evaluierung des Gesamtableaus familienbezogener Leistungen möglich.

Um den Erfolg einer solchen Wirkungsanalyse sicherzustellen, sollten wichtige Merkmale einer Evaluierung im Allgemeinen und im Speziellen familienbezogenen Kontext bedacht werden. Zum Einen ist es wichtig, vorab zu definieren, welche Ziele die Wirkungsanalyse untersucht. Das Bundesfamilienministerium spricht davon, eine nachhaltige Familienpolitik anzustreben, die sich durch eine frühe und gute Förderung von Kindern, die wirtschaftliche Stabilität der Familien sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter kennzeichnet (vgl. z.B. BMFSFJ 2007). Eine Wirkungsanalyse sollte diese Ziele berücksichtigen. Eine

¹³ Es ist in der ökonomischen Literatur durchaus umstritten, ob die Arbeitgeberbeteiligung tatsächlich mit einer Lohnnebenkostensteigerung verbunden ist (vgl. für den Kontext der Familienkasse Spieß 2005).

Evaluierung sollte aber auch die heterogenen Bedarfe von Familien und ihren Mitgliedern bedenken und eine langfristige Perspektive in dem Sinne einnehmen, als dass sie die Familie im Lebensverlauf ihrer Mitglieder betrachtet (vgl. dazu auch BMFSFJ 2006a).¹⁴ Außerdem sollte sie prüfen, inwiefern komplementäre, substitutive oder neutrale Wirkungen von familienbezogenen Maßnahmenbündeln existieren. Ferner sollten die Evaluationserfahrungen anderer Länder einbezogen werden. Aus der Sicht der Betroffenen zeichnet sich das bisherige System familienbezogener Maßnahmen durch eine hohe Intransparenz aus. Im Sinne der Familien sollte das System deshalb auch in dieser Hinsicht verbessert werden – auch dies muss eine Evaluierung mitbedenken. Auf der Basis einer solchen sehr differenziert und zuletzt auch aufwendig durchzuführenden Wirkungsanalyse sollte über den möglichen Leistungskatalog einer Familienkasse entschieden werden. Ihre Durchführung einer entsprechenden Evaluierung müsste im wissenschaftlichen Wettbewerb erfolgen, allerdings von den zuständigen Bundesressorts angestoßen und öffentlich finanziert werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt können in Hinblick auf das Leistungsspektrum vielmehr nur grundsätzliche Optionen benannt werden. In Anlehnungen an die Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen (BMFSFJ 2006) könnte es eine Option sein, die sozialversicherungsinternen monetären Leistungen über eine Familienkasse zu finanzieren und damit aus der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung auszugliedern. Zu den in quantitativer Hinsicht bedeutendsten Instrumenten zählt die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung und die Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Eine Finanzierung dieser Leistungen über eine Familienkasse wäre ein erster möglicher Ansatz.

In einem weiteren Schritt könnte eine Integration anderer monetärer Leistungen des Bundes für Familien erfolgen, dabei ist insbesondere an transferrechtliche Maßnahmen, wie z.B. das Elterngeld, zu denken. Steuerrechtliche Maßnahmen des Kindergeldes, also nicht dessen Förderanteil, sind, so argumentieren Althammer und Rohmann (2006), nicht für die Bündelung in einer Familienkasse geeignet, da es sich dabei um keine familienbezogene Leistung im engeren Sinne handelt. Kingreen (2007) spricht sich dagegen für eine Integration des Kindergeldes und des Kinderzuschlags in eine Familienkasse aus. Darüber hinaus argumentiert er, über eine Familienkasse einen „Elternunterhalt bei Hilfebedürftigkeit im Alter“ abzusichern. Festzuhalten ist, dass in mittelfristiger Perspektive eine Integration und Bündelung der familienbezogenen Leistungen des Bundes in einer Familienkasse der Vorrang gegeben werden sollte. Eine solche mittelfristige Beschränkung hätte den Vorteil, dass nicht von Anfang alle an familienbezogenen Leistungen beteiligten Gebietskörperschaften für das Vorhaben einer Familienkasse gewonnen werden müssten.

14 Eine lebensverlaufsorientierte Perspektive ist von zentralem Stellenwert, denn letztlich kann die Effektivität familienbezogener Maßnahmen nur über den Lebensverlauf von Individuen erfasst werden (vgl. dazu BMFSFJ 2006a). Für einen ersten Ansatz einer Zusammenstellung familienbezogener Maßnahmen über den Lebensverlauf einer Familie, vgl. BMFSFJ (2007b).

Damit würden entsprechende aufwendige Abstimmungsprozesse entfallen und die Umsetzungswahrscheinlichkeit mittelfristig steigen.

Inwiefern in anschließenden Schritten und in einer langfristigen Perspektive auch Realtransfers der Länder und Kommunen an die Familien in einen Familienparafiskus zu integrieren sind, ist weiter zu diskutieren. Vor dem Hintergrund der ganzheitlichen Abstimmung familienbezogener Leistungen bei einem familienpolitischen Akteur und im Sinne einer nachhaltigen Finanzierung dieser Leistungen spricht einiges dafür. Auch das Beispiel Frankreich, wo die Familienkasse auch an der Finanzierung der Tageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren beteiligt ist (vgl. z.B. Veil 2003) könnte als Vorbild dienen.¹⁵ Allerdings ist eine solche Integration in Hinblick auf die verfassungsrechtliche und föderale Ordnung in Deutschland nur schwer umsetzbar. Kingreen (2007) argumentiert, dass Leistungen, die mit anderen Subsystemen wie Kindergarten und Schule zusammenhängen, nicht in eine Familienkasse zu integrieren sind. „Leistungssysteme (...), die einen im Gesetz jeweils genauer umschriebenen besonderen Tatbestand der Bedürftigkeit voraussetzen, bilden in einem solchen System einen Fremdkörper“ (Kingreen 2007: 9).

5. Abschließende Zusammenfassung

Abschließend lässt sich rekapitulieren, dass ein Familienparafiskus die Transparenz familienbezogener Maßnahmen in Deutschland weiter erhöhen würde. Durch die Zusammenführung weitgehend isolierter Einzelleistungen würden sich die Anspruchsvoraussetzungen und Einkommensgrenzen der familienpolitischen Maßnahmen harmonisieren lassen. Die familienpolitischen Instrumente könnten besser aufeinander abgestimmt werden. Wenn eine Ausgliederung aus dem allgemeinen Staatshaushalt stattfände, dann wären die Mittel dem Nonaffektationsprinzip entzogen und es bestände eine zuverlässigere und stabilere, d.h. nachhaltige Finanzierungsbasis. Dies ist eine zentrale Voraussetzung für eine nachhaltige Familienpolitik. Außerdem könnte sich die Akzeptanz des Systems der Familienförderung erhöhen und der Abgabenwiderstand mildern, wenn die Mittel einer allgemein akzeptierten Zielsetzung, wie der Förderung von Familien, zufließen. Eine explizit auf familienbezogene Maßnahmen ausgerichtete Institution kann außerdem dazu beitragen, die Relevanz familienbezogener Leistungen für die Gesellschaft und die betroffenen Familienmitglieder stärker zu verdeutlichen und immer wieder in die gesamtgesellschaftliche Debatte einzubringen. Eine Diskussion um den Leistungskatalog eines Familienparafiskus setzt eine gründliche Evaluierung des Gesamtsystems voraus. Mittelfristig spricht einiges dafür mit einer Integration der familienbezoge-

15 Dabei könnte auch daran gedacht werden, die Bundesbeteiligung an der Finanzierung von Kindertageseinrichtungen, wie sie in dem Beschluss/der Vereinbarung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Betreuungsausbau vom 28. August 2007 festgelegt wurde, über eine Familienkasse „abzuwickeln“. Damit wäre die Einrichtung von entsprechenden „Sondervermögen“ obsolet.

nen Maßnahmen der Sozialversicherung und anderen familienbezogenen „Bundesleistungen“ in eine Familienkasse zu beginnen.

Literatur

- Andreae, Clemens-August (1963). Die parafiskalischen Gebilde in finanzwissenschaftlicher Schau, In: Josef Lob, Hans Riehl & Ulrich Schöndorfer (Hrsg.), *Festschrift Walter Heinrich. Ein Beitrag zur Ganzheitsforschung*. Graz: Akademische Druck- und Verlagsanstalt, S. 333-344.
- Althammer, Jörg & Romahn, Hajo (2006). Reform der monetären Familienpolitik – Notwendigkeit und Optionen. In: Jörg Althammer & Ute Klammer (Hrsg.), *Ehe und Familie in der Steuerrechts- und Sozialordnung*. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 25-54.
- Arndt, Joachim (1994). Das Familienkreditmodell. Möglichkeiten der Kreditfinanzierung von Zeiten des Erziehungsurlaubes. Berlin: Duncker & Humblot.
- Bauer, Tobias & Strub, Silvia (2001). *Grundpfeiler einer kohärenten Familienpolitik, Zwischenbericht über den Stand der Arbeiten*. Bern: Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien (BASS).
- Berthold, Norbert & Fehn, Rainer (2002). Familienpolitik: Ordnungspolitische Leitplanken im dichten Nebel des Verteilungskampfes. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, 71, 1., S. 26-42.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Jugend, Frauen und Senioren (Hrsg.) (1995). 5. Familienbericht: Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens. Bonn.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2001). Gerechtigkeit für Familien. – Zur Begründung und Weiterentwicklung des Familienlasten- und Familienleistungsausgleichs, Stuttgart, Berlin, Köln: Verlag W. Kohlhammer (Schriftenreihe des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 202).
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2003). *Auf den Anfang kommt es an!* Weinheim: Beltz Verlag.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Jugend, Frauen und Senioren (Hrsg.) (2006a). 7. Familienbericht: Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Berlin.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Jugend, Frauen und Senioren (2006b). *Mehr Transparenz im monetären Familienleistungsausgleich – Familienfreundliche Reform der sozialen Sicherungssysteme*. Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen. Berlin.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Jugend, Frauen und Senioren (2006c): *Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen*. Pressemitteilung des BMFSFJ vom 15. Dezember 2006.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Jugend, Frauen und Senioren (2007). *Politik für die Zukunft. Ziele des Bundesministeriums für Familie, Jugend, Frauen und Senioren*. Berlin, Bonn.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Jugend, Frauen und Senioren (Hrsg.) (2008). *Zwischenbericht des Kompetenzzentrums für familienbezogene Leistungen: Zukunft für Familie*. Berlin.
- BMFSFJ & Fraunhofer-Institut FIT (2008). *Familienbezogene Leistungen und Maßnahmen des Staates, 15. Dezember 2006*. <http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte,did=89432.html>, <26.05.2008>.

- CDU, CSU & SPD (2005). „Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“, *Koalitionsvertrag vom 11. November 2005*. Berlin.
- Deutsche Bundesbank (2002). Staatliche Leistungen für die Förderung von Familien. *Monatsbericht April 2002*, 54, S. 15-32.
- Deutscher Städte- und Gemeindebund (2001). *Mit Familien die Zukunft gewinnen! Perspektiven des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zur Familienpolitik in Deutschland*. Berlin: DStGB (DStGB-Dokumentation Nr.20).
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (2007). *Anregungen für eine Überprüfung und Neuausrichtung der Familienförderung, Schriftliche Stellungnahme*. Berlin.
- Hendler, Reinhard (1984). *Selbstverwaltung als Ordnungsprinzip. Zur politischen Willensbildung und Entscheidung im dynamischen Verfassungsstaat der Industriegesellschaft*. Köln: Carly Heymanns.
- Hoffmann, Andreas & Stefan Tillmann (2005). Streit um Kürzungen für Kinderlose. *Süddeutsche Zeitung*, 24.06.2005, S. 20.
- Institut für Demoskopie Allensbach (1994). *Einstellungen der Bevölkerung zur Errichtung eines Kinder- und Familienfonds. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*. Allensbach: Institut für Demoskopie Allensbach.
- Kingreen, Thorsten (2007). *Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung der Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen am 8. November 2007*. Regensburg, mimeo.
- Klenk, Tanja (2006). Selbstverwaltung – ein Kernelement demokratischer Sozialstaatlichkeit? *Zeitschrift für Sozialreform*, 52, S. 273-291.
- Lampert, Heinz (2002). *Die Bedeutung der Familien und der Familienpolitik für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft*. Augsburg: Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Augsburg (Volkswirtschaftliche Diskussionsreihe, Beitrag Nr. 219).
- Mann, Fritz Karl (1928). Die intermediären Finanzgewalten und ihr Einfluß auf Deutschlands finanzielle Belastung. in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 7*, S. 219-237.
- Meyer, Hans Joachim (2001). *Bericht zur Lage der Nation*. Unkorrigiertes Redemanuskript zur Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, 4./5. Mai 2001.
- Mückl, Wolfgang J. (2002). Familie und Familienpolitik aus allokativer Sicht. In: Nils Goldschmidt, Gerhard Beestermöller & Gerhard Steger (Hrsg.), *Die Zukunft der Familie und deren Gefährdungen: Norbert Glatzel zum 65. Geburtstag*. Münster: LIT, S. 301-316.
- Nachtkamp, Hans Heinrich (2000). Plädoyer für ein staatliches Erziehungsentgelt. *ifo Schnelldienst, Band 53, Heft 9*, S. 3-9.
- Ott, Notburga (2002). Luxusgut Kind zwischen Privatinteresse und gesellschaftlicher Verpflichtung – Zu den Kontroversen in der familienpolitischen Debatte. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 1, 71, 1*, S. 11-25.
- Rosenschon, Astrid (2006). *Familienförderung in Deutschland – eine Bestandsaufnahme*. Kiel (Kieler Arbeitspapier Nr. 1273).
- Schmähl, Winfried (1997). Alterssicherung zwischen Vorsorge und Versorgung: Konzeptionen, Entwicklungstendenzen und eine Entwicklungsstrategie für die deutsche Alterssicherung. In: Stefan Hradil (Hrsg.), *Differenz und Integration*. Frankfurt am Main, New York: Campus, S.1006-1020.
- Schmähl, Winfried (2001). Finanzverflechtung der gesetzlichen Rentenversicherung: interner Finanzausgleich und Finanzbeziehungen mit dem Bund sowie anderen Sozialversicherungsträgern. Elemente einer Bestandsaufnahme und einige Reformüberlegungen. In: Klaus-Dirk Henke & Winfried Schmähl (Hrsg.), *Finanzierungsverflechtung in der Sozialen Sicherung. Analyse der Finanzierungsströme und -strukturen*. Baden-Baden: Nomos (Europäische Schriften zu Staat und Wirtschaft, Band 9), S. 9-37.

- Schmähl, Winfried (2002). Familienleistungen und Alterssicherung – Anmerkungen aus ökonomischer Sicht. *Deutsche Rentenversicherung*, 57. 12, S. 715-724.
- Schmähl, Winfried (2004). Mehr Zielgenauigkeit und Transparenz durch eine steuerfinanzierte Familienkasse. *Wirtschaftsdienst*, 84. 8, S. 506-511.
- Schnapp, Friedrich E. (1994). Organisation der gesetzlichen Krankenversicherung. In: Bertram Schulin (Hrsg.), *Handbuch des Sozialversicherungsrechts, Band 1: Krankenversicherungsrecht*. München: Beck, S. 1179-1223.
- Schreiber, Wilfried (1964). *Kindergeld im sozio-ökonomischen Prozeß. Familienlastenausgleich als Prozeß zeitlicher Kaufkraft-Umschichtung im Individual-Bereich*. Köln: Kohlhammer.
- Schuler-Harms, Margarete (im Erscheinen). Finanzwirtschafts- und organisationsrechtliche Rahmenbedingungen einer „Familienkasse“. In: Kirsten Scheiwe & Margarete Schuler-Harms (Hrsg.), *Aktuelle Rechtsfragen der Familienpolitik aus vergleichender Sicht*.
- Smekal, Christian (1969). *Die Finanzwirtschaft intermediärer Gruppen*. Innsbruck: Österreichische Kommissionsbuchhandlung.
- Smekal, Christian (1980). Finanzen intermediärer Gewalten (Parafisci). In: Willi Albers W. et al. (Hrsg.), *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW)*. Stuttgart (Lfg. 26), S. 2-16.
- Smekal, Christian (1992). Zur Vereinbarkeit von finanzsoziologischer und finanztheoretischer Begründung von Parafiski. In: Klaus Tiepelmann, Klaus & Gregor van der Beek (Hrsg.), *Theorie der Parafiski*. Berlin, S. 103-115 (Statt 1992 ist 1969 im Text aufgeführt).
- Spieß, C. Katharina (unter Mitarbeit von Sebastian Thomasius) (2004). *Parafiskalische Modelle zur Förderung familienpolitischer Leistungen*. Berlin: DIW (DIW Materialien Nr. 36).
- Spieß, C. Katharina (2005). Eine Familienkasse als familienbezogene Ergänzung einer Bürgerversicherung? In: Wolfgang Strengmann-Kuhn (Hrsg.), *Das Prinzip Bürgerversicherung. Die Zukunft im Sozialstaat*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 189-203.
- Spieß, C. Katharina (2006) Die Bündelung und Integration familienbezogener Leistungen bei einer Familienkasse. In: Jörg Althammer & Ute Klammer (Hrsg.), *Ehe und Familie in der Steuerrechts- und Sozialordnung*. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 55-72.
- Spieß C. Katharina (2007). Parafiskalische Institutionen zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben: das Beispiel Familienkasse. In: Johannes Schwarze, Jutta Rübiger & Reinhold Thiede (Hrsg.), *Arbeitsmarkt- und Sozialpolitikforschung im Wandel. Festschrift für Christoph Heilberger*. Hamburg: Verlag Dr. Kovač, S. 245-276.
- Stern, K. (1980). Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Band 2. München: C. H. Beck.
- Tiepelmann, Klaus (1975). Parafisci, *Wirtschaftsstudium*, Vol. 4, S. 295-300.
- Tiepelmann, Klaus (1992). Parafiski, In: Klaus Tiepelmann & Gregor van der Beek (Hrsg.), *Theorie der Parafiski*. Berlin: Gruyter, S. 33-40.
- Tiepelmann, Klaus & van der Beek, Gregor (1992a). Parafiski kontrovers: Eine Einführung. In: Klaus Tiepelmann & Gregor van der Beek (Hrsg.), *Theorie der Parafiski*. Berlin: Gruyter, S. 1-7.
- Tiepelmann, Klaus & van der Beek, Gregor (1992b). Eine finanztheoretische Sicht von Parafiski. In: Klaus Tiepelmann & Gregor van der Beek (Hrsg.), *Theorie der Parafiski*. Berlin: Gruyter, S. 81-102.
- Tiepelmann, Klaus & Dick, Günther (1995). *Grundkurs Finanzwissenschaft*. Hamburg: S + W Steuer- und Wirtschaftsverlag.
- Veil, Mechthild (2003). *Wohlfahrtsstaatliche Konzepte, Kinderbetreuungskulturen und Geschlechterarrangements in Europa*. In: gender...politik...online. Gender in den Sozialwissenschaften, http://www.fu-berlin.de/gpo/mechthild_veil.htm, <01.05.2006>.

Veil, Mechthild (2004). Frankreich. Erklärt die gesellschaftliche Verankerung französischer Familienpolitik die steigenden Geburtenraten und die hohe Müttererwerbstätigkeit? *Auslandsinfo der Konrad-Adenauer-Stiftung Nr. 1*, S.4-25.

Wiesner, Reinhard (2003). Die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und die Einheit der Jugendhilfe. *Zentralblatt für Jugendrecht, 90*, S. 293-360.

Eingereicht am/Submitted on: 20.03.2007

Angenommen am/Accepted on: 19.03.2008

Anschrift der Autorin/Address of the author:

Prof. Dr. C. Katharina Spieß
DIW Berlin (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)
Mohrenstraße 58
D-10117 Berlin

E-mail: kspiess@diw.de